

Hilde Walter: Stellungnahme zu
Vorgängen bei der Gleichschaltung
u. Arisierung d. Rudolf-Mosse-
Betriebes

Bl. 2 - 6

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZEUGENSCHRIFTUM

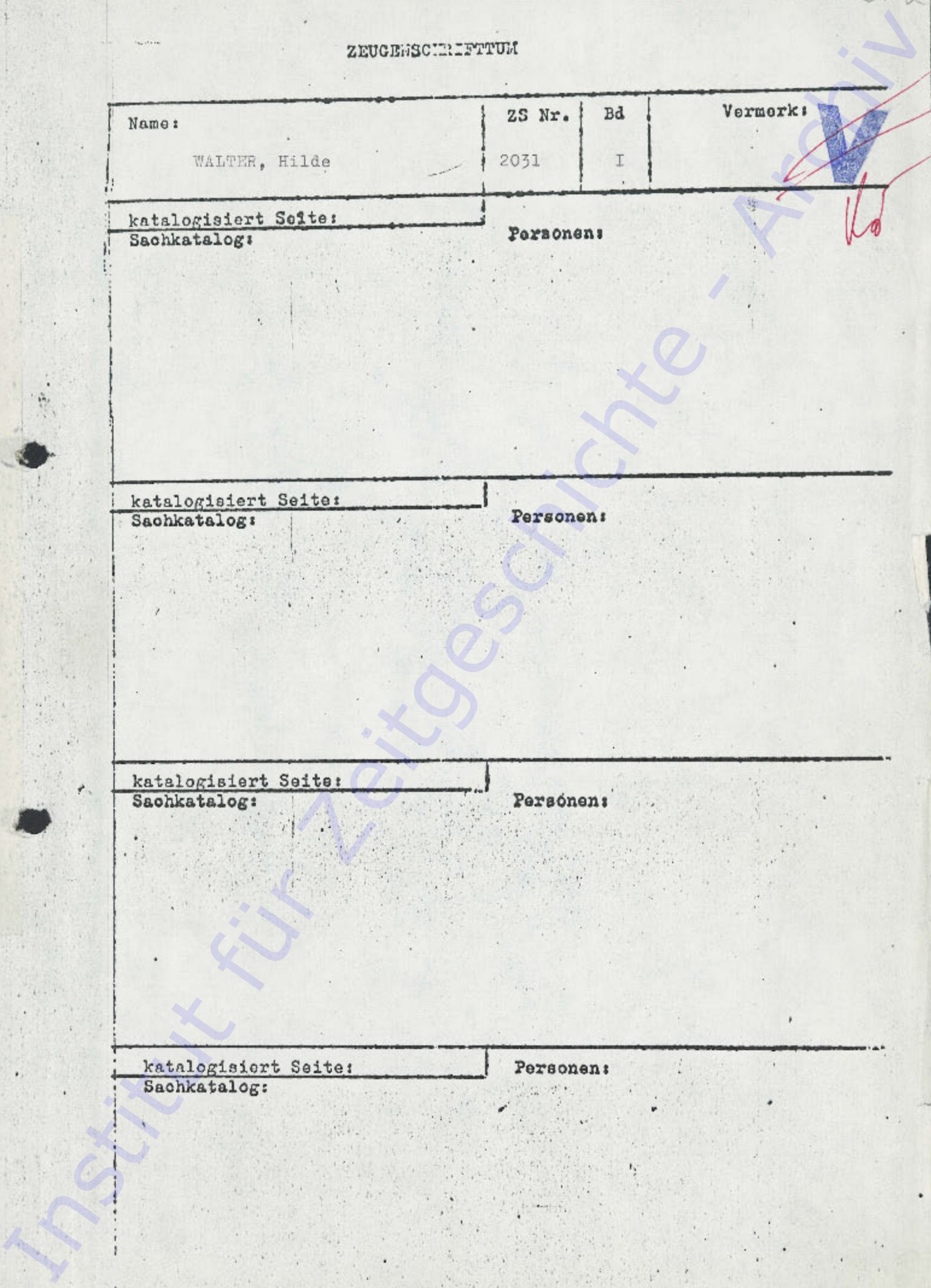
Name: WALTER, Hilde	ZS Nr. 2031	Bd I	Vermerk: <i>W</i>
----------------------------	--------------------	-------------	--------------------------

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------

katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:
--------------------------------------	-----------



HILDE WÄLTER

1 BERLIN 31
PAULSBORNER STRASSE 2
TEL: 6 87 12 83

01

E i n s c h r e i b e n

30. Oktober 1970

Herrn Dr. Werner Röder
Dokumentation zur Emigration
Institut für Zeitgeschichte

8 M ü n c h e n 80
Nöhlstraße 26

Institut für Zeitgeschichte	
CHIV	
Akt. 4537/71	Dist. 75 2031
Rep. -	Kst. 20/1

Lieber Herr Dr. Röder:

Vielen Dank für die rasche Antwort vom 27. Okt.

Da Sie vorhaben, die alten Wiener Library-Berichte "in kürzester Zeit" zu kopieren, schicke ich Ihnen gleich alles, was ich noch hier habe:

Mein einziges Exemplar vom Erinnerungs-Bericht I
Ein Exemplar vom Erinnerungs-Bericht II
und dazu eine, auch nur einmal vorhandene, Kopie eines Briefes vom 10. Okt. 1959, den ich seinerzeit als Antwort auf eine dringende Anfrage der Wiener Library verfaßt hatte. Aus dem Inhalt geht hervor, daß sich die URO wegen einer Mandantin um Auskünfte bemüht hatte; ich habe in meiner Darstellung angeboten, zwei berliner Kollegen, die sehr gut Bescheid wußten, auszufragen. Da ich aber nichts mehr hörte, ist das nicht geschehen. Jetzt sind beide tot, obwohl sie erheblich jünger waren als ich: Walther Kiaulehn, zuletzt in München lebend, und Fritz Dettmann, der zuletzt in Hamburg arbeitete.

Manches, was ich in diesem Schriftstück behandle, finden Sie auch in dem umfangreichen Buch von Margret Boveri: "Wir lügen alle". Ich erwähne es nur der Ordnung halber, obwohl dieser Stoff nur am Rande das Thema I h r e r Forschungen berührt.

Ich habe die Berichte jetzt nicht noch einmal durchgelesen, weil ich ja hoffe, alles bald zurück-zubekommen. Gelegentlich werde ich das aber nochmal tun, um Ihnen zu berichten, ob ich seit der Niederschrift nennenswerte Einzelheiten, die nicht drinstehen, ermittelt habe.

Die genauen Ablieferungs-Daten der Berichte kann ich zur Zeit nur schwer feststellen. Der Auftrag dazu wurde mir im Spät-Sommer 1958 erteilt; Nr. I habe ich bestimmt irgendwann im Laufe des Jahres 1959 abgeliefert und Nr. II entweder noch im gleichen Jahr oder allerspätestens Anfang 1960. Der beigefügte Brief ist ja datiert; (10. Okt. 1959).

Falls Sie gern eine sauber hektographierte Fassung meiner RIAS-Sendung besitzen möchten, will ich Ihnen eine zuschicken. Allerdings möchte ich in diesem Fall das zur Verfügung gestellte Manuskript gern wiederhaben, weil ich nur einen beschränkten Vorrat besitze.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Hilde Walter

3 Anlagen

P.S. Von Hertha Pauli, die ich in München sprach, erfuhr ich, daß Richard Hülsenbeck tatsächlich nicht mehr in New York lebt. Er hat sich ein Haus im Tessin gekauft, aber H.P. wußte nicht, an welchem Ort.

2.11.70 Sie können ihn sicher über Bokwitt erreichen

Hilde Walter

- 1 -

Anlage zum Brief
an Wiener Library
vom 10. Okt. 59.

25-2031-4

Betrifft:

02

Briefliche Anfrage vom 8. Oktober 1959.

In Bezug auf: "Vorgänge bei der Gleichschaltung und 'Arisierung' des Rudolf-Mosse-Betriebes".

Die Mitteilungen zu diesem Thema, die in meinem "Erinnerungsbericht" enthalten sind, können nicht ohne besonderen Kommentar und aus dem dort gegebenen Zusammenhang gerissen, weitergegeben werden, weil die Akzente naturgemäß in dem Rahmen, der für die Erinnerungsberichte vorgesehen war, anders gesetzt wurden, als es sich für die Weitergabe an eine Institution wie die URO eignet.

Selbstverständlich entspricht alles, was in dem Erinnerungsbericht zu dem Thema gesagt wurde, meiner wirklichen Erinnerung an die Vorgänge; aber die Weiterverwendung für sozusagen rein juristische Schlussfolgerungen verlangt unbedingt eine andere Reihenfolge.

Die seinerzeit abgelieferte Arbeit sollte verabredungsgemäss ja erst mit der sogenannten Machtergreifung beginnen; infolgedessen fehlen gewisse Voraussetzungen aus der Zeit vorher, die unbedingt erwähnt werden müssen, wenn die Mitteilungen richtig eingeordnet werden sollen.

Ich muss hier vorsichtshalber betonen, dass ich damals keinen Einblick in die amtlichen Schriftstücke hatte und meine Darstellung sich nur auf "Erlebnisse" im Mosse-Haus stützt; zu diesen Erlebnissen gehören natürlich die Erzählungen der Kollegen, die ihrerseits wahrscheinlich auch keine Schriftstücke gesehen hatten, und vielleicht manche Ereignisse nach ihrem eigenen Geschmack gedeutet und mit persönlicher Färbung weitergegeben haben.

Wenn die URO meine Kenntnisse verwenden will, so müsste sie sich vorher mit mir in Verbindung setzen und mir mitteilen, für welche Prozesse und in welchem Zusammenhang sie diese Angaben zu verwenden wünscht. Ich könnte mir vorstellen, dass es sich um Prozesse von vertriebenen Redakteuren und Mitarbeitern handelt, die ihrerseits meinen Auffassungen widersprechen würden und möglicherweise unangenehme Schritte unternehmen würden, wenn ihnen meine Darstellung nicht passt.

Ich sehe selbstverständlich ein, dass die URO als solche Wert darauf legen muss, alles zu erfahren, was über diese Vorgänge bekannt ist; aber ich muss mich dagegen schützen, dass Leute Einblick bekommen, deren Interessen vielleicht meiner Darstellung widersprechen.

ausserhalb

-2-

Institut für Zeitgeschichte	
ARCHIV	
Akt. 4537/71	25 2031
Rep. —	Kat. <i>109</i>

Die allgemeine Auffassung der Redakteure und ständigen Mitarbeiter war schon 1932, dass der Inhaber des Verlages, Hans Lachmann-Mosse, zu wenig Kapital im Betrieb und zuviel von seinem Besitz in betriebsfremden Unternehmungen, wie Häusern und Grundstücken, angelegt hatte. Es wurde immer gesagt, dass der Verlag viel zu sehr von Bankkrediten abhängig wäre -- in Gegensatz zum Verlag Ullstein, der mit eigenem Kapital arbeitete.

Für den Begriff der "Arisierung" ist es gewiss entscheidend, in welchem Stadium nach dem Reichstagsbrand der sogenannte Nazi-Kommissar im Verlag eingesetzt wurde; ich kann nicht mehr sagen, ob dieser Kommissar mit den grossen geschäftlichen Machtbefugnissen schon anwesend war, als die ersten etwa 12 Redakteure aus politischen Gründen gekündigt wurden, oder ob diese Kündigung erfolgt ist, bevor der Kommissar bei der Geschäftsführung mitwirkte. Ich schrieb ja in meinem Erinnerungsbericht, dass kurze Zeit nach dem Reichstagsbrand etwa 12 Redakteure gekündigt wurden, weil sie für die Nazis politisch "untragbar" waren; ich nehme an, dass dies auf Verlangen des erwähnten Kommissars geschehen ist; für die von mir geschilderte politische und menschliche Atmosphäre im Hause war es gewiss nicht sehr erheblich, ob diese Entlassung von diesem Kommissar veranlasst wurde, wie ich annahm, oder ob eine andere Stelle noch vor Einsetzung des Kommissars auf die Entlassung gedrungen hat. Wenn ich hier auf diesen feinen Unterschied, den ich in dem Erinnerungsbericht nicht extra herausgearbeitet habe, zurückkomme, so geschieht das im Hinblick auf die Vorbehalte, die ich auf Seite -1- dieser Mitteilungen machen musste.

Es gibt für diese Vorgänge noch folgende lebende Zeugen, deren Adressen ich beschaffen könnte, wenn mir der Zweck, bzw. der Streitfall, genannt werden kann:

von jüdischen Kollegen, die vielleicht mehr wissen als ich:

Dr. Ernst Feder, jetzt Berlin, der auch Herrn Dr. Alfred Wiener persönlich bekannt ist.

Einige in New York lebende Kollegen, die ich vorläufig nicht benennen möchte, weil mir ihre Aussagen nicht unbedingt zuverlässig erscheinen.

Von nicht jüdischen Kollegen erscheint mir der zuverlässigste Zeuge

Oskar Stark, damals Chef der Innenpolitik, der bei den zu allererst Entlassenen gewesen ist; er ist jetzt Redakteur an einer Zeitung in Freiburg i. Baden.

Ich habe in meinem Erinnerungsbericht erwähnt, dass der "politisch untragbare" nicht jüdische Oskar Stark als Chef der Innenpolitik von dem politisch farblosen jüdischen Redakteur Dr. Felix Hirsch ersetzt worden ist. Dr. Hirsch ist in Amerika Professor an einem College -- ich glaube in Chicago -- und hat vor einiger Zeit mal einen Artikel veröffentlicht, in dem er etwas indirekt und verkläuselt auseinandergesetzt hat, weshalb er und andere nach der Gleichschaltung der Zeitungen noch einige Zeit mitgearbeitet haben. Herr Dr. Hirsch ist eine so redliche und zuverlässige Persönlichkeit, dass ich annehmen möchte, er würde die Vorgänge nach bestem Wissen und Gewissen darstellen, wenn es auf Genauigkeit ankommt; dass jemand die Motive seiner eigenen Mitwirkung an der rigorosen Ausschaltung oppositioneller Elemente nachträglich etwas idealisiert darstellt, gehört zu den allgemein menschlichen Schwächen, mit denen man bei der Würdigung all dieser Ereignisse immer rechnen muss. Aber sicherlich weiss er noch eine ganze Menge von den nackten Tatsachen, auf die es hier ankommt.

Ich habe hier in Berlin noch mindestens drei nichtjüdische Kollegen wiedergetroffen, die seinerzeit unbehelligt blieben, weil sie sich mehr oder minder gleichgeschaltet hatten, und die vielleicht noch Wissenswertes mitteilen könnten, wenn es gelingt, die Kruste der nachträglichen Rechtfertigung zu durchbrechen.

Ein ganz wichtiger Zeuge wäre der Anwalt -- wenn es ihn gibt -- des inzwischen verstorbenen, damaligen Verlagsdirektors Karl Vetter.

Ich schrieb in meinem Erinnerungsbericht, dass der christliche Verlagsdirektor Karl Vetter die Durchführung der allerersten rigorosen Kündigungsmassnahmen mit seiner "Verantwortung für 400 Betriebsangehörige" begründet hat. Es scheint mir unzweifelhaft, dass der Nazi-Kommissar die Möglichkeit gehabt hat, den Betrieb auf kaltem Wege sofort zu schliessen, wenn er eine Sperrung der Bankkredite veranlasst hätte. Karl Vetter ist späterhin von emigrierten jüdischen Kollegen nach meiner Ansicht masslos und unflätig beschimpft worden; ich muss hier erwähnen, dass nach meiner Erinnerung die Wut der Entlassenen sich damals, als es geschah, viel weniger gegen Karl Vetter richtete, der im Betrieb war, als gegen den emigrierten Verleger Hans Lachmann-Mosse.

Dieselben Leute, die nach 1945 in New York schwere Anklagen gegen Karl Vetter veröffentlicht haben, sowie es klar war, dass Karl Vetter das Dritte Reich überlebt hatte und in Heidelberg von der Besatzung nach schweren Prüfungen die Erlaubnis bekommen hatte, eine Zeitung herauszugeben, haben kurz nach ihrer eigenen Emigration im Jahre 1933 oder 1934 erzählt, dass sie Lachmann-Mosse aufgesucht und wegen seines Verhaltens gegenüber den mittellosen emigrierten Angestellten seines Verlages zur Rede gestellt hätten; ich glaube sogar, dass einer von ihnen behauptet hat, er hätte Lachmann-Mosse geohrfeigt.

Ich habe Karl Vetter noch 1955 in Berlin gesprochen und von ihm gehört, dass er irgendwie von den Mosse'schen Erben mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt worden sei; er sprach immer noch von den Angriffen, die ihn sehr bekümmert hatten; da es sicherlich ungeheuer viel für die Familie Mosse abzuwickeln gab, muss sicherlich noch ein Anwalt existieren, den Karl Vetter in die Vorgänge eingeweiht hat.

Die Witwe von Karl Vetter lebt meines Wissens hier in Berlin-Neukölln und dürfte vielleicht instande sein, einen Hinweis zu geben. Selbstverständlich würde diese Darstellung auch in gewissem Sinne gefärbt sein; aber einiges muss doch aktenkundig sein, sodass auf diesem Wege vielleicht etwas Wichtiges herauskommen könnte.

Wer sich in grösserem Stil mit Zeugen oder auch mit den Betroffenen der Gleichschaltung des Mosse-Verlages beschäftigt, darf nicht ausser Acht lassen, dass ein ungewöhnlich hoher Prozentsatz von Redakteuren und Mitarbeitern dieses Verlages sehr enge Verbindungen zur kommunistischen Partei gehabt hat. Dort waren nicht nur die üblichen, in allen Verlagen beschäftigten "Sympathisierenden" und sogenannt linkeradikalen Intellektuellen, sondern recht handfeste ausgesprochene Agenten des Apparates. Einige der Dinge, die dort geschehen sind, klingen so phantastisch, dass nur eine umständliche Dokumentation, die hier viel zu weit führen würde, uneingeweihten Leuten einleuchten wird.

Ich schrieb schon in meinem Erinnerungsbericht und muss es immer wieder betonen, dass nach der Einsetzung eines Nazi-Kommissars und nach der Entlassung der ersten "politisch untragbaren" Redakteure noch mehrere jüdische Kollegen eine ganze Weile unbehelligt geblieben sind. Ihre Ausschaltung - - wie auch meine - - erfolgte auf dem Wege über die nazistischen Berufsvorschriften; ich kann natürlich nicht jeden Einzelfall kennen, aber meine kurze Erfahrung bis November 1933 spricht dafür, dass das Verfahren gegen den Verlag als solchen und die Ausschaltung der jüdischen Redakteure sozusagen auf zwei verschiedenen Gleisen gelaufen sind. *F. siehe Blatt - 5 -*

Bei der Arisierung des Verlages muss wohl auch noch berücksichtigt werden, dass die Firma erhebliche Auslandsfilialen hatte, nämlich die ausländischen Annoncen-Expeditionen, die wahrscheinlich mehr einbrachten, als der Berliner Zeitungsbetrieb. Dass Hans Lachmann-Mosse sofort emigrierte, hat wohl damit zusammengehungen, dass er seinen Auslandsbesitz schützen wollte; die Nutzniessung dieses Besitzes konnte ja schon allein durch die Devisenvorschriften torpediert werden.

Es erscheint mir wichtig, dass anscheinend in all den Jahren nach 1945 garnichts geschehen ist, um den "Good will" des Zeitungsnamens und anderer Dinge, die dem Verlag gehörten, auszunutzen. Karl Vetter sagte mir 1955, dass er bedaure, wie wenig die Mosse'schen Erben an diesen Dingen interessiert wären.

Ich habe in meinem Erinnerungsbericht auch erwähnt, dass der Verlag Rudolf Mosse im Juni 1933 seine Zahlungen einstellen musste, weil ihm Bankkredite gesperrt worden waren. Die eigentliche Arisierung ist wahrscheinlich erst danach erfolgt. Die Zahlungseinstellung war sicherlich von den Nazis manipuliert worden, aber diese Manipulation hätte wahrscheinlich nicht in so frühem Stadium erfolgreich sein können, wenn die Geschäftslage nicht schon vorher problematisch gewesen wären.

*F. Dürstertliche Gleichschaltung des Verlags im Juli 1933
sein wichtigster Helfer bei der Einsetzung des ersten jüdischen Redakteurs
wurde im Herbst 1933, Gullstoffer, der vorher aus U.S.A. nach
Berlin kam*

Der Chefredakteur Theodor Wölff war zum Glueck auf einer Erholungsreise im Ausland, die er auf den dringenden Wunsch seiner -- zum Teil christlichen -- Kollegen und Mitarbeiter laenger als beabsichtigt ausgedehnt hatte. Abwesend war aber sein Sohn Rudolf, der vielleicht noch lebt. Er war allerdings so unbedeutend, dass er vielleicht nicht mehr erfahren hat als jeder andere.

Ein wichtiger Schritt zur politischen Gleichschaltung im grossen Stil war im Herbst 1933 die Rueckkehr des USA-Korrespondenten Paul Scheffer; Scheffer uebernahm die geistige Fuehrung des Berliner Tageblattes -- ob als Chefredakteur oder als Chef der aussenpolitischen Redaktion, kann ich nicht genau sagen. Spaeter ging er wieder nach USA als ~~Maxxxtax~~ Star-Korrespondent des Blattes; als aber die USA in den Krieg eintrat und Scheffer mit den Diplomaten und Korrespondenten repatriiert werden sollte, erlitt er einen schweren Unfall, von dem alle Kenner behaupteten, er sei absichtlich herbeigefuehrt worden. Scheffer hat den USA im Krieg wertvolle Dienste geleistet und wurde auch spaeter eingebuergert.

Der Verlagsdirektor Karl Vetter, hat spaeter -- ich weisse allerdings nicht wann, ~~xx~~ jedenfalls erst nach der kompletten "Arisierung" -- von den Nazis abgesetzt worden; ich glaube, ~~xxxxx~~ dass seine Ausschaltung mit politischen Schwierigkeiten verbunden war und er nicht mehr im Zeitungsgewerbe taetig sein durfte. Er ist -- glaube ich -- vor einigen Jahren gestorben.

* * *

Es gibt noch einen sehr bedeutenden Journalisten, der wahrscheinlich von allen in Deutschland gebliebenen "arischen" Oppositionellen die beste Sach- und Personalkennntnis aus dieser Zeit besitzt. Er war bis 1929 beim ~~T~~ageblatt und anschliessend bei Ullstein beschaefligt. Da er sich 1933 sehr lebhaft ~~zug~~ alle verfolgten Kollegen gekuemmert hat und sehr bald selbst ein Berufsverbot bekam, ist anzunehmen, dass er besser als die meisten Emigranten weiss, was tatsaechlich im Mossehaus vorgegangen ist. Er lebt in Muenchen, beantwortet aber Briefe nur ganz selten. Wenn die URO ganz praeziseformulierte Fragen stellen will, von deren Beantwortung tatsaechlich wichtige Interessen abhaengen, wuerde ich versuchen, eine Beantwortung von ihm durchzusetzen.

-* * *

Der wichtige Zeuge Oskar Stark (jetzt Freiburg) hat seinerzeit (1933) bei seiner Entlassung erkluert, er werde unter diesem Regime keine Zeile veroeffentlichen und lieber Zigarren verkaufen; er hat diesen Entschluss auch ~~xxx~~ lange Zeit durchgefuehrt; spaeterhin -- wahrscheinlich etwa 1936/37 -- ist er zur Frankfurter Zeitung gegangen, bei der er vor seiner Taetigkeit im Mosse-Verlag jahrelang gearbeitet hatte.

* * *

Dass in allen Zentren der ehemaligen Emigration -- natuerlich auch in London -- noch verschiedene Mosse-Redakteure leben, weiss ja die URO sicherlich so gut wie ich.

Etwas was ich ausser meiner eignen Kennntnis noch zur "Aufklaerung" beitragen koennte, waere, wie bereits dargelegt, die Befragung einiger in Berlin lebender Kollegen, die ~~m i r~~ wahrscheinlich ungeschminktere Antworten geben wuerden als den URO-Funktionaeren. Ich meine damit die Christlichen Kollegen, die waehrend des Dritten Reiches im Beruf geblieben waren.

* * *

Ich habe, wie eingangs betont, keine Bedenken, die ~~s e~~ Ausfuehrungen der URO zu ueberlassen, falls die Weiterverwendung ~~n i c h t~~ ohne meine Zustimmung erfolgt. *Herold 12.06.51. 14.00. Walter*

Hilde Walter:

Erinnerungsbericht Nr.I (1959)

Bl. 7 - 33

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Erinnerungs-
B e r i c h t

von H I L D E W A L T E R

Über persönliche Erfahrungen im Dritten Reich
bis Ende November 1933

(beginnend drei Tage vor der Machtergreifung)

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Kz. 4537/71	Dat. ZS 2031
Rep. ✓	Kat. 128

Dieser Bericht ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt;
über die publizistische Verwertung des Inhalts entscheidet
THE WIENER LIBRARY LTD im Einvernehmen mit der Verfasserin,
deren Zustimmung erforderlich ist. Streng vertraulich zu
behandeln sind alle Mitteilungen, die sich auf Privatpersonen
im weitesten Sinne des Begriffs beziehen oder bei öffentlichem
Gebrauch zu Klageerhebungen führen können.

Keine Erfahrungen mit nazistischen Verfolgungsmaßnahmen wie auch mit der Haltung von deutschen Nazis, Nichtnazis, Antinazis und potentiellen Opfern des Regimes stammen vorwiegend aus dem Leben in folgenden Gruppen, Kreisen und beruflichen Bindungen:

- (1) Das Verlagshaus Rudolf Mosse mit der Redaktion des BERLINER TAGEBLATTES und der BERLINER VOLKSZEITUNG.
 - (2) Verlag und Redaktion der WELTBÜHNE.
 - (3) Die 72igste Abteilung (in Berlin-Wilmersdorf) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
 - (4) Der Verband der Presse-Mitarbeiter beim Schutzverband Deutscher Schriftsteller.
 - (5) Richter beim Berliner Arbeitsgericht und beim Landes-arbeitsgericht und die Pressestelle der Behörde.
 - (6) Der Soroptimist-Club -- eine internationale Klubgemeinschaft berufstätiger Frauen, die ihre stärksten Stützpunkte (örtliche Klubs) in den angelsächsischen Ländern hat; der Berliner Klub ist erst 1929 durch Initiative des Pariser Klubs ins Leben gerufen worden; das Organisationsprinzip ähnelt dem Aufbau der männlichen Rotary-Clubs, da es keine "offene" Mitgliederwerbung gibt; jeder Berufszweig ist in jedem örtlichen Klub nur durch eine einzige Repräsentantin vertreten.
 - (7) Verwaltung und Mieter der sogenannten Künstlerkolonie -- drei grossen Wohnblocks, die für Mitglieder der Deutschen Bühnengenossenschaft und des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller in den Jahren 1928 bis 1932 gebaut wurden.
 - (8) Funktionäre des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
 - (9) Eine breite Schicht jüdischer Berliner Bürger, mit denen ich durch familiäre, freundschaftliche oder gesellschaftliche Beziehungen verbunden war.
- Und schliesslich -- (10) -- aus Verhandlungen mit dem für meinen Wohnbezirk zuständigen Polizeirevier und einem Staatsanwalt, der eine Veruntersuchung gegen mich leitete.

Drei Tage vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler fand in Hannover der grosse Jahres- (oder Zwei-Jahres-) Kongress des Vereins für Sozialpolitik statt. Ich war dort mit dem Auftrag, für folgende Blätter über diesen Kongress zu schreiben: BERLINER TAGEBLATT, DIE WELT AM MONTAG, DER FREIE ANGESTELLTE, DIE WELTBÜHNE und das wöchentlich erscheinende Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dessen Namen ich vergessen habe. Zu Beginn des Kongresses war die Stimmung noch recht zuversichtlich; die Referenten -- hauptsächlich Professoren und führende Verbandsvertreter -- schienen überzeugt davon, dass ihre Vorschläge zur künftigen Gestaltung der äusserst "gefährdeten" deutschen Sozialpolitik dringend gebraucht und im Rahmen der Reformpläne des Reichskanzlers Schleicher beachtet werden würden. Als der Arbeitsminister dieses Kabinetts, der als Redner vorgesehen war, plötzlich absagen liess und inoffiziell bekannt wurde, dass er anscheinend garnicht mehr im Amt war, konnte man bei vielen anwesenden Gelehrten und Politikern eine tiefe Depression bemerken. (Die Organisation war bekanntlich durchaus nicht "links" gerichtet, sondern galt eher als rechtsbürgerlich und konservativ.) Soweit in diesem Vorstadium der "Machtergreifung" schon unausgesprochene Stellungnahmen der Kongressteilnehmer zu spüren waren, schienen sie in die Richtung des Ausharrens auf dem Posten und der unbeirrbaren Pflichterfüllung zu deuten.

Eine ähnliche Haltung war in Berlin auch vor diesem Zeitpunkt -- während des ganzen Monats Januar -- bei den verschiedenartigsten Gegnern der Nazis zum Ausdruck gekommen; denn der Gedanke an "Emigration" oder irgend etwas, das als X Flucht aufgefasst werden konnte, galt im Januar 1933 bei meinen politischen interessierten Freunden und Bekannten noch als eine nervöse Schwäche

unpolitischer Geister oder als begreifliche, wenn auch etwas verächtliche Angstreaktion reicher Juden, die ja schon unter den Dawisengesetzen der vorhergehenden Regierungen Grund gehabt hatten, Besitz ins Ausland zu xxxxxxxxxx "retten". Allerdings fanden christliche und jüdische Männer im Verlag Rudolf Mosse, dass ein so exponierter Mann wie der Chefredakteur Theodor Wolf, der zufällig auf einer Erholungsreise im Ausland war, vernünftigerweise jetzt lieber nicht nach Berlin zurückkommen sollte.

Die zahlreichen offenen und getarnten Kommunisten, die bei den Mosseblättern beschäftigt waren, verhielten sich kurz nach der "Machtergreifung" durchaus noch nicht einheitlich; einer erschien sehr bald in SS-Uniform, ohne sein Verhalten gegen jüdische Kollegen im geringsten zu ändern; er hielt sich im Gegenteil für verpflichtet, die Berufsinteressen der "Kleineren", die auf Zeilenhonorar angewiesen waren, aktiv zu fördern. Ein anderer, der zugegebenermaßen Mitglied der KP war und sich innerhalb des Mossehauses als Betriebspitzel für Willy Münzenberg betätigt hatte, äusserte ziemlich kleinlaut: "Schliesslich ist mir am wichtigsten, unter welchem Regime es dem kleinen Mann besser geht." Andere Mitglieder und auch nichtorganisierte freiwillige Förderer der Kommunistischen Partei -- darunter vor allem jüdische Kollegen -- vertraten die Haltung, dass sie nun mit verdreifachter Aufmerksamkeit innerhalb des bisherigen Rahmens weitermachen müssten.

In der ersten Zeit nach dem Reichstagsbrand wurden dann im Mossehaus etwa zwölf Redakteure gekündigt, die nach Ansicht des von den Nazis eingesetzten Kommissars "untragbar" waren; die Auswahl ging nach ihrer bisherigen politischen Haltung; es waren zwar mehr Juden als "Arier" darunter, aber der Prominenteste unter ihnen, Oskar Stark, der Chef der Innenpolitik, ein parteiloser, sehr linker Demokrat, war k e i n Jude. Sein Nachfolger wurde der politisch farblose jüdische Redakteur Dr. Felix Hirsch. Oskar Stark erklärte im März (oder April) 1933, er werde lieber Zigarren verkaufen als unter der Herrschaft dieses Regimes auch nur eine einzige Zeile schreiben. (Er hat den Vorsatz später wohl etwa zwei Jahre lang durchgehalten, dann ging er/zur

Frankfurter Zeitung, bei der er schon in den zwanziger Jahren gearbeitet hatte.)

Der christliche Verlagsdirektor, Karl Vetter, hat die Ausführung der Kündigungsmassnahmen mit der Verantwortung für vierhundert Betriebsangehörige begründet. Der Verlag war in schweren finanziellen Nöten, nachdem der Inhaber, Hans Lachmann Mosse, tatsächlich schon jahrelang zu wenig Kapital im Betrieb und zuviel in betriebsfremden Unternehmungen angelegt hatte und sofort emigriert war; nach meiner Erinnerung hat Karl Vetter die Weisungen des Nazikommissars, der jeden Tag den Betrieb schliessen konnte, weil Bankkredite ausschlaggebend waren, garnicht so rücksichtslos und unmenschlich durchgeführt, wie emigrierte jüdische Kollegen späterhin im Ausland in recht unflätigen Artikeln behauptet haben. Karl Vetter hat sich zwar in dieser damaligen Situation nicht als Held erwiesen, aber zur gleichen Zeit recht erhebliche andere Risiken auf sich genommen, um seinem alten Freund, Carl von Ossietzky, der bekanntlich bereits in der Nacht vom Reichstagsbrand verhaftet wurde, zu helfen.

Meine eigene ausgedehnte und recht riskante Hilfstätigkeit für Carl von Ossietzky hing in ihrem ersten Berliner Stadium sogar weitgehend von der oben erwähnten Hilfsbereitschaft Karl Veters ab.

Hier muss eingeschaltet werden, dass meine eigene, etwas später erfolgte Ausschaltung aus dem journalistischen Beruf nicht mehr vom Verhalten der Mosseschen Verlagsleitung oder vom Verhalten der christlichen Kollegen abhing, sondern nur, wie ja sicherlich aus zahlreichen Parallelfällen bekannt ist, von den generellen Massnahmen des Propagandaministeriums ausging. Ich gehörte zu den ständigen freien Mitarbeitern des Verlages, die zwar kein festes Gehalt bezogen, aber auf Grund der jahrelangen Tätigkeit Anspruch auf einen Arbeitsplatz in der Redaktion, auf die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben und auch auf ein Urlaubsentgelt hatten. Meine Gebiete waren Sozialpolitik, Arbeitsrecht und gewisse sogenannte Frauenberufsfragen. Die Ausschaltung vollzog sich auf zwei Wegen. Zuerst kam das Hausterbot beim

Arbeitsgericht für "Juden und Marxisten". Damit entfiel der einträglichste Teil meiner Tätigkeit -- die Berichterstattung über aktuelle Arbeitsgerichtsprozesse, die in Berliner Gerichtsgebäuden stattfanden. Der Verlag und die christlichen Kollegen (natürlich auch die jüdischen, die nicht entlassen waren) boten mir aber zunächst die Möglichkeit, über verwandte Themen zu schreiben, soweit das ging, ohne die Gerichte aufzusuchen. Die endgültige Ausschaltung erfolgte im Sommer, als die Mitgliedschaft bei den zuständigen Berufsverbänden gesiebt wurde. Ich gehörte damals zu denen, deren "Fragebogen" so aussah, dass die Ablehnung automatisch erfolgen musste. Nach meiner Erinnerung hat dieser erste Fragebogen noch keine "Treue-Erklärung" gegenüber dem Regime enthalten; er bezog sich nur auf die Vergangenheit des Mitgliedes. In dieser Übergangszeit bestand bei den jüdischen Kollegen, die nicht zu der am meisten gefährdeten Gruppe gehörten -- also weder zu denen, die gleich zu Anfang verhaftet wurden, noch zu denen, die als untragbar sofort gekündigt wurden --, genau so viel illusionistische Bereitschaft zu halben oder dreiviertel Kompromissen wie unter den "arischen". Was in diesen Kreisen als "tragbar" oder "untragbar" galt, erscheint rückblickend nahezu unverständlich. Es galt zum Beispiel als eine Art ehrenvollen "Widerstandes", wenn man seinen bisherigen Job mit Klauen und Zähnen zu halten versuchte. Es galt aber bei Juden und Christen als "Schweineerei", wenn ein Kollege, den man bisher für einen Antinazi gehalten hatte, eine Arbeit beim Rundfunk übernahm, weil dazu nach dem damaligen Stand der Dinge ein viel höheres Mass an Gleichschaltung notwendig war; der Übergang des Feuilletonredakteurs Fred Hildenbrandt zum Rundfunk wurde als schändliche, unverzeihliche Gleichschaltung bewertet; und zwar von denselben Journalisten, die sich von dem im Mossehaus residierenden Nazikommissar täglich Anweisungen geben lassen mussten.

Die Vorstellung, dass es lobenswert, wenn nicht sogar beinahe heldenhaft sei, die Träger des Regimes und dessen behördliche Helfershelfer "reinzulegen", ging manchmal bis an die Grenze dessen, was wir heute rückblickend als Kollaboration mit den Nazis empfinden oder bezel ahnen würden. Es war gewiss eine durch

Ablehnung des Regimes und seiner Prinzipien bedingte "Widerstandshandlung", wenn sich eine mir bekannte Juristin, die viel mit Behörden arbeitete und irgend etwas mit einem Nazi zu tun hatte, der dort "zur besonderen Verwendung" eingesetzt war, rühmte, wie sie ihn und seine Dienste für regime-widrige Zwecke x "verwendet" hatte. Aber sie kam garnicht auf den Gedanken, dass sie dem verhassten Regime hilft, wenn sie ihre eigenen hervorragenden Spezialkenntnisse weiterhin zur Verfügung stellt. Von den ausserordentlich begabten berufstätigen Frauen, die dem eingangs erwähnten Soroptimist-Club angehörten, ist damals (Sommer 1933) keine auf den Gedanken gekommen, dass man von sich aus seinen Beruf oder seine Stellung aufgeben könnte, um sich dadurch von dem Regime zu distanzieren und damit eine indirekte Hilfe am Fortbestand des Regimes zu verweigern. Es war aber doch wieder eine echte Widerstandsleistung, dass die christlichen Mitglieder (etwa fünfzig Prozent waren Jüdinnen) es ganz selbstverständlich fanden, den Klub mit Hilfe einer jüdischen Anwältin, die ihm angehörte, ~~anzukösten~~ vorsorglich aufzukösten, weil man verhindern wollte, dass auch nur die ersten Anfänge der "Arisierung" durchgeführt wurden. Aus diesem Kreis kam eine Rezitatorin ins Gefängnis, weil sie für internationale pazifistische Bestrebungen gearbeitet hatte. Der französische Schwester-Klub schickte eine Pauschaleinladung für alle, die etwa das Land verlassen wollten, nach Berlin. Da wir wussten, dass dies zwar eine schöne Geste, aber praktisch nicht so einfach auszuwerten sein würde, antwortete der Berliner Klub, wir würden gern von dem Angebot Gebrauch machen, sobald Mitglieder von uns in dem Masse gefährdet wären, dass sie Deutschland verlassen müssten. Aus dem Kreis der Berliner Klubmitglieder war allerdings eine sehr starke und fast einzigartige freiwillige Widerstandshandlung gekommen: Als die Malerin Annot Jacobi (eine Grossnichte von Adolf Menzel, die ein prominentes Mitglied der Berliner "Sezession" war, wo es ausser ihr und Charlotte Berent-Korinth überhaupt keine weiblichen Mitglieder gab) in feierlicher Sitzung emphatisch gegen die Ausschaltung der Juden aus der Sezession protestiert hatte. Daraufhin wurde ihr sofort die Lehrerlaubnis und die Erlaubnis, Bilder auszustellen, entzogen.

Ich habe in meinem Bezirk der SPD (Wilmersdorf, 72. Abteilung) noch einige Monate der ~~W~~ Illegalität miterlebt. Mein "Zahl-
abend" pflegte zur Zeit der Legalität in einer der üblichen
Kneipen im älteren Teil von Wilmersdorf zu tagen: in dem
Hinterzimmer, in das man durch eine Tür von dem Raum, in dem
die Theke steht, gelangt. Zur Zeit der Legalität wurde diese
Tür während der Versammlung geschlossen. Die illegalen Zusammen-
künfte im Frühsommer 1933 fanden in dem gleichen Hinterzimmer
statt, aber mit Rücksicht auf das Verbot und die Illegalität
wurde die Tür zum Hauptraum offen gelassen, weil dadurch der
Eindruck entstehen sollte, es handle sich um einen gewöhnlichen
Kneipenbesuch. Zu einer dieser Zusammenkünfte erschien auch
Paul Löbe. Er berichtete von der Übersiedelung des Partei-
vorstandes nach Prag und erklärte den Genossen, dass dieser
Partei Vorstand und überhaupt die emigrierten Genossen mit ihren
Entschlüssen draussen für uns in keiner Weise massgebend sein
könnten; nur wir, die wir hier durchhalten, könnten die poli-
tischen Notwendigkeiten des Tages begreifen und richtig be-
urteilen. Ich erinnere mich nicht, dass irgend jemand eine
andere Meinung geäußert hätte -- nicht etwa aus Angst, sondern
weil wir alle sehr stolz auf unser Durchhalten waren und
Löbes Ansicht richtig fanden.

An diesen ersten illegalen Zusammenkünften in den Räumen
des einstmals legalen Versammlungslokales nahmen vorwiegend
ältere Arbeiter und kleine Handwerker aus den alten Wohn-
vierteln Wilmersdorfs teil. Sozialdemokraten, die in unserer
Künstlerkolonie wohnten und zur gleichen Abteilung gehörten,
fühlten sich mit Recht gefährdeter und kamen seltener; die
theoretischen Gespräche über "die Lage" haben bei mir keinen
Eindruck hinterlassen; um so unvergesslicher waren die Berichte
über Verhaftungen und Misshandlungen anderer Genossen. Der
Sohn eines Sozialdemokraten war nach seiner Verhaftung mit der
aus Italien bekannten Rizinusöl-Tortur gefoltert worden; man
hatte ihm eine unvorstellbare Quantität zwangsweise einge-
flösst, und ich glaube, dass er entweder unter grausigen Qualen
gestorben ist oder sich umgebracht hat.

Die Mieter der Künstlerkolonie -- Schriftsteller, Journalisten und Schauspieler, unter denen viele Juden waren -- erlebten im April die erste grosse Razzia; alle Strassen, an denen die drei Blocks lagen (fünf Minuten vom Breitenbachplatz entfernt), wurden während der Haussuchungen abgeriegelt; aber die Durchführung lag noch in Händen der Polizei; in jeder Wohnung (auch in meiner) erschienen mehrere Beamte, die zunächst Personalpapiere prüften und die frühere Zugehörigkeit zu inzwischen verbotenen Organisationen wie auch die berufliche Beschäftigung kontrollierten. Viele als Kommunisten bekannte oder verdächtige Mieter wurden mitgenommen. Allerdings war hierbei eine Kuriosität festzustellen: während der Besitz von sogenannter marxistischer Literatur, zu der auch Zeitschriften wie die WELTBÜHNE gerechnet wurden, bei den Haussuchungen in Arbeiterwohnungen als belastend galt und die Polizei in vielen solcher Wohnungen solche Bücher und Zeitschriften beschlagnahmte, befasste sich die Polizei bei ihren Besuchen in dem berüchtigten "roten Block" überhaupt nicht mit dem Bücherbestand; der Abtransport hätte riesige Möbelwagen erfordert, da in fast allen Wohnungen die gleiche oder ähnliche Literatur zu finden war.

Die Tatsache, dass ich bei dieser ersten Haussuchung im April, und bei einer zweiten im Hochsommer, als "unverdächtig" behandelt wurde, lag nach meiner Ansicht an zwei Umständen: Erstens war ich bei der SPD nur ein einfaches Mitglied und kein Funktionär; zweitens führte ich ausserhalb des Berufslebens den politisch "unbescholtenen" Namen meines geschiedenen Mannes (Börnstein), während alle Artikel mit aggressiv antinazistischer Tendenz, die ich jemals veröffentlicht habe, mit meinem Mädchennamen gezeichnet waren (H.W.); drittens war ich eben sowieso nur "zweite Garnitur" und deshalb zunächst im Vergleich mit den anderen Journalisten und Politikern, die damals verhaftet wurden, noch uninteressant; und schliesslich wurden Frauen überhaupt nicht so ernst genommen.

Diese Tatsachen waren auch die Basis, die mir ermöglichte, mich um das Schicksal Carl von Ossietzkys zu kümmern, während alle, oder fast alle, männlichen Kollegen aus seinem Freundes-

kreis entweder schon im März oder April emigriert oder so gefährdet waren, dass sie sich nur durch sofortige "Unauffälligkeit" schützen konnten.

Der "Fall Ossietzky" war zu dieser Zeit nur einer von vielen ähnlichen Fällen, deren Leidenswege inzwischen hinreichend bekannt geworden sind. Weniger bekannt sind aber selbstverständlich jene Details, die hier als persönliche Erfahrungen dargestellt werden sollen, weil sie zum Thema des Berichtes gehören:

Die Verlegerin der WELTBÜHNE war ein oder zwei Tage vor Ossietzkys Verhaftung emigriert; die Zeitschrift erschien noch am Tage nach dem Reichstagsbrand und noch einmal am 7. März. Auch die Nummer, die am 14. März erscheinen sollte, wurde ausgedruckt, musste dem Polizeipräsidium eingereicht werden, durfte aber nicht mehr erscheinen; der junge "arische" Redakteur Walter Karsch wurde zwar nicht verhaftet, konnte aber die Redaktionsräume nicht mehr betreten, weil die Gestapo den Betrieb untersuchte; ständig anwesend musste die ebenfalls "nichtjüdische" Geschäftsführerin Hedwig Hünicke sein, um Auskünfte über den finanziellen Hintergrund des Blattes, über Pseudonyme, kurz, über alles, was die Gestapo verlangte, zu geben. Sie hat sich bei diesen Vernehmungen mit grösstem persönlichen Mut und unter schwersten Risiken so geschickt verhalten, dass von dem grossen Kreis der Menschen, die mit der Weltbühne verbunden waren, tatsächlich niemand auf Grund dieser Ermittlungen verhaftet worden ist, der nicht auch ohne diese Untersuchungen bereits so bekannt war, dass er sowieso zu denen gehörte, die im Laufe des Sommers 1933 verhaftet wurden.

Für einige Schriftsteller, die ihre Beiträge unter Pseudonymen veröffentlicht hatten und, da sie hauptberuflich bei grösseren Zeitungsverlagen arbeiteten, die Möglichkeit hatten, sich mehr oder minder gleichzuschalten, hing Freiheit und Existenz davon ab, dass Hedwig Hünicke sie nicht verriet. Sie hat jeden gedeckt und geschützt -- gleichgültig, ob er sich beim "Umbruch" als besonders charakterlos und feige erwies oder in einem bürgerlichen Beruf untertauchte, um die intellek-

tuelle Mitarbeit im Dritten Reich zu verweigern. Dass es für jüdische WELTBÜHNEN-Mitarbeiter sowieso praktisch unmöglich war, sich mehr oder minder gleichzuschalten -- abgesehen von der moralischen Frage --, hatten wohl alle ausser Kurt Hiller begriffen. Kurt Hiller wandte sich im Frühsommer 1933 mit folgendem Ansinnen an Hedwig Hünicke: Zwölf ehemalige Mitarbeiter der WELTBÜHNE, die noch nicht im Konzentrationslager sassen und auch noch nicht emigriert waren, sollten nach seinem Plan eine von ihm entworfene Erklärung unterschreiben, die er im VÖLKISCHEN BEOBACHTER (oder irgend einem anderen Naziblatt) veröffentlichen wollte. In dieser Erklärung stand dem Sinne nach, dass wir, die Unterzeichneten, schon immer gegen die "antinationale" Haltung der WELTBÜHNE gewesen wären und uns nun ausdrücklich von der "deutschfeindlichen" (dies war der Sinn, den Wortlaut weiss ich nicht mehr) Tendenz jenes Blattes distanzieren, das im Ausland unter dem gleichen Namen erscheint. Selbstverständlich habe ich, als mir Hedwig Hünicke Hillers Auftrag, dieses Schriftstück an die infrage kommenden Kollegen zu versenden, mitteilte, dafür gesorgt, dass dies nicht geschah.

x x x

Die materielle Fürsorge für die ersten KZ-Insassen war damals noch völlig unorganisiert, soweit es sich nicht um Mitglieder der grossen Parteien handelte, die ja von jeher sogenannte Solidaritätsfonds gesammelt hatten. Es gab wohl im ganzen Reich keinen Gefangenen, dessen Versorgung von aussen her so schwierig war, wie die Hilfe für Carl von Ossietzky, der keinen auch nur halbwegs brauchbaren Angehörigen besass. Seine Frau Maud (eine geborene Engländerin) war eine pathologische Trinkerin, seine Tochter Rosalinde war zwölf Jahre alt. & Hedwig Hünicke und ich waren die einzigen in Deutschland lebenden Menschen, die den Unterhalt für seine Frau und sein Kind und das Geld für die regelmässigen Paket- und Taschengeldsendungen, die ja schliesslich von den Nazis erlaubt wurden, beschaffen mussten. Versprechungen der emigrierten Verlegerin, die zugesagt hatte, aus den Einnahmen der in Wien erscheinenden

NEUEN WELTBÜHNE für die Familie Ossietzky zu sorgen, wurden nicht erfüllt; Kurt Tucholsky, der in Schweden lebte, versagte ebenfalls.

Im vorliegenden Zusammenhang ist nur bedeutungsvoll zu betonen, dass eine umfangreiche Korrespondenz mit Frau Jacobsohn, mit Tucholsky und anderen im Ausland lebenden Freunden geführt werden musste, um die notwendigen Mittel zu beschaffen. Ich führte diese Korrespondenz mit Unterstützung des vorhin erwähnten Verlagsdirektors von Mosse, Karl Vetter, der seinen Namen als Absender zur Verfügung stellte, wenn es für mich als Jüdin zu riskant erschien, meine eigene Adresse anzugeben. Wir mussten Maud von Ossietzky in einem Nervensanatorium unterbringen, und der Inhaber -- von dem ich nicht weiss, ob er Jude oder Christ war -- hat dabei viel Geld bei uns verloren.

Im Mai 1933 durften die KZ-Häftlinge im Konzentrationslager Sonnenburg in der Mark -- wo Ossietzky 1933 war -- zum ersten Mal von ihren Angehörigen besucht werden. Jüdische Freunde stellten mir ein Auto zur Verfügung, damit ich die partiell nicht voll zurechnungsfähige Frau von Ossietzky, die ja allein die Trägerin der Besuchserlaubnis war, nach Sonnenburg bringen und versuchen konnte, mit hereinzukommen. Selbstverständlich hatte ich keinen Besucherschein beantragen können. Obwohl es strengstens verboten war, Begleitpersonen ohne Besuchsschein ins Lager zu lassen, liessen sich die SA-Männer in Sonnenburg von mir überreden und vergassen sogar dabei, mich nach meinem Namen und Ausweis zu fragen. Es war durchaus nicht etwa "Einsicht" oder "Menschlichkeit", sondern der in dieser Situation fast unbegreifliche Respekt vor dem Wörtchen "von" in Ossietzkys Namen; denn auf meine Reden, dass Frau von Ossietzky nicht alleine gehen könne, meinte ein SA-Mann, der erst geschimpft hatte, dass ich keinen Antrag gestellt hatte, plötzlich: "Ach, dann sind Sie wohl die Hausdame!" -- Beim zweiten Besuchstag, im Juli, bin ich wieder reingekommen, indem ich mich auf das erste Mal berief, weil nun wieder andere Leute das Lager bewachten; und beim dritten Mal, im September 1933, gelang es wieder mit einer ebenfalls neuen Wachmannschafts-Garnitur, als ich mich auf die zwei ersten Male berufen konnte.

Der grauenvolle Zustand der Häftlinge, die zur Zeit meines ersten Besuches in Sonnenburg notdürftig von den sichtbaren Spuren der ersten schlimmsten Misshandlungen hergestellt waren, ist inzwischen hundertfach geschildert worden; ebenso ~~xxx~~ bekannt ist die Technik dieser Besuchssprechstunden. Ich konnte bei der Bevölkerung des Städtchens Sonnenburg, wo unser Auto während der Besuchs- und Wartezeit halten musste, niemals irgend ein Anzeichen dafür feststellen, dass den Sonnenburgern bekannt war, was in dem alten Zuchthaus vor ihrer Stadt vor sich ging. Ich habe zwar aus dritter Hand gehört (und später im Ausland veröffentlicht), dass sich die Sonnenburger Bevölkerung über die nächtliche Ruhestörung durch das Schreien der gefolterten Gefangenen bei den Behörden beschwert hätte, aber ich habe keine Beweise dafür.

Zu den Mitgefangenen Ossietzkys, die noch grausamer misshandelt wurden als er selbst, gehörte damals Erich Mühsam. Mühsams Frau Zenzi wandte sich an mich, um eine gemeinsame Beschwerdeaktion bei der Staatsanwaltschaft zu unternehmen. Aber schon beim ersten Besuch in Sonnenburg hatte mir Ossietzky gesagt, ich dürfe seinen Fall in keiner Aktion mit dem Fall Mühsam kombinieren, weil es hoffnungslos sei, etwas für Mühsam zu erreichen. Frau Mühsam hat trotzdem erreicht, dass ihr Mann durch Intervention des Staatsanwaltes Mittelsbach (die Amtsbezeichnung kann auch anders sein) in ein ordentliches Gefängnis gebracht wurde; ich erwähne das, weil es mir als Symptom für die damalige Haltung vieler höherer Beamter wichtig erscheint; dass Erich Mühsam in dem Gefängnis schliesslich doch im Zusammenhang mit dem 30. Juni 1934 umgebracht wurde, ändert nichts an der Tatsache, dass es 1933 gelungen ist, für einen so unvorstellbar von den Nazis gehassten politischen Gefangenen "Verbesserungen" zu erreichen. Mühsam war für die Nazis wegen seiner Beteiligung an den Ereignissen der bayerischen Räterepublik -- und dazu noch als Jude -- noch viel "schlimmer" als ein Mann wie der kommunistische Abgeordnete Casper, der ebenfalls in Sonneⁿburg sass, und dessen Frau ich ebenfalls im Zusammenhang mit meinen KZ-Besuchen kennenlernte. Aber die junge Frau Casper richtete sich in ihrem Verhalten

ganz genau nach den Vorschriften der Kommunistischen Partei, während Zenzi Mühsam ein unabhängiger, selbständiger Mensch war und auf eigene Faust handelte. Frau Casper dagegen, die offensichtlich genau so an ihrem Mann hing, hatte aber anscheinend bei ihrer Partei gelernt, dass sie selbst nichts tun könne, was die Partei nicht vorschreibt.

Aus diesen Erlebnissen hatte sich bei mir eine ähnliche Haltung zum sogenannten Judenproblem entwickelt, wie bei allen oder vielen anderen Deutschen, deren Angehörige und politische Freunde in den Konzentrationslagern sassen. Wir alle verabscheuten den Nazi-Antisemitismus selbstverständlich genau so -- wenn nicht sogar noch viel leidenschaftlicher --, wie ihn die "bürgerlichen" Juden und christliche unpolitische anständige Menschen verabscheuten. Aber wir hielten uns und unsere Freunde für die eigentlichen und am meisten gefährdeten "echten" Feinde der Nazis und machten zwischen Juden und Christen unserer Kreise nur einen Unterschied: nämlich mit der Feststellung, dass die jüdische Herkunft strafverschärfend wirkt, wenn man "gefasst" wird.

Parallel zu dieser politischen Kurzsichtigkeit überzeugter Nazigegner im Hinblick auf die "Judenfrage" ging eine andersgeartete, aber ebenso wirklichkeitsfremde Kurzsichtigkeit vieler gebildeter jüdischer Bürger, die keine starken Beziehungen zu den ersten Opfern der Nazis hatten. Ich zitiere drei unvergessliche Gesprächsfetzen aus diesem Milieu:

(1) "Warum glaubt Ihr, dass die deutsche Jugend den Wahnsinn mitmachen wird? Wir haben ja schliesslich alle doch genau das Gegenteil von dem geglaubt und getan, was uns in der Schule als 'richtig' eingetrichtert wurde."

(2) Die Äusserung eines damals fünfundvierzigjährigen jüdischen Architekten und Schriftstellers: "M a n emigriert nicht, die gebildeten Juden haben jetzt erst recht eine Mission in Deutschland."

(3) Die Äusserung einer nicht-jüdischen Frau (die ihrerseits vorwiegend mit Juden befreundet und verschwägert war), als eine aus Österreich stammende jüdische Ärztin beim Wahlergebnis

vom 5. März erklärt hatte, es sei ihr genug, sie hätte das alles schon in Innsbruck erlebt und werde nach England gehen, fragte die hier erwähnte deutsche Freundin sorgenvoll: "Was ist denn um Gottes willen mit XY's Ehe in Unordnung? Denn auf solche Gedanken kann man doch nur kommen, wenn das eigene Privatleben ernstlich gestört ist!"

Eine andere weit verbreitete falsche Perspektive ergab sich bei vielen von uns aus der völlig wirklichkeitsfremden Vorstellung vom Wesen und den Absichten der Kommunistischen Partei. Es war ja der glänzenden Kulturpropaganda der Kommunisten in den zwanziger Jahren so vorbildlich gelungen, weiten Kreisen, die "gegen die Nazis waren", einzureden, dass die echte Gegenkraft von den Kommunisten ausgehen würde. Als grosses moralisches Plus konnten die Kommunisten in dieser Zeit auch die ganzen Vorgänge um den Reichstagsbrand und den Leipziger Reichstagsbrandprozess für sich verbuchen. Ich habe in dieser Berichtsperiode (Januar bis November 1933) trotz (oder vielleicht auch wegen) meiner ständigen Beschäftigung mit den Verbrechen der Nazis nur ein einziges Mal erlebt, dass mir jemand aus eigener Initiative etwas antun wollte, weil ich Jüdin war, oder überhaupt etwas unternahm, was mich persönlich auch noch unabhängig von den berichteten generellen Massnahmen schädigte. Es war eine Denunziation, die zu einem regulären Strafverfahren geführt hat:

Am Morgen nach dem Reichstagsbrand kurzierten in Berlin unzählige politische Witze über die Entstehung des Brandes und die von den Nazis ausgegebene Version. (Bekanntlich war die Publikumsreaktion auf den Reichstagsbrand ein Hauptgrund für jenes Gesetz -- ich glaube, man nannte es "Heimtücke-gesetz" --, das am 2. März verkündet wurde und erhebliche Gefängnisstrafen für üble Nachrede in bezug auf führende Nazis oder die Partei vorsah.) Einen dieser Witze erzählte ich am Morgen des 28. Februar einem Fahrstuhlführer im Arbeitsgericht, mit dem ich mich schon häufig unterhalten hatte und von dem ich annahm, dass er zu den sogenannten linken Organisationen gehörte. Obwohl mir seine Reaktion merkwürdig vorkam, vergass ich den Vorfall. Zweieinhalb Monate später bekam ich eine reguläre Vorladung

zur Vernehmung in einer gegen mich eingeleiteten Voruntersuchung zu einem Strafverfahren. Erste Vernehmung auf dem zuständigen Polizeirevier; die Anschuldigung: Beleidigung des Reichskanzlers und des Vizekanzlers. Als Zeuge genannt wurde ein mir unbekannter Name; sein Beruf: Fahrstuhlführer. Der Denunziant hatte den Wortlaut des Witzes zwar völlig verdreht, aber die Anzeige war ernst genommen worden. Da ich wusste, dass man zunächst einfach alles ableugnen muss, gelang es mir auch, meine angebliche Ahnungslosigkeit glaubhaft zu spielen. Der Polizeibeamte war freundlich und fragte mich zum Schluss: "Sind Sie womöglich auch noch Jüdin?" Da das nicht abgeleugnet werden konnte, meinte er sehr väterlich: "Na, dann wird's aber schlimm." Bei der nächsten Vernehmung im Kriminalgericht Moabit wurde ich von einem Staatsanwalt verhört. Er glaubte mir kein Wort, obwohl ich mich auch nicht in den geringsten Widerspruch verwickelt hatte und erklärte zum Schluss der raffiniert geführten Vernehmung: "Sie haben Glück gehabt, dass Sie die Unterhaltung nicht drei Tage später geführt haben; dann hätten Sie nämlich auf Grund der Zeugenaussagen sofort verurteilt werden können (nach dem neuen Gesetz). In Ihrem Fall aber müsste der Herr Reichskanzler erst nach Strafantrag wegen Beleidigung gegen Sie stellen, und der Herr Reichskanzler hat jetzt was Besseres zu tun. Gehen Sie nach Hause und halten Sie in Zukunft den Mund."

Im folgenden Monat (Juni) wurde der Verlag Rudolf Mosse, dem Kredite gesperrt worden waren, gezwungen, seine Zahlungen einzustellen. Auch Gehälter durften nicht ausgezahlt werden. Der vorher bereits erwähnte Kollege, der früher Kommunist und nun SS-Mitglied war, ging in Uniform zum Nazikommissar des Hauses, um durchzusetzen, dass Honorare an freie Mitarbeiter, die Ansprüche hatten, sofort ausgezahlt werden. Dies geschah auch, und alle Juden, die noch dazu gehörten, bekamen ihr Geld genauso wie die christlichen Kollegen.

Die Voruntersuchung zur Eröffnung des Strafverfahrens gegen mich (das ja nicht eingeleitet wurde) hinderte mich mehrere Monate lang, einen Reisepass zu verlangen. Ich traute mich erst im Hochsommer, den Antrag zu stellen, und der Pass wurde mir ausgestellt. Da ich niemals beurteilen konnte, ob sich

die Gestapo nach der Untersuchung in Moabit noch genauer mit mir beschäftigt hat und wieweit meine Besuche bei Ossietzky bekannt geworden waren, hatte ich das Bedürfnis, meine persönlichen Freunde in USA über mein Leben und die verschiedenen Gefahrenpunkte einmal in einem ungetarnten Brief zu orientieren. Es ist bezeichnend für die Hilflosigkeit und Ahnungslosigkeit der gutwilligen Menschen innerhalb Deutschlands, dass ich wochenlang nach einer Gelegenheit, solche "zweitrangigen" Nachrichten herauszubefördern, suchen musste. Wer damals emigrierte, war so eilig oder so verängstigt oder so mit seinem allernächsten Kreis beschäftigt, dass man nicht rechtzeitig die Gelegenheit wahrnehmen konnte. Das Wesentliche war ja auch, dass sich der Bote die wichtigsten Punkte einprägen musste, um die Briefe draussen selber zu schreiben. Nachdem ein Versuch mit einer halbjudischen Anwältin, die zu ihrer eigenen Information nach USA fuhr, wegen Dummheit und Phantasielosigkeit der hilfsbereiten Übermittlerin fehlschlug, arbeitete ich monatelang an der Möglichkeit, selber informationshalber vorübergehend ins Ausland zu fahren. Abgesehen von der empfindlichen Geldfrage gab es ein schwer überwindbares Hindernis: die Bestimmung, dass man nur mit einem polizeilichen "Unbedenklichkeitsvermerk" ins Ausland reisen konnte und ich immer noch nicht wusste, wieweit ein derartiger Antrag die Aufmerksamkeit erst auf mich lenken würde. Die Gefahr, einen schlummernden Vorgang in Bewegung zu bringen, war in dieser Zeit besonders gross geworden, als wir (Hedwig Hünicke und ich) Frau von Ossietzky in einem möblierten Zimmer in der Nähe der Künstlerkolonie unterbringen mussten, weil wir das Sanatorium nicht mehr bezahlen konnten; Frau von Ossietzky besuchte die billigsten Kneipen, in denen sie sich betrank und dann Gespräche mit den Gästen über ihr Schicksal führte. Sie hatte stets ein Notizbuch mit unseren Adressen bei sich, und es war ständig zu befürchten, dass sie irgend jemandem erzählen würde, wer ihr das Geld aus dem Ausland beschaffte und wie alles zusammenhing.

Schliesslich ermöglichte mir die früher erwähnte freundliche Einladung des Pariser Soroptimist-Club ein Besuchsvisum nach Frankreich, das damals schon kaum mehr gegeben wurde. Unter der Überschrift einer Erholungs- und Vergnügungsreise in die Schweiz
XXXXXX

und nach Frankreich bekam ich bei der Polizei den Unbedenklichkeitsvermerk für eine Reise von vier Wochen,

Während ich mich einige Tage bei Freunden in Baden-Baden aufhielt, konnte ich gerade miterleben, wie Hitlers Austritt aus dem Völkerbund (Oktober 1933) von Leuten aufgefasst wurde, die süddeutsche Demokraten waren, die viele jüdische Freunde hatten, aber keine Beziehungen zu jenen Kreisen, in denen die Leute verhaftet und gefoltert wurden. In diesem Milieu hatte ich in den Jahren bis zum Ausbruch des Dritten Reiches bei Juden und bei Christen immer wieder zu meinem grossen Erstaunen festgestellt, dass Gespräche über aktuelle politische Fragen als geschmacklos verpönt waren. Das hatte sich auch in der neuen Situation nicht sehr erheblich geändert. Der Gedanke, zu emigrieren, wurde auch von jüdischen Ärzten als eine überstürzte, wenn nicht gar hysterisch unüberlegte Reaktion gewertet. Andererseits hatten aber die Leute in diesem Milieu einen Riesenrespekt vor bekannten Schriftstellern, die bereits emigriert waren. Sie waren auch hilfsbereit, wenn sich eine Gelegenheit, irgend welchen gefährdeten Menschen zu helfen, ergab. Was aber völlig fehlte, war die Fähigkeit, sich vorzustellen, dass "das ganze Schiff" gefährdet war.

In Zürich traf ich den ersten Menschen meiner Bekanntschaft, der als unpolitischer Jude, und nur als Jude, emigriert war, ohne dass ihn berufliche Benachteiligungen, unangenehme persönliche Erlebnisse konkreter Art oder andere handfeste Ursachen dazu gezwungen hätten. Ich muss zu meiner eigenen Schande gestehen, dass ich ihn ziemlich komisch fand und eigentlich verachtete. Bei mir war es die schon mehrfach geschilderte krasse Überheblichkeit des politisch gefährdeten Menschen gegenüber unpolitischen "bürgerlichen" Juden, die ja wegen ihrer "unpolitischen Haltung" gar nichts zu befürchten hätten, wenn sie noch dazu "nur" wirtschaftliche Berufe ausübten. Ich erwähne das im Hinblick auf unsere Analysen der Haltung von Deutschen und Juden in späteren Jahren.

Abgesehen von dem Versuch, meine eigene Zukunft für den "Fall der Fälle" irgendwie vorzubereiten -- übrigens ein völlig

resultatloser Versuch --, war meine Hauptbeschäftigung in Zürich, Frau Edith Jacobsohn, die Verlegerin der WELTBÜHNE, an ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber Ossietzky zu erinnern. Da ich mir dazu die moralische Unterstützung des Züricher Verlegers Emil Oprecht verschaffen konnte, gelang es mir, ihr das notwendige Geld abzurufen. Kurt Tucholsky war zu der Zeit zwar auch in Zürich, hielt sich aber mit Hilfe einer befreundeten Ärztin vor unbequemen Besuchern versteckt und blieb unerreichbar.

In Genf wurde damals schon einiges zur beruflichen Unterbringung deutscher Flüchtlinge getan, wenn auch sporadisch, schlecht organisiert und ziemlich dilettantisch. Viele "Antinazis" in Völkerbundkreisen waren gefühlsmässig deutschfeindlich eingestellt, und gemässigt deutschfreundliche Leute jener Kreise neigten zur falschen Beurteilung der Nazis.

In Paris wohnte ich bei einem Mitglied des mehrfach erwähnten Frauenklubs. Dort erreichte mich aus Berlin die Nachricht von einer dritten und diesmal sehr ernststen Haussuchung in meiner Berliner Wohnung. Ich hatte die bereits mehrfach erwähnte Hedwig Künicke gebeten, während meiner Abwesenheit in meiner Wohnung zu wohnen, weil ja die komplizierte Fürsorge für die Familie Ossietzky und die damit verbundene, vorsichtig getarnte Auslandskorrespondenz erforderte, dass irgend jemand anwesend sei. Dass ich alle Unterlagen über Geldsammlungen und Geldausgaben in dieser Sache aufbewahrt hatte, lag nicht nur an eigener Dummheit oder Phantasielosigkeit, sondern an der Schwierigkeit des Falles. Einerseits hatten wir so viel Geld gesammelt und für die Familie Ossietzky verbraucht (die Tochter konnte schon im Juli im Rahmen einer englisch-amerikanischen Hilfsaktion nach England geschickt werden), wie sicherlich für keinen anderen Einzelfall gesammelt worden war; darum war ich ängstlich darauf bedacht, stets in der Lage zu sein, den Verdacht einer unordentlichen oder gar untreuen Verwaltung widerlegen zu können. Andererseits aber reichte das Geld niemals aus, um Frau von Ossietzkys alkoholische Bedürfnisse zu befriedigen und die Wirtinnen zu beschwichtigen, die eine solche

Mieterin lieber loswerden wollten. Es war immer nahe daran, dass Frau von Ossietzky behauptete, wir hätten ihr Geld, das doch für sie bestimmt gewesen wäre, unterschlagen.

Das Resultat dieses Zustandes war, dass die Polizei (oder Gestapobeamte) in meiner Wohnung all diese Dinge fanden und beschlagnahmten. Hedwig Hünicke, die stets noch eigene Gestapobesuche und sogar irreguläre Belästigungen in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bei der WELTBÜHNE erdulden musste, fühlte sich völlig verraten und verkauft und verliess meine Wohnung sofort.

Ich wusste aus intimer Kenntnis ihrer Persönlichkeit und ihrer speziellen Neurosen, dass dieser Sache der Schlusspunkt einer Verbindung zwischen Ossietzky und dem Ausland sein würde, falls Hedwig Hünicke erleben musste, dass ich sie in dieser Lage allein lassen und mich einfach im Ausland, in Sicherheit, vor allen Folgen "drücken" würde. Ich wusste auch, dass eine vorübergehende Rückkehr von mir nach Berlin ihr praktisch keine Garantie gegen spätere Folgen dieser Sache geben konnte. Wenn ich aber noch jemals ein Wort über Ossietzkys Schicksal erfahren wollte, so müsste ich das Risiko auf mich nehmen, wenigstens noch für ein paar Tage nach Berlin zurückzukommen. Es scheint mir erwähnenswert, dass ~~zix~~ alle Emigranten, mit denen ich während meines Besuches in Paris darüber sprechen konnte, den Gedanken, unter diesen Umständen noch einmal in Deutschland zu erscheinen, völlig selbstmörderisch fanden. Der/einzige Emigrant, der seinerseits fand, dass dies "überhaupt kein Risiko" und nicht einmal ein Emigrationsgrund wäre, war Helmuth von Gerlach, der damals schon von der Französischen Liga für Menschenrechte als Verbindungsmann zur deutschen politischen Emigration gegen ein ordentliches Gehalt beschäftigt wurde. Helmuth von Gerlach, der selbst unter sehr dramatischen Umständen Anfang Februar nach München geflüchtet war und kurze Zeit darauf nach Frankreich floh, war der Ansicht, dass ich von der Aufdeckung meiner Tätigkeit nichts zu befürchten hätte, dass ich ganz ruhig zurückfahren und auch in Deutschland bleiben könnte. Andere Juristen wiesen mich darauf hin -- was ich ja

schon selber wusste --, dass meine Auslandskorrespondenz in Sachen Ossietzky in jeder Hinsicht die streng verbotene Greuelpropaganda war, und dass alles, was ich mit den Geldsammlungen getrieben hatte, gegen geltende Nazigesetze versties.

Mein französisches Besuchsvisum hatte im ganzen vier Wochen Gültigkeit -- glücklicherweise für eine unbegrenzte Zahl von "Einreisen" --, und sogar der deutsche Sichtvermerk -- die Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gestapo -- durfte während der auf vier Wochen begrenzten Gültigkeitsdauer zu mehreren Grenzübertritten benutzt werden.

Die Nachricht von der schlimmen dritten Haussuchung in meiner Berliner Wohnung erreichte mich etwa Mitte November in Paris, und die beiden oben erwähnten unersetzlichen, nicht mehr zu erneuernden Genehmigungen liefen zehn Tage später ziemlich gleichzeitig ab; ich verliess mich darauf, dass die Papiere, die bei mir beschlagnahmt worden waren, höchstwahrscheinlich insgesamt zwei bis drei Wochen durch verschiedene Hände gehen würden, bis eine sicherlich zu erwartende Anweisung, mich vorzuführen, oder eine Vorladung -- wenn nicht gleich eine Verhaftung -- angeordnet werden würde. Darum wagte ich die Rückkehr für knappe acht Tage, in der Absicht, die oben erwähnten Aus- und Einreisegenehmigungen noch vor der Endfrist auszunützen. Nach der Ankunft in Berlin erfuhr ich, dass Hedwig Hünicke glücklicherweise nur angegeben hatte, ich sei in Baden-Baden zu einer Kur und werde nach Beendigung der Kur zurück erwartet; sie hatte nichts von einer Auslandsreise gesagt, und ich rechnete damit, dass eine Rückfrage der politischen Polizei bei der Passabteilung wegen des eventuellen Besitzes eines Passes und eines Ausreisensichtvermerkes vermutlich erst erfolgen würde, wenn man mich vergeblich in der Wohnung gesucht hätte. Ich erfuhr ausserdem, dass sich der Verwalter der Künstlerkolonie, der dort wohnte, als rabiaten Nazi enthüllt habe, so dass es unmöglich wäre, die Abreisevorbereitungen am hellen Tage zu treffen. Infolgedessen konnte ich weder die Wohnung kündigen, noch grössere Stücke aus der Wohnung entfernen, noch auch irgend welche sichtbaren Reisevorbereitungen treffen. Ich packte nachts, unterstützt von den

Jahrelang mit mir oder meinen Angehörigen verbundenen Haushalt-Hilfskräften, und verliess die Wohnung mit dem Reisegepäck noch am Vorabend meiner enggültigen Abreise, um während der letzten Nacht sicherheitshalber im Hotel zu wohnen.

Erwähnenswert ist auch die Hilfsbereitschaft eines "arischen" Arztes, -- Professor Kramer --, der mir, obwohl er mich nur ganz flüchtig kannte und seit sieben Jahren nicht mehr gesehen hatte, ein sehr nützliches ärztliches Attest ausstellte; ich brauchte dieses Attest nicht zu der oben geschilderten Flucht, sondern zur Sicherung meiner kleinen Reichsversicherungsrente, die ich schon seit dem Jahre 1926 bezog, weil eine schwere organische akute Nervenerkrankung, die damals als Multiple Sklerose diagnostiziert worden war, dazu geführt hatte, dass ich im Sinne der Angestelltenversicherung als "berufsunfähig" galt. Professor Kramer attestierte mir eine akute Verschlimmerung, die einen längeren Aufenthalt im warmen Klima von Südfrankreich erfordere. Mit diesem Attest und einer notariell beglaubigten Photokopie meines deutschen Passes konnte ich dann später von unterwegs aus mit dem Poststempel einer unverdächtigen dörflichen französischen Adresse die Überweisung meiner Rente nach Frankreich beantragen. Es erscheint mir interessant, dass spätere Feststellungen der Nazis, die vollkommen über meine politische und organisatorische Tätigkeit in Paris orientiert waren (wofür es 1940 schlagende Beweise gab), niemals dazu geführt haben, die Rentenempfängerin mit der politisch verdächtigen Person in Paris zu identifizieren. Es ist mir niemals gelungen festzustellen, ob dies eine Lücke im Gestapo- und Spionageapparat war, oder, ob antinazistische Angestellte der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte absichtlich unterlassen haben, den allmählich sieben Jahre währenden Kuraufenthalt in Frankreich als merkwürdig zu denunzieren. In diesem Zusammenhang gehört auch das Verhalten eines deutschen Arztes, der als einziger Deutscher (Arier und Nichtemigrant) auf Grund doppelter Examina in Paris praktizierte und daher Amts- und Vertrauensarzt der Deutschen Botschaft war -- vor und nach Ausbruch des Dritten Reiches. Diesen Mann musste ich im Sommer 1939 in seiner Privatpraxis aus folgenden Gründen aufsuchen:

Die Reichsversicherung hatte alle in Frankreich lebenden Rentner aufgefordert, sich von einem "deutschen Arzt" nachuntersuchen zu lassen, was sonst bei dieser Rentnerkategorie innerhalb Deutschlands alle drei Jahre zu geschehen hatte. Da es nur diesen einen "deutschen Arzt" gab, wurden ihm dann, wenn der Rentner sich gemeldet hatte, die Versicherungsakten zugestellt. Der Doktor verriet mir sofort -- wenn auch in verklausulierten Sätzen, um sich nicht zu kompromittieren --, dass die Rentner "heim ins Reich" sollten, wenn sie auch nur im entferntesten als halbe oder viertel Arbeitskräfte veränderbar sein würden; er verriet mir auch, dass in Berlin offenbar garnicht bekannt wäre, dass ich Jüdin bin. Sein Gutachten fiel so aus, dass die Rente bis zum Kriegsausbruch weiter nach Frankreich geschickt wurde.

x x x

Zu den persönlichen Erfahrungen innerhalb der Berichtsperiode gehören auch die damaligen Berliner Eindrücke von Leuten, die kurze Auslandsreisen unternehmen konnten, um sich "umzusehen". Es waren vorwiegend Juden, die in ihren Berufen schon internationale Verbindungen gehabt hatten, die sehen wollten, ob sie bei ihrer eigenen ~~mit~~ eventuellen Emigration Berufsmöglichkeiten finden würden. Diese Auslandsreisenden waren vorwiegend "Unpolitische". (Dass politische Führer aller Richtungen illegal oder halblegal zu ihren Gesinnungsfreunden ins Ausland fuhren und wieder zurückkehrten, gehört nicht in diesen engeren Zusammenhang, weil ja deren Erfahrungen zu jener Zeit jeweils nur dem engsten Kreis bekannt wurden und sowieso nach 1945 in den ungezählten Büchern über den Widerstand veröffentlicht worden sind.)

Ich erinnere mich an viele Gespräche über Emigrationsmöglichkeiten, in denen Leute, die draussen gewesen waren, die Lage als ziemlich hoffnungslos beurteilten. Meine eigene Schwester -- ein völlig unpolitischer Mensch und von Beruf Konzertsängerin -- hatte im Sommer 1933 in Holland beobachtet, dass die Hilfe der

Komitees nur für vollkommen mittellose, unter akutem Druck geflüchtete Menschen zu erwarten sei. Ob ihr Eindruck und ähnliche Eindrücke vergleichbarer Existenzen objektiv richtig waren, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Wichtig erscheint mir vielmehr, dass im ganzen genommen die "Politischen" grosse Hoffnungen auf die solidarische Hilfe ihrer Gesinnungsfreunde setzten, während viele unpolitische Juden skeptisch waren und bezweifelten, dass irgend eine brauchbare und erträgliche organisierte Förderung im Ausland zu erwarten sein würde.

Interessant ist auch die Bemerkung eines grossen deutschen (christlichen) Musikverlegers, der bereits im März 1933 zu jüdischen Freunden (denen er später selbst jahrelang half, Unterhaltsgelder ins Ausland zu transferieren) gesagt hatte: "Für Euch alle gibt es nur einen wirklich sinnvollen Weg, wenn Ihr weiterarbeiten wollt: Amerika." Noch interessanter aber war seine Begründung dieser Ansicht: "Dort leben so viele Juden, dass es möglich sein wird, sich auch künstlerisch in Eurer Linie durchzusetzen; in Deutschland ist es absolut hoffnungslos, und in den anderen europäischen Ländern wird man Euch nicht hochkommen lassen."

Auf dem Gebiet der peinlichen Gleichschaltung von bedeutenden deutschen Männern, die eigentlich wissen mussten, was der Nazismus bedeutet, habe ich aus relativ persönlicher Nähe ein Beispiel miterlebt, das wahrscheinlich in Vergessenheit geraten ist: Der bedeutende Staatsrechtler Heinrich Triepel -- ordentlicher Professor und zeitweise Rektor an der Berliner Universität --, ein konservativer Mann, der besser als jeder andere zwischen Recht und Unrecht unterscheiden konnte, schrieb gleich in den ersten Wochen nach der Machtergreifung einen grundsätzlichen Artikel in der DEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG über das "neue" Staatsrecht; ich kann mich auf den Titel nicht besinnen, aber der Artikel stand auf der Titelseite des Blattes und rechtfertigte die Regierungsmassnahmen beredt und mit hochgelehrten Begründungen. In dieser Zeit kam seine Frau, die als Tochter des Schriftstellers Georg Ebers zwar schon in der zweiten Generation evangelisch getauft, aber nach den "Rasse"-Begriffen der Nazis

eine Halbjüdin war, in eine peinliche Lage: sie wurde von dem damaligen Dekan oder Rektor, Professor Fischer, der als Antisemit galt, bei einem Fakultätsdiner gefragt: "Gnädige Frau sind doch natürlich rein arisch?", und sie wagte nicht, zu widersprechen. Meines Wissens hatte Triepel den Rechtfertigungsartikel ganz freiwillig geliefert.

Ein kleiner Beweis für die Ahnungslosigkeit mancher hoher Beamter war die Reaktion des adligen Personaldezernenten im Reichswirtschaftsministerium auf den Pensionierungsantrag eines jüdischen höheren Beamten, der ausserdem Sozialdemokrat war, aber seine Position ohne jede Mitwirkung von Parteifreunden erreicht hatte. Der jüdische Oberregierungsrat ging bereits am 6. März 1933 zu dem zuständigen Vorgesetzten und überreichte ein ärztliches Attest mit der Bitte um sofortige Pensionierung. Der eingangs erwähnte Personaldezernent sah ihn völlig fassungslos an und meinte, der Kollege könne doch wohl nicht im Ernst die Absicht haben, den Reichsdienst etwa wegen der zur Zeit herrschenden Verhältnisse zu liquidieren; als der Antragsteller ihm sagte, das Wahlergebnis habe ja nun gezeigt, dass die jetzige Regierung vorläufig im Amt bleiben werde, und unter dieser Regierung sei für ihn weder Platz noch Aufgabe, bat ihn der Personaldezernent händeringend, diesen übereilten Beschluss aufzuschieben, weil es ja "gar nicht lange dauern" könne. Der jüdische Beamte prophezeite in entgegengesetzter Richtung. Woraufhin ihn der Personaldezernent am nächsten Tag noch einmal kommen liess, um ihm vorzuhalten, dass er doch am 1. April automatisch in eine höhere Gehaltsstufe kommen würde, und ihm vorschlug, mit dem Pensionierungsgesuch darum doch mindestens bis zum 2. April zu warten. Der gutgemeinte Vorschlag wurde abgelehnt.

Zum Schluss möchte ich noch meine persönliche Erinnerung an ein besonders tragisches jüdisches Schicksal, das sich in diesen Monaten erfüllte, wiedergeben, weil mir die Reaktion der Umwelt auf dieses Schicksal erwähnenswert erscheinen.

Ich denke an den Selbstmord von Ludwig Tietz, den ich seit seinem vierzehnten Lebensjahr als den jüngeren Bruder, Schwager und Vetter meiner engsten Jugendfreunde und -freundinnen

gekannt hatte.

Gemeinsame jüdische Freunde, die, wie ich selbst, einer etwas älteren Generation als Ludwig Tietz angehörten, erfuhren ebenso wenig wie ich selbst etwas über die näheren Umstände dieses tragischen Selbstmordes, weil sie der organisierten jüdischen Jugendbewegung fernstenden und überhaupt wenig mit der Arbeit jüdischer Organisationen in Berührung kamen. Wir hörten zunächst, dass Ludwig Tietz, der immer intensiv in jüdischen Organisationen tätig gewesen war, seine Arbeit auf diesem Gebiet seit der Machtergreifung vervielfacht hätte. Wir erfuhren dann -- was vielleicht ganz anders war, aber damals so hiess, wie ich es jetzt wiedergebe --, dass seine Bemühungen um die "Anerkennung" der jüdischen Jugendorganisationen von einem unerhörten Erfolg gekrönt worden seien, indem die Nazis endlich erlaubt hätten, die jüdische Jugend nach dem Muster der Hitlerjugend zu organisieren, und dass Ludwig Tietz zum Reichsjugendführer ernannt worden sei. Dies wirkte auf die Unpolitischen des kleinen Kreises, der sich dafür interessierte, als eine tolle, bewundernswerte Leistung des jungen Mannes, der hier den Nazis eine Gleichberechtigung abgerungen hätte, über die man sich nur ausserordentlich freuen könne. Auf die Minderheit der politisch Interessierten des gleichen Kreises wirkte diese Sache irgendwie grotesk und schauerlich; wir fanden sie gleichzeitig auch komisch und mokierten uns über den Ehrgeiz, jüdischer Reichsjugendführer zu werden. Natürlich nur bis zu der Stunde, in der wir den Selbstmord erfuhren. Wir haben uns selbstverständlich dann unabhängig ~~zunächst~~ von den eben geäusserten gegensätzlichen Bewertungen dafür interessiert, welche Einzelheiten zu der grauenvollen Tragödie geführt haben. Da man die nächsten Angehörigen nicht danach fragen konnte, und da sie wahrscheinlich auch garnicht die Absicht hatten, sich darüber auszusprechen, kursierten verschiedenartige Vermutungen. Eine Version nahm an, die Nazis selbst hätten Ludwig Tietz dazu gezwungen, weil sie nicht wollten, dass die jüdische Jugend in ihrem Sinne organisiert wird; eine andere Version nahm an, dass dies ein tragischer und bewusster Opfertod gewesen sein muss; es hiess, dass es im Privatleben von Ludwig Tietz Dinge gegeben hätte, die sich mit einer so exponierten jüdischen Position nicht vereinbaren liessen, und dass er den grausigen Entschluss

gefasst hätte, um zu verhindern, dass die Nazis ihre Kenntnis dieser Dinge gegen die jüdische Gemeinschaft auswerten.

Die Tragödie von Ludwig Tietz war nach meiner Erinnerung eines der ersten Ereignisse dieser Art -- (nach oder vor dem Selbstmord von Dr. Landsberg, dem Geschäftsführer des Brandenburgischen Ärzteverbandes, dessen andersartige Motive bekannt geworden waren). Weil dies so früh geschah -- als die Berliner Juden noch garnicht an solche Erfahrungen gewöhnt waren -- und weil dennoch bei so vielen Juden die grössten Illusionen über das Wesen und den Weg des Dritten Reiches noch jahrelang erhalten geblieben sind, musste ich später immer wieder daran denken, wenn wir selbst (und die ganze übrige Welt) erstaunt waren, wie viele hochintelligente Deutsche auf vergleichbare Tragödien ihrer deutschen Mitbürger -- um garnicht von den Tragödien der deutschen Juden zu sprechen -- miterlebt haben, ohne daraus zu lernen, worauf es ankam.

Ich wollte mit der wahrheitsgetreuen Darstellung meiner persönlichen Erlebnisse aus den ersten neun Monaten des Dritten Reiches keine grossen volkpsychologischen Theorien erhärten; aber ich wollte mich bemühen, mit der nach bestem Wissen und Gewissen unretuschierten Darstellung von so vieler kleiner Einzelheiten zu zeigen, dass in unserer vielschichtigen jüdischen Gemeinschaft und in der Gemeinschaft der überzeugten deutschen Antinazis, zu der Juden und Nichtjuden gehörten, mindestens so viele Irrtümer, Fehlurteile und Charakterschwächen feststellbar waren wie in der grösseren, unorganisierten Gemeinschaft deutscher Nichtnazis.

Dieser Bericht ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt; über die publizistische Verwertung des Inhalts entscheidet THE WIENER LIBRARY LTD im Einvernehmen mit der Verfasserin, deren Zustimmung erforderlich ist. Streng vertraulich zu behandeln sind alle Mitteilungen, die sich auf Privatpersonen im weitesten Sinne des Begriffs beziehen oder bei öffentlichem Gebrauch zu Klageerhebungen führen können.

Hilke Walter:

Erinnerungsbericht Nr. 11 (1959/60)

Bl. 34 - 58

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4537/71	Best. 28203/1
Rep. —	Kat. 128

Erinnerungs-Bericht Nr. II
von Hilde Walter

Ueber persönliche Erfahrungen in Frankreich während der Zeitspanne von Ende November 1933 bis zur Abstimmung im Saargebiet am 16. Januar 1935.

Dieser Bericht ist nicht zur Veröffentlichung bestimmt; über die publizistische Verwertung des Inhalts entscheidet THE WIENER LIBRARY LTD im Einvernehmen mit der Verfasserin, deren Zustimmung erforderlich ist. Streng vertraulich zu behandeln sind alle Mitteilungen, die sich auf Privatpersonen im weitesten Sinne des Begriffs beziehen oder bei öffentlichem Gebrauch zu Klageerhebungen führen können.

Vorbemerkung:

Meine Erfahrungen in dem oben erwähnten Zeitabschnitt beziehen sich vorwiegend auf folgende Fragen:

- (1) Die soziale Lage deutscher Emigranten in Frankreich
- (2) die Reaktion französischer Persönlichkeiten und Gruppen auf die Ereignisse in Deutschland
- (3) die politische Haltung deutscher Emigranten und die Formen ihrer politischen Betätigung
- (4) Begegnungen mit Deutschen, die sich vorübergehend in Paris aufhielten
- (5) Nazi-Propaganda und Nazi-Spitzel
- (6) Haltung und Reaktionen von Ausländern, die an internationalen Kongressen, die in Paris stattfanden, teilgenommen haben
- (7) politische Strömungen innerhalb der deutschen Emigration
- (8) Pariser Echo auf den Abstimmungskampf im Saargebiet.

Diese Stichworte sind weder als chronologisches "Inhaltsverzeichnis"

noch als "Disposition" des Stoffes aufzufassen. Die meisten in den folgenden Seiten geschilderten Erfahrungen kennzeichnen Zustände, die "gleichzeitig" bestanden oder Situationen, die typisch für die gesamte Zeitspanne waren.

Ein Erinnerungsbericht Nr. III

würde sich auf Erfahrungen während der folgenden Zeitspanne beziehen:
Mitte Januar 1935 bis Oktober 1940.

Meine Stichworte zu Bericht Nr. III :

- (1) die Rolle der "neuen" Emigration aus dem Saargebiet
- (2) Ehrengericht über Westland-Affäre
- (3) Schweizerische und amerikanische Hilfsaktionen für Emigranten in Frankreich
- (4) Entführung Berthold Jacobs durch den Nazi-Agenten Hans Wesemann
- (5) der "Journalistenverband", (Fédération des Journalistes Allemands Emigrés)
- (6) Schutzverband Deutscher Schriftsteller, Sektion Paris
- (7) die "Lutetia-Konferenz"
- (8) deutsche Emigranten im spanischen Bürgerkrieg
- (9) "Deutsche Volksfront" unter Oberleitung der kommunistischen Partei
- (10) die Affäre "Pariser Tageblatt"
- (11) der "Band Freie Presse und Literatur"
- (12) Echo auf "München"
- (13) Kriegsausbruch und Internierung der Männer
- (14) Internierung der Frauen (Velodrome d'hiver und Gurs)
- (15) Illegales Versteck und Flucht

Hilde Walter

Auf Seite 22 des Erinnerungsberichtes Nr. I wurden die Vorgänge dargestellt, die zu meiner Flucht aus Deutschland geführt haben. Als ich am 22. oder 23. November 1933 von Berlin abfuhr, erschien mir der Grenzübertritt ¹problematisch, weil der erforderliche Ausreisensichtvermerk der Gestapo, den ich besaß, schon wenige Tage später ablief. Die polizeiliche Erlaubnis zu mehreren Ausländerreisen innerhalb eines Zeitraums von insgesamt vier Wochen wurde aber an der Grenze trotz der kurzen mir verbleibenden Frist anerkannt. Dass dieser "Ausreisensichtvermerkzwang für Reichsangehörige" schon fünf Wochen später -- am 1. Januar 1934 -- aufgehoben werden würde, war mir und meinen Freunden völlig unbekannt, aber vermutlich die Ursache für die erstaunliche Reibungslosigkeit beim Grenzübertritt. Mein persönliches Reisegepäck, zu dem selbstverständlich kein Uzugsmittel und keine Wertsachen gehören durften, wurde am Vorabend der Abreise auf dem Bahnhof Zoo genau kontrolliert und ohne Beanstandung durchgelassen. Meine Berliner Wohnung habe ich nach dieser nächtlichen Bahnhofskontrolle vorsichtshalber nicht mehr betreten.

Die Franzosen liessen mich einreisen, obwohl auch mein französisches Besuchsvisum, das mich zu einer unbegrenzten Zahl von Reisen innerhalb eines Zeitraumes von vier Wochen berechtigt hatte, drei Tage nach meiner Ankunft an der Grenze ablief.

Als ich Ende November 1933 in Paris ankam, schilderten mir politische deutsche Emigranten, die schon einige Monate vor mir gekommen waren, als eine ihrer wichtigsten praktischen Erfahrungen die Unzulänglichkeit der karitativen Arbeit des sogenannten COMITÉ NATIONAL -- so hiess wohl das erste, von französischen Juden gegründete Hilfskomitee

für Flüchtlinge aus Deutschland. Ich habe die Flüchtlingsunterkünfte und die Speisungen, die das COMITE in der ersten Hälfte des Jahres 1933 eingerichtet hatte, nicht mehr gesehen; aber die Berichte über grauenvolle Zustände spielten eine erhebliche Rolle in den Gesprächen der mittellosen Emigranten. Auch die wenigen emigrierten Journalisten, die bald nach ihrer Ankunft eine Nothbeschäftigung gefunden hatten, bestätigten die Aussagen der unmittelbar Betroffenen. Sie alle waren tief erbittert darüber, dass Frankreich die Flüchtlingsfürsorge offensichtlich nicht als politische Gemeinschaftsaufgabe betrachtete, sondern als "Privatangelegenheit" von rein jüdischen Organisationen. Wir erlebten die Unzulänglichkeit der jüdischen französischen Hilfsverbände und konnten in diesem Stadium, das unsere Vorstellungen von ausländischer, jüdischer Wohlfahrtsarbeit entscheidend geprägt hat, noch nicht wissen, dass späterhin amerikanische jüdische Hilfe die Leistungen des französischen jüdischen Komitees auf ein erträgliches Niveau bringen würde. Ein grosser Teil unserer Erbitterung richtete sich gegen die Personalpolitik der französischen jüdischen Hilfsorganisationen, die ihrerseits keine geschulten Sozialpfleger beschäftigten, sondern die Hilfgelder in hohem Masse Leuten anvertrauten, die in jeder Beziehung ungeeignet waren.

Ebenso deprimierend wie die Minderwertigkeit der jüdischen Hilfe waren die Anfangserfahrungen mit den Hilfskomitees politischer Verbände. Es gab den Matteotti-Fond, der ja in allen Ländern mit freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien existierte, und die Rote Hilfe der Kommunisten. Beide Organisationen haben in späteren

Jahren Gelder ausländischer Gesinnungsfreunde empfangen und verteilt.

Von der Unterstützungspraxis der Roten Hilfe wird in einem anderen Zusammenhang berichtet werden, weil im ersten und zweiten Jahr der Emigration noch nicht offenkundig geworden war, nach welchen Richtlinien die kommunistischen Hilfestellen arbeiteten.

Von dem Personenkreis, der auf Unterstützung durch den Matcotto-Fonds Anspruch erheben konnte -- Sozialdemokraten, Gewerkschaftler, Reichsbannerleute -- erfuhr ich sehr bald, dass die französischen Gewerkschaftsmitglieder und die Mitglieder der sozialdemokratischen französischen Parteien ihre Pflichtbeiträge zum Matcotto-Fond nicht annähernd so getreulich abgeführt hatten, wie das in Deutschland vor Hitler üblich gewesen war, und wie es auch in den skandinavischen Ländern geschah. Die Mittel des Fonds waren nach ganz kurzer Zeit erschöpft.

Ueber die Möglichkeiten und Grenzen des Asylrechtes bestanden bei vielen Emigranten lange Zeit noch recht unklare Vorstellungen, weil trotz aller Ähnlichkeit der Einzelschicksale auch in diesem Punkt "jeder Fall anders" lag -- in Bezug auf das Vorhandensein oder die Gültigkeitsdauer eines deutschen Passes, in Bezug auf die Art oder Dauer des französischen Einreisevisums und auch im Hinblick auf die Umstände, unter denen der Grenzübertritt erfolgt war.

Es gab innerhalb der Emigration eine kleine Minderheit sachkundiger Persönlichkeiten, die bereit war, den anderen mit Ratschlägen, Beziehungen und Empfehlungen zu helfen, falls die Fremdenpolizei keine Aufenthaltserlaubnis gewähren wollte; aber selbst diese kleine Minder-

heit war zu jener Zeit zu stark mit der eigenen Existenzsicherung beschäftigt, um eine organisierte Interessenvertretung einzurichten. Immerhin ermöglichte die französische Liga für Menschenrechte sehr bald zwei Institutionen, die deutschen Flüchtlingen sehr weitgehend bei der Regelung ihrer Aufenthaltserlaubnis geholfen haben. Der sogenannte SERVICE ALLEMAND der französischen Liga konnte Emigranten bei der Fremdenpolizei als politische Flüchtlinge legitimieren; dies war aber keineswegs seine Hauptaufgabe. Die einflussreiche französische Liga hatte einen ihrer emigrierten deutschen Gesinnungsfreunde -- Holmuth von Gerlach -- zur Leitung dieses Büros angestellt; es sollte der französischen Organisation Berichte und Kommentare über die Vorgänge im Dritten Reich zur Verfügung stellen und hierzu auch die politischen Informationen auswerten, die brieflich aus anderen Emigrationsländern nach Paris gelangten oder von den Neuankömmlingen in Paris stammten.

Die tägliche praktische Arbeit mit der Fremdenpolizei erledigte im Namen der französischen Liga der sogenannte SERVICE JURIDIQUE, der Sprechstunden abhielt und den Emigranten erhebliche Hilfsdienste leistete. Die Funktionäre dieser kleinen Einrichtung waren ehemalige Mitglieder der Deutschen Liga für Menschenrechte; sie wurden aber keineswegs aus den Mitteln der französischen Liga bezahlt, die nur einen Teil der Unkosten für diese notwendige Arbeit bestreiten half. Sie waren darauf angewiesen, dem Büro die Beihilfen zu verschaffen, aus denen ihre eigene völlig unzureichende Entlohnung bestritten wurde. Ich kann nicht mehr sagen, wer das Geld stiftete, aber es stammte wohl nicht aus französischen Quellen. In den ersten Jahren arbeitete dort

der ehemalige sozialdemokratische Stadtrat des Berliner Bezirkes Prenzlauer Berg, Dr. Walter Friedländer; (nachdem Friedländer Ende 1936 oder auch Anfang 1937 nach Amerika ausgewandert war, wurde die Arbeit fast allein von seinem bisherigen Assistenten geleistet, einem jüngeren aus Breslau stammenden Juristen namens Konrad Reisser -- wie Friedländer ein ausgesprochen politischer Emigrant jüdischer Herkunft).

Die Aufenthaltschwierigkeiten und die Schikaken der französischen Fremdenpolizei sind für die Menschen, die davon betroffen wurden, gewiss grauenvoll gewesen; ich glaube aber, dass die bekannt gewordenen Berichte über Verhaftungen und Abschiebungen, die in sich selbst durchaus wahrheitsgetreu waren, ein etwas falsches Bild der Gesamtsituation überliefert haben. Obwohl einzelne Fälle unmenschlich behandelt worden sind, kann doch für die hier beschriebene Zeitspanne (Ende 1933 ^{bis} - Anfang 1935) im allgemeinen gesagt werden, dass es damals für entschlossene Flüchtlinge meistens möglich war, das französische Asyl in Anspruch zu nehmen, falls sie tatsächlich direkt aus Deutschland nach Frankreich gekommen waren. Die allergrössten Schwierigkeiten erlebten aber Flüchtlinge, die aus einem anderen, Deutschland benachbartem Land nach Frankreich gegangen waren.

Noch schwerer als die Aufenthaltsfragen, die immerhin "bearbeitet" werden konnten, war das fast unlösbare Problem der Erwerbstätigkeit, das wiederum die Aufenthaltsmöglichkeit beeinflusste.

Eine geregelte "Arbeitserlaubnis" haben bekanntlich nur sehr wenige Emigranten bekommen. Sie wurde gewährt, wenn der Arbeitgeber nachweisen konnte, dass kein französischer Bewerber für die Tätigkeit qualifiziert

(oder verfügbar) war; manchmal erwirkten Emigranten, die mit eigenem mitgebrachtem Kapital Betriebe gegründet hatten und eine nennenswerte Zahl französischer Arbeitnehmer beschäftigten, die Erlaubnis, auch einige Emigranten anzustellen.

Die meisten mittellosen Emigranten waren auf sogenannte Schwarzarbeit angewiesen; sie mussten aber gleichzeitig der Fremdenpolizei ein geregeltes Einkommen vortäuschen, das nicht in Frankreich erworben sein durfte. So lange die deutschen Devisenbehörden noch Unterhaltszahlungen ins Ausland gestatteten, konnten jüngere Leute behaupten, dass sie von ihren Eltern in Deutschland unterstützt würden. Nachdem aber die deutschen Devisenbestimmungen schon sehr bald verschärft wurden, mussten neue Auslandsquellen "erfunden" werden. Viele Intellektuelle haben von ausländischen Stellen angeblich bewilligte Stipendien vorgefälscht oder auch Verträge mit ausländischen Buchverlagen und Zeitungen. Zuglück war die Fremdenpolizei nicht sehr gründlich und begnügte sich häufig mit ziemlich nichtssagenden ausländischen Briefen oder einigen Zeitungsausschnitten, auf denen der Name des Betroffenen tatsächlich zu lesen war. Unter diesen Umständen konnte keine normale berufliche Eingliederung entstehen, und das Provisorium wie auch die Improvisationen waren der Normalzustand.

Die Schwarzarbeit wurde zu einem hohen Prozentsatz von Frauen geleistet; viele von ihnen übernahmen in französischen Häusern Hausarbeit zu den ungünstigsten Bedingungen, denn ihr Lohn bestand häufig nur in Kost und Logis. Andere arbeiteten zu etwas besseren, meist sogar normalen Bedingungen bei wohlhabenden Emigranten als Sekretärinnen oder als Haushaltshilfe; dabei waren sie ständig gefährdet, von der Fremdenpolizei als Schwarzarbeiter entdeckt zu werden. Handwerkliche und ausgewiesene

Schwarzarbeit, die von Männern ausgeführt werden konnte, wurde viel geringer entlohnt, als jede vergleichbare Leistung eines französischen Arbeiters oder eines anderen arbeitsberechtigten Ausländers. Auf "legale" Weise ernähren konnten sich manche Frauen, die als Gymnastiklehrerinnen, Masseusen, Maniküre oder Pediküre konkurrenzfähig waren, weil sie "freiberuflich" arbeiten durften, ebenso einige Handwerker, die ein eigenes "Geschäft" aufmachen konnten. Geschäftsgründungen jeder Art und Grösse wurden gern gestattet; aber übereilte Gründungen in den ersten Jahren der Emigration, die nur schwach finanziert waren, haben manchmal zum Verlust der kleinen aus Deutschland geretteten Substanz geführt.

Die gefährlichste, mit Gefängnisstrafen und anschließender Ausweisung bedrohte Schwarzarbeit war die illegale Tätigkeit der deutschen Ärzte. Fast jeder von ihnen benutzte Rezeptformulare mit dem vorgedruckten Namen eines hilfsbereiten französischen Kollegen -- vorwiegend jüdische oder sozialistische französische Ärzte, -- der aber seinen "Schützling" nur in bescheidenen Grenzen legitimieren konnte. Ob diese französischen Ärzte eine materielle Gegenleistung verlangten und wie weit sie am illegalen Berufseinkommen der deutschen Kollegen beteiligt werden mussten, ist mir nicht bekannt. Keinesfalls aber kann die Geschichte des emigrierten deutschen Chirurgen, die Remarque in seinem ARC DE TRIOMPHE geschildert hat, als typisch für derartige Beziehungen angesehen werden; ich halte Remarques Darstellung vielmehr für das Produkt der dichterischen Phantasie, die eine lange Reihe tatsächlich vorhanden gewesener Uebelstände zu einem sehr eindrucksvollen Gesamtbild verarbeitet hat, an dem aber nur das Lokalkolorit mit der sozialen Wirklichkeit übereinstimmt.

Eine unerwartete allgemeine Schwierigkeit mit der Fremdenpolizei und den französischen Politikern, die den Emigranten beistanden, ergab sich 1935 (glücklicherweise nur für kurze Zeit) aus dem Verhalten einiger junger jüdischer Emigranten, die 1934 über Weihnachten "nach Hause" gefahren und unbehelligt wieder nach Paris zurückgekehrt waren. Es handelte sich selbstverständlich um Überzeugte Antinazis, die über keine politische "Vergangenheit", die der Gestapo interessant war, aufzuweisen hatten. Sie fuhren, weil sie sich bei ihren zunächst noch relativ wohlhabenden Familien wieder einmal satt essen und etwas verwehnen lassen wollten. Französische Amtstellen und Presseöfentlichkeiten äuserten hierzus: "Was ist das bloß für eine Emigration, aus der die Flüchtlinge Weihnachten nach Hause fahren?"

Das französische Asylrecht beruhte in der Praxis (wenn auch nicht kodifiziert) vorwiegend auf der Annahme, dass der Flüchtling gefährdet gewesen wäre; im Gegensatz zu den Nachrichten, die uns über die Handhabung in England zuzingen. Unsere dortigen Freunde behaupteten, dass unpolitische jüdische Emigranten, die sich den gelegentlichen "Tripp" nach Deutschland erlauben oder gar mit den deutschen Konsuln über Passfragen verhandeln konnten, in England mindestens so gern gesehen würden, wie die "richtigen" politischen Flüchtlinge.

In Paris (und Prag) entstand in den Kreisen der politischen Flüchtlinge der Begriff "Wirtschaftsemigranten" als Bezeichnung für alle unpolitischen Juden, die nicht zu den politisch aktiven Gegnern der Nazis gehört hatten. Diese Formulierung entsprach einer gewissen bewussten Ueberheblichkeit, die auf den damaligen Deutschland-Erfahrungen beruhte: auf dem grauenvollen Martyrium der politischen Häftlinge in den deutschen Konzentrationslagern, das sich am grausamsten gegen jüdische

politische Häftlinge auswirkte. In Paris beschäftigten sich die meisten politischen Emigranten -- Juden und Nicht-Juden -- mehr oder minder intensiv mit irgend einer Form von moralischer und materieller Unterstützung ihrer Gesinnungsfreunde in Deutschland. Weil sie jahrelang an die Überwindung des Nazismus durch seine deutschen Gegner und Opfer glaubten, hielten sie ihre eigenen Bemühungen um die illegale Widerstandstätigkeit für die wirksamste Bekämpfung aller Nazi-Verbrechen -- einschliesslich der Entrechtung der Juden. Ihre Ueberheblichkeit über die "Wirtschaftsemigranten" hatte keine antisemitischen Untertöne; die nichtjüdischen politischen Emigranten waren fast ausnahmslos so Überzeugte und meist auch geschulte Antinazis, ^{bei ihnen} dass sich/nicht einmal aus dem krassen sozialen Gegensatz zu wohlhabenden jüdischen Emigranten antisemitische Ressentiments entwickeln konnten. Ich erinnere mich/^{auch} an eine/^{einzig} Bemerkung eines nichtjüdischen politischen Emigranten, die ein leicht antisemitisches Ressentiment verriet; sie stammte von Rudolf Breitscheid, der gewisse berufliche Misserfolge, die vermutlich auf personelle und politische Gegensätze zwischen ihm und seinen Gesinnungsfreunden in verschiedenen Ländern zurückzuführen waren, mit einer "weltweiten" Bevorzugung jüdischer Emigranten zu erklären versuchte.

Es ist erstaunlich, dass die wirtschaftliche Lage der mittellosen Emigranten in Frankreich bis zum Kriegsausbruch doch nicht ganz so ausweglos war, wie die wahrheitsgetreue Schilderung der sozialen und rechtlichen Gegebenheiten vermuten lässt. Mit Ausnahme von mehreren besonders trostlosen Fällen, haben die meisten doch immer wieder irgend welche Hilfsquellen gefunden, die ihnen das Leben im aller-

bescheidensten Rahmen ermöglichte: sei es durch Freunde oder Angehörige in anderen Ländern, die ihnen etwas Geld schicken konnten, oder durch irgend einen in Frankreich lebenden vermögenden Emigranten, der sie gelegentlich unterstützte.

x x x

Die politische Betätigung der Emigranten in Frankreich ist Ende 1933 und 1934 noch sehr stark von dem Streit um die politischen "Pflichten" der sogenannten Gesamtmigration bestimmt worden. Der Gegensatz zwischen denen, die sich öffentlich gegen das Dritte Reich äusserten, und denen, die "den Mund hielten" -- wie z.B. mehrere weltbekannte emigrierte Schriftsteller, die beherrlich^{schwiegen} -- wurde damals viel erbitterter erörtert als etwa bestehende grundsätzliche Richtungsunterschiede zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen, die ^{später} Mitte der dreissiger Jahre viel heftiger umkämpft wurden.

Die Anhänger der "Aufklärungsverpflichtung" gegenüber dem Gastland waren mit Recht besorgt, ob sich die ihnen befreundeten politischen Kräfte in Frankreich gegen die militanten französischen Faschisten durchsetzen würden; der "blutige" 6. Februar 1934 -- jener ernste Pariser Putschversuch gegen die Dritte Republik -- liess erkennen, welche Gefahren der Demokratie (und nebenbei auch dem Asylrecht) in Frankreich drohten, wenn alte Gegner der deutsch-französischen Verständigung -- französische Nationalisten und "Reaktionäre" -- neuerdings ihr Herz für das RAPPROCHEMENT entdeckten; ein rapprochement, das nun nicht mehr den freiheitlich friedlichen Inhalt der einstmals ersuchten deutsch-französischen Verständigung verwirklichen, sondern die lebensgefährliche Verständigung mit dem Nazismus und die Förderung nazistischer Tendenzen in ganz Europa bedeuten würde.

Etwa zwei Monate vor dem Putsch hatte der TDPS geschrieben, dass das nationalsozialistische ^{inhe} Deutschland die deutsch-französische Verständigung nötig hätte, und einige rechtseradikale Blätter in Frankreich sprachen damals schon "vom Totenkampf und Ende des parlamentarischen Regimes in Frankreich."

Es war allgemein bekannt, dass die innenpolitischen Gegner der französischen Dritten Republik auch antisemitische Tendenzen verfolgten; aber dieser uralte französische Antisemitismus mit seinen teilweise krass antidutschen Wurzeln und Motiven, hat sich meines Wissens praktisch garnicht gegen die grosse Zahl deutscher jüdischer Emigranten in Frankreich gerichtet. Bei den Schikanen der Fremdenpolizei haben sicherlich auch Beamte mitgewirkt, die man als französische Antisemiten bezeichnen konnte; das hat aber meines Wissens kaum jemals zu direkten, gegen einzelne jüdische Menschen gerichteten Massnahmen geführt.

Kurze Zeit nach dem Februar-Putsch erfuhren wir, dass die "Agierungs-Gesetzgebung" der Nazis mit Rücksicht auf das Ausland nicht in dem Masse, wie man zuvor annehmen musste, auf "die Wirtschaft" ausgedehnt werden sollte. Derartige Nachrichten bestärkten bei manchen "politischen" Flüchtlingen die bereits erwähnte Tendenz, die Zukunft der unpolitischen Juden in Deutschland optimistischer zu beurteilen; andere vertraten die Ansicht, dass es sich hierbei nur um eine trügerische Ruhepause handeln könnte.

Am 19. Februar 1934 besuchte mich ein Gast aus Berlin, der zuvor mit Helmut von Goltz und den leitenden Redakteuren der Emigrantenblätter gesprochen hatte; im Gegensatz zu anderen deutschen Besuchern

Hilde Walter

- 14 -

die im Umgang mit bekannten Emigranten grosse Vorsichtsmassregeln anwandten, bewegte sich dieser Gast völlig sorglos in dem Milieu der politischen Emigration. Es war Dr. Robert Kempner, den die Nazis 1933 als "politisch untragbar" (und sich wegen seiner jüdischen Herkunft) entlassenheit aus dem Preussischen Staatsdienst entlassen hatten; seitdem beschäftigte er sich in Berlin mit der Beratung von Auswanderern.⁽¹⁾ Der Anlass zu unserer Begegnung waren Nachrichten über das Schicksal Carl von Ossietzkys; als die Unterhaltung über ~~xxx~~ dieses Thema beendet war, überraschte mich Kempner mit ~~xxx~~ einem grauenerregenden Vorschlag: "Sie kennen doch viele Juden, die mit ihrem Geld ausgewandert sind und Heimweh haben; die können jetzt zurückkommen, wenn sie ihr Geld wieder mitbringen. Wenn Sie solche Leute finden und mir schreiben, kann ich feststellen, ob sie ungefährdet zurückkehren können; ich gebe Ihnen dafür Procente."

Ich habe leider niemals erfahren können, ob es Kempner gelungen ist, "Kundschaft" für diesen Zweck seiner geschäftlichen Betätigung zu gewinnen. Im Laufe des gleichen oder des folgenden Jahres wurde in Paris erzählt, ein Inhaber der Schuhfirma Tack namens Krafanker sei mit einer Million Mark nach Deutschland zurückgegangen und anschliessend in KZ. ungebracht worden. In dieser Zusammenhang wurde auch erwähnt, dass der Angriff (Berlin) im Januar 1934 Erklärungen führender Nazis veröffentlicht hätte, mit denen die Rückkehr von Emigranten als möglich und wünschenswert propagiert worden sei. Ich kann mich nicht erinnern, ob die Emigrantenpresse diese Nachricht ~~xxxxxxx~~ ^{xxxxxxx} übersehen oder davor gewarnt hat.

nirgends veröffentlichtes, aber typisches Beispiel der Methoden, die von den Nazis erfolgreich angewandt wurden, um öffentliche ausländische Kritik an ihnen

(1) Kempner hat nach dem Krieg bei den Nürnberger Prozessen als amerikanischer Anklagevertreter mitgewirkt; seine Rolle in Nürnberg hat in den USA zu erbitterten Auseinandersetzungen und umfangreichen Erhebungen geführt.

Regime zu unterbinden, erlebte ich in Paris bei der grossen Tagung des Internationalen Frauenbundes (~~des~~ INTERNATIONAL COUNCIL OF WOMEN), der alle drei oder alle fünf Jahre in einer anderen Hauptstadt zusammentrat. (Ob diese Pariser Tagung 1931 oder 1933 stattgefunden hat, habe ich leider trotz intensiver Bemühungen nicht feststellen können; ich glaube, dass es 1931 war.)

Jedenfalls

Die Pariser Tagung war die erste, die nach der Machtergreifung der Nazis stattfand und an der keine deutschen Delegierten teilnehmen konnten. Der deutsche Mitgliedsverband -- Bund Deutscher Frauenvereine -- existierte nicht mehr, und der Vorstand des Internationalen Frauenbundes hatte sich standhaft geweigert, Vertreterinnen der nazistischen Organisationen aufzunehmen oder die gleichgeschalteten Verbände als legitime Vertretung der deutschen Frauen anzuerkennen.

Für diese Weltorganisation war der Zusammenbruch der demokratischen deutschen Frauenbewegung ein Ereignis von allerngrösster Bedeutung -- ebenso einschneidend wie knapp zwanzig Jahre zuvor die Unterbrechung der internationalen Verbundenheit durch den Ersten Weltkrieg.

Die Ereignisse und die diesbezüglichen Beschlüsse des Vorstandes erforderten selbstverständlich eine angemessene Berichterstattung vor dem Forum des Kongresses. Als ich mich vor Beginn der Tagung erkundigte, wann und von wem dieser Rechenschaftsbericht erstattet würde, erfuhr ich folgendes:

Die einstmalige Zweite Vorsitzende des Internationalen Frauenbundes, Dr. Alice Salomon -- von den Nazis aus ihrer Lehrtätigkeit und allen organisatorischen oder karitativen Funktionen verdrängt -- hatte sich

wo sie zurückgezogen lebte /
 von Berlin aus, "vertraulich" mit ihren englischen Kolleginnen in Ver-
 bindung gesetzt und die Erste Vorsitzende -- ich glaube es war Lady
 Aberdeen -- beschworen, den Fall Deutschland mit keinem Wort auf dem
 Internationalen Kongress zu erwähnen; die angegebene Begründung lautete,
 dass sie selbst "Unannehmlichkeiten" zu befürchten hätte, wenn der
 Kongress über deutsche Probleme verhandeln würde.

Die Verantwortlichen kamen nicht darauf, dass es durchaus möglich
 war, die Probleme zu behandeln, ohne den in Deutschland lebenden,
 längst von der internationalen Mitarbeit und Mitverantwortung ausge-
 schalteten früheren ^{Vorstands-} Mitgliedern Schwierigkeiten zu machen. Das ^{ganze} Thema
^{einfach} wurde totgeschwiegen, und die einzige Antwort auf die Existenz des
 Dritten Reiches und die ~~XXXXXXXXXXXX~~ ^{Absetzung} der freigewählten ^{deutschen} Repräsen-
 tantinnen war die ^{kommentarlose} Absetzung der deutschen Sprache als offizielle dritte
 Kongresssprache.

Der Verlauf einer anderen internationalen Pariser Frauentagung
 -- der Weltkongress der Soroptimist-Clubs, einer internationalen
 Clubgemeinschaft berufstätiger Frauen -- bewies, dass es durchaus
 möglich war, eindeutig Stellung zu nehmen, ohne die ehemaligen, in
 Deutschland zum Schweigen verurteilten Mitglieder persönlich zu ge-
 fährden. Der deutsche Club, dessen Mitglied ich gewesen war, hatte
 sich 1933 aufgelöst und war infolgedessen 1934 in Paris auch nicht mehr
 vertreten. Ich verfasste in Gemeinschaft mit anderen nach Paris emi-
 grierten ehemaligen Mitgliedern eine Denkschrift, die den Delegationen
 aus allen Ländern überreicht wurde, und konnte die Kongressleitung
 beraten, in welcher Form die "deutsche Frage" öffentlich erörtert
 werden konnte, ohne das Grundprinzip der sogenannten "Nichteinmischung
 in die innerpolitischen Probleme anderer Nationen" zu verletzen oder
 den deutschen ehemaligen Mitgliedern zu schaden. Damals lebten

von den jüdischen Mitgliedern noch sehr viele in Deutschland. Weder ihnen noch den anderen hat unser Auftreten im Ausland Unannehmlichkeiten bereitet.

~~xxxxxxxxxxxx~~ Unsere kleine Aktion ^{löste} immerhin einige nützliche Folgen aus: b i s zum Pariser Weltkongress kannte jeder nationale Club nur die Berliner Emigrantinnen, die gerade in seiner Stadt Asyl gefunden hatten. Mit anderen, die in verschiedenen Städten Frankreichs, Englands, Palästinas und der Vereinigten Staaten lebten, bestand kein Kontakt. Nachdem aber ihre Berufs- und Migrationsschicksale den Delegierten aus allen Ländern bekannt geworden waren, organisierte die holländische Präsidentin der Europäischen Föderation die erste materielle Hilfsaktion dieses Kreises; sie wollte den schwierigen Berufsaufbau der Emigrantinnen etwas erleichtern helfen. Es war nur ein sehr bescheidener Fonds, und für jede einzelne Empfängerin konnte nur ein kleiner Beitrag zu der ersten -- meist unerschwinglichen -- Urlaubsreise im Exil gestiftet werden. Wichtiger als die materielle Hilfe war die Tatsache, dass sich die internationale Gesamtorganisation, die übrigens nach dem Organisationsprinzip der Rotary-Clubs aufgebaut war, überhaupt einmal mit den Problemen und dem Personenkreis beschäftigte.

Dauerhafte Auswirkungen hatte das lebhafteste Interesse der norwegischen Delegierten -- einer protestantischen Lehrerin aus Oslo. Aus ihrer Anteilnahme an den Fragen, die mich bewegten, hat sich bald eine organisatorische und publizistische Zusammenarbeit von politischer Bedeutung entwickelt. Die Einzelheiten unserer Gemeinschaftsarbeit gehören nicht mehr in den Rahmen dieses Berichtes. Ich muss aber erwähnen, dass die Mehrzahl der Frauen, die sich in Paris trafen, bis zum Sommer 1934 kaum daran gedacht hatten, sich den Kopf über

die Vorgänge in Deutschland zu zerbrechen.

Diese Frauen gehörten den verschiedenartigsten Berufskreisen und sozialen Schichten an, lasen in ihren Heimatländern die wichtigsten Zeitungen und fühlten (oder bewährten) sich dort ganz gewiss als aufgeweckte Staatsbürgerinnen. Dennoch liessen die meisten Gespräche mit ihnen erkennen, was für nebelhafte und einseitige Vorstellungen vom Dritten Reich fast überall ausserhalb der kleinen Kreise der politischen Spezialisten verbreitet waren.

Viele betrachteten das Ganze als einen ziemlich normalen Regierungswechsel, bei dem Leute, die nicht einverstanden waren, naturgemäss ihre berufliche Stellung verlieren konnten. Manche gute Christinnen hielten es zunächst für taktlos, das Thema überhaupt zu berühren, weil doch ein gut erzogener Mensch mit Juden, die gerade eben von unmännlichen Menschen beleidigt oder von einem intoleranten snobistischen Klub abgelehnt worden sind, am liebsten garnicht über so peinliche Vorgänge spricht. Es gab auch andere, die offensichtlich -- vielleicht unbewusst -- von der Nazi-Propaganda infiziert waren und glaubten, dass "Juden und Kommunisten" das Reich regieren wollten, woraufhin es natürlich sei, dass "Unschuldige" -- wie z.B. die braven ehrenwerten Mitglieder des Berliner Soroptimist-Clubs -- unter den "traurigen Folgen" der Auseinandersetzung zu leiden hätten. Schliesslich gab es auch noch alte Frauenrechtlerinnen, denen die antifeministischen Prinzipien der Nazis als deren Hauptsünde erschienen.

x x x

Hilde Walter

Wenige Wochen vor diesen Begegnungen hatte ich erlebt, dass ein hervorragender Journalist, der als internationaler "Spezialist" mehr vom Dritten Reich wusste als die meisten anderen Menschen, nicht genügend p r ä z i s e s Informationsmaterial über die Konzentrationslager in Deutschland besass, um seinen Lesern in USA klar zu machen, was da vor sich ging; Edgar Ansel Mowrer, Pariser Korrespondent der CHICAGO DAILY NEWS, bis Anfang 1933 in Berlin Vorsitzender des Vereins der Ausländischen Presse und in den ersten Wochen des Dritten Reiches von den Nazis wegen "unfreundlicher" Berichterstattung ausgewiesen.

Ich hatte Mowrer gebeten, etwas über Carl von Ossietzky zu publizieren, und er verlangte von mir --halb als "Gegenleistung", halb als Vorbedingung, damit die "story" kompletter und akzeptabler würde-- einen präzisen Bericht über alle vergleichbaren Fälle ; ich sollte von jeder Gruppe, die verfolgt wurde, mehrere repräsentative Häftlinge nennen, dazu deren Lebensdaten, Haftumstände und selbstverständlich die einwandfreie Bezeichnung des K.Z.'s oder Gefängnisses. Von allen politischen Parteien, evtl. auch Splitterparteien, und allen grösseren "Gesinnungsgemeinschaften" einige, und vor allen Dingen einige Juden, die nicht als Angehöriger einer politischen Gemeinschaft, nicht als Rechtsanwälte von Linkgruppen, nicht als Schriftsteller, sondern sozusagen "als Juden" verhaftet worden seien.

Die gestellte Frist war viel zu kurz, um jüdische Informationen aus Amsterdam oder London -- wo sie vielleicht zu finden gewesen wären, aufzutreiben. Jedenfalls habe ich in Paris niemanden gefunden, der mir den Fall eines "als Juden" verhafteten Juden nennen konnte,

obwohl es doch in Paris eine ganze Anzahl jüdischer Organisationen gab. Einige Adressen von französischen jüdischen Organisationen, die ich selbst garnicht gekannt hatte, gab mir der katholische Politiker, Dr. Carl Spicker, der wohl zu den allerersten "Ariern" gehörte, die 1933 fliehen mussten. (2)

Da kein "rein jüdischer" K.Z.-Fall zu erfahren war, brauchte ich die schwere Gewissensfrage nicht zu entscheiden, ob man verantworten kann, ihn in den USA zu publizieren. Ich war sowieso der Ansicht, dass einige Herausgeber und Mitarbeiter von Emigrantenblättern mit ihren Publikationen manche Gefangenen erheblich gefährdeten. Meine besondere Sorge war immer der Fall Ossietzky; Nachrichten über ihn wurden in Paris und in Prag unaufhörlich von mehreren Seiten verantwortungslos "verwertet" -- so-wohl von der kommunistischen Propaganda als auch von einigen sogenannten demokratischen Pazifisten.

Man konnte 1934 durchaus feststellen, dass echte Hilfe für die Gefangenen oder wenigstens zeitweise Beeinflussung der Nazis zu Gunsten eines Gefangenen oder einer Gruppe hin und wieder auf dem Weg über die grosse ausländische Presse und gewichtige ausländische Interventionen erreichbar waren; falls die Initiative -- wenigstens scheinbar -- aus angelsächsischen Ländern oder aus dem sogenannten neutralen Ländern wie die Schweiz und die skandinavischen kamen;

(2) Spicker, der ein 100 prozentiger aktiver Anti-Nazi war, und 1930 von Frankreich nach Kanada flüchtete, wurde später während des Krieges in New York vom AUFBAU so bösartig zu Unrecht diffamiert, dass er anschliessend nie mehr ein Besuchsvizum in die Vereinigten Staaten bekommen konnte.

Hilde Walter

- 21 -

dass aber alles, was als "Emigrantenbetrieb" erkennbar war, wirkungslos blieb oder die Lage sogar verschlimmerte.

Die bewusste und gezielte Skrupellosigkeit der Kommunisten auf diesem schwierigen Gebiet, das so viele moralische und taktische Aspekte hatte, und das verantwortungslose Geltungsbedürfnis von unbedeutenden Schriftstellern standen Mitte 1934 in Frage schon in hoher Blüte; in Westeuropa dagegen waren die Kommunisten (unter der Leitung von Willy Münzenberg) zunächst noch stark mit der Gewinnung respektabler Bundesgenossen beschäftigt, deren Verhalten berücksichtigt werden musste. Sie hatten dort auch noch nicht so viele Blätter, Buchverlage und Komitees aufgezogen wie in den späteren Jahren, als es ihnen mehr und mehr gelang, den Antifaschismus nicht-kommunistischer Kreise und Persönlichkeiten den jeweiligen Zielen der Komintern dienbar zu machen.

x x x

Im Sommer 1934 erreichte mich über Helmut von Gerlach der Alarm eines schwedischen Sozialdemokraten, mit dem wir korrespondiert hatten; ich sollte sofort meine Pariser Wohnung wechseln; das Stockholmer Flüchtlingskomitee habe einen Mitarbeiter als Gestapo-Spitzel entlarvt, und der Mann habe Einblick in viele Korrespondenzen bekommen. (Kurt Büttner, 25 Jahre alt, in Dresden geboren.)

Mein Wohnungswechsel hätte nicht mehr viel Zweck gehabt, denn zur gleichen Zeit hielt sich in der Pariser Pension, in der ich lebte, bereits eine ausgesprochen geschickt getarnte Nazi-Propagandistin auf, die in der Lage gewesen wäre, die neue Adresse sofort festzustellen. Sie war geborene Französin (Witwe eines deutschen Offiziers), die als nahe Freundin der Pensionsinhaberin ins Haus gekommen war und sich mit größter

Hilde Walter

Begabung bemühte, unpolitischen jüdischen Emigranten mit ihren eigenen guten französischen Beziehungen beruflich behilflich zu sein. Dass sie hierbei nach Möglichkeit den Kulturattaché der deutschen Botschaft einschalten wollte, um zu beweisen, dass zwischen dem offiziellen Deutschland und den Juden alles "in Ordnung" sei, entdeckte ich bei einem Besuch meiner Schwester, ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ (die nach London emigriert und Sängerin war); für sie wollte Madame F. durchaus ein Pariser Konzert unter dem Protektorat der deutschen Botschaft arrangieren, und ~~xxxxxx~~ meine Schwester war nur sehr schwer von dem Projekt abzubringen.

Die Tarnung unserer politischen Aktivität war bekanntlich in Paris ganz besonders schwierig, weil sich kaum jemand einen privaten eigenen Telefonanschluss leisten konnte und die gesamte Post bei der Concierge abgegeben wurde, wo sie zehnmal bespitzelt sein konnte, bevor sie an uns gelangte.

x x x

Bedeutungsvoller als die eigene engbegrenzte politische Aktivität erschienen den meisten Emigranten in Paris die Ereignisse, die sich 1934 im Saargebiet abspielten. Wir betrachteten den gemeinsamen Abstimmungskampf der saarländischen Antinazi-Parteien für die Erhaltung des Status quo als eine vielversprechende Generalprobe der grösstmöglichen Koalition aller Kräfte, die sich gegen den Nazismus wehren konnten und wollten. Es war zwar bekannt, dass es innerhalb der beteiligten Parteigruppierungen erbitterte Führungskämpfe gab -- wie etwa zwischen Wilhelm Sollmann, der zum rechten Flügel der SPD gehörte, und der ausserordentlich umstrittenen schillernden Persönlichkeit von Max Braun --, dass es bei den emigrierten deutschen Katholiken und den saarländischen

Katholiken ernste Auseinandersetzungen über die Haltung der Bischöfe von Trier und Speyer (der geistlichen Vorgesetzten des Saar-Klerus) und der Christlichen Gewerkschaften gab; aber der turbulente ereignisreiche Saarkampf um das Votum der deutschen Bevölkerung wirkte aus der Perspektive von Menschen, die von einem echten Aktionsfeld abgeschnitten waren, wie eine neue Chance, die eigene Sache zu verteidigen. An der Saar konnte eine erheblich dankbarere Aufgabe als in Paris oder Prag erfüllt werden; dort erschienen Zeitungen, die sich an eine "bodenständige" deutsche Bevölkerung wenden durften -- mit dem klaren konkreten Ziel, eine echte demokratische Entscheidung gegen Hitler und für die Freiheit auf deutschem Gebiet herbeizuführen. Besonders bewundert wurde der physische Mut von Männern, die sich als Emigranten unter schweren Gefahren an den turbulenten Volksversammlungen beteiligten, wo die Nazis häufig genug bedrohlich auftraten, und in den Redaktionsstuben sasssen, wo Ueberfälle alltäglich waren; grosse Begeisterung herrschte auch über die offenkundige Einsatz- und Opferbereitschaft der saarländischen Juden; sie wurden ganz besonders von denen gelobt, die rückblickend auf die Zeit vor 1933 meinten (ob mit Recht oder Unrecht spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle), dass breite Schichten der deutschen Juden nicht genügend Opfer für den Kampf der sogenannten deutschen Linken gebracht hätten).

Unser Optimismus in Bezug auf die sogenannten Siegeschancen und deren schwierige Vorbedingung, den Völkerbundinstanzen das Versprechen einer zweiten Abstimmungsmöglichkeit abzurufen (mit dem Ziel, die Rückgliederung an Deutschland nach dem Sturz des Naziregimes vorzubereiten) war gewiss stärker von Wunschvorstellungen als von richtiger Einschät-

zung der realen Machtverhältnisse bestimmt. Jedenfalls mobilisierte der berühmte Slogan "für Deutschland gegen Hitler" die Energien der verschiedenartigsten Menschen; als einmal Johannes Hoffmann (der bekannte katholische Schriftsteller) nach Paris kam, um im Hause von Dr. Carl Spiekor ^{vertraulich} mit einigen Journalisten zu sprechen, war in dem kleinen Kreis eigentlich niemand, der den Erfolg für unmöglich hielt. So skeptische Männer wie Frederik Voigt vom Manchester Guardian und der ehemalige Chef des Handelsteils der Vossischen Zeitung Dr. Richard Lewinsohn (Nerus von der Weltbühne) erwogen die Einzelheiten durchaus optimistisch.

Die gefühlbedingte Überschätzung der "Siegeschancen" wurde ~~xxx~~ drei Monate vor dem Abstimmungstermin auch noch durch den dramatischen Verlauf der "Westland-Affäre" genährt: als es Goebbels tatsächlich gelungen war, das beste aller deutschsprachigen antinazi Blätter durch Strohmänner für den horrenden Preis von 200.000 Frs. zu kaufen, weil er es im gegebenen Moment ganz kurz vor der Abstimmung ~~xxxx~~ gleichschalten wollte, und als er nicht in den Genuss seiner Erwerbung kam, weil die Redaktion den Sachverhalt aufdeckte, und ihr neues Blatt "Grenzland" gründete; das wirkte auf uns wie Vorschuss auf den "Sieg".

Krüchternä wirkte auf mich selbst ganz kurz vor der Abstimmung, die deprimierende unerwartete Erkenntnis, dass wir die Wirkung des "Barkampfes" auf die deutsche Bevölkerung ^{im Reich} wohl doch erheblich überschätzt hatten. Mich besuchte ein ^{Berliner} Chemiker, ein ehemaliger Sozialist, "arischer" Ehemann einer jüdischen Frau und Vater von vier "Mischlingen", über deren Zukunft er äusserst besorgt war. Aber trotz seiner eindeutigen Ablehnung der Nazis lautete sein ausserpolitisches Programm:

Hilde Walter:
Die Rettung - Hitlers Waffenstill-
stand im Westen und die Auslieferung
politischer Flüchtlinge(1970)

Bl. 59 - 78

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die Rettung

Hitlers Waffenstillstand in Westen
und die Auslieferung politischer Flüchtlinge

von HILDE WALTER

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4537/71	Dest. 25 2031
Rep. -	Kat. 108

Manche Zeitgenossen der nationalsozialistischen Kriegführung erinnern sich noch an Bilder und Berichte aus Frankreich, die im Sommer 1940 entstanden, nachdem Paris am 14. Juni besetzt worden war.

Eine riesige Hakenkreuzfahne über dem Place de la Concorde -- dem repräsentativen Mittelpunkt der glanzvollsten Stadtteile.

Ein Parademarsch deutscher Truppen auf der breiten Prachtstraße Les Champs Elysées, die zum weltberühmten Arc de Triomphe führt, wo Frankreichs unbekannter Soldat des Ersten Weltkrieges beigeetzt worden war.

Dieses Ehrengrab unter den hundert Jahre alten Pariser Triumphbogen konnte Adolf Hitler als willkommene Hintergrund-Kulisse zur demonstrativen Verführung der neuen Sieger ausnutzen. Den nationalsozialistischen Wunschtraum, auch andere französische Sehenswürdigkeiten, die an Deutschlands Niederlage von 1918 erinnerten, schleunigst zu übertrumpfen und in pompöse Zeugnisse deutscher Überlegenheit zu verwandeln, verwirklichte er mit einem theatralischen Arrangement im Wald von Compiègne, wo die Unterzeichnung der Kapitulations-Urkunden am 22. Juni 1940 stattfinden sollte.

Seit fast 22 Jahren stand im Wald von Compiègne der alte Eisenbahnwagen, den Frankreichs siegreicher General Ferdinand Foch 1918 als improvisiertes Hauptquartier zur Bekanntgabe von Waffenstillstandsbedingungen benutzt hatte. Während noch gekämpft wurde, waren xx

am 7. November 1918 zwei Abgesandte der deutschen Waffenstillstandskommission mit weißen Fahnen in einer zuvor vereinbarten Gegend durch die Frontlinien nach Frankreich gekommen, um die Alliierten im Namen des damaligen Reichskanzlers Prinz Max von Baden und auf dringendes Anraten der Obersten Heeresleitung um sofortige Waffenruhe zu bitten. Die Sitzungen im Eisenbahnwaggon hatten vom 8. bis zum 11. November gedauert.

Im Juni 1940 saß der siegreiche General Keitel mit Gefolge im gleichen Raum, um den besiegten französischen General Huntzinger zu empfangen. Dieses Bild war aber optisch und propagandistisch nicht so wirksam wie eine hochdramatische Szene unter freiem Himmel, die vom Führer persönlich aufgeführt wurde.

Es gab im Unkreis des Eisenbahnwaggons noch den großen Gedenkstein mit einer für nationalsozialistische Sieger unerträglichen Erinnerung an den 11. November 1918; über dem historischen Datum stand die Inschrift:

Ici succomba
l'orgueil Germanique
(hier erlag der deutsche Hochmut)

Zu diesem Mahnmahl marschierte Adolf Hitler aus fotogen kalkulierter Entfernung, flankiert von Göring und anderen Prominenten, ganz langsam mit feierlich toterner Miene.

Als er hinter der Inschrift stillstand, senkten uniformierte Männer -- ebenfalls ganz langsam -- ein gigantisches Hakenkreuzbanner über das Monument, bis es völlig unter dem Fahmentuch verschwunden war.

Was der Triumphator außer der kunstvoll ausgetüftelten Retour-Kutsche sonst noch mit Frankreich vorhatte, ließ General Keitel im offiziellen Schlußwort zur Kapitulation durchblicken: er feierte mit erstaunlichen Lobsprüchen die bewunderungswürdige französische Armee, die heldenhaft hart gekämpft und alle Ehren verdient habe, die einem ritterlichen Gegner gebührten.

Illusionslose französische Patrioten bezeichneten das als verlogene Übertreibung und recht plumpe Werbung um französische Bundesgenossen,

die jetzt womöglich versuchen sollten, das verbitterte Volk zu besänftigen und zu Hilfsdiensten für weitere nationalsozialistische Kriegsziele einzuspannen.

Vom Inhalt der aufgezwungenen Waffenstillstandsbedingungen lernte die Mehrzahl zuerst hauptsächlich Vorschriften zur Demobilisierung der Soldaten kennen und die beabsichtigte Teilung des Landes in besetzte und unbesetzte Zonen.

[Wehrmacht und Gestapo besetzten sofort die ganze nördliche Hälfte des Landes; dort regierte Pierre Laval in enger Kollaboration mit der Besatzungsmacht.

Von der südlichen Hälfte, dem sogenannt unbesetzten Gebiet, wo der alte Marschall Pétain als geduldeter Regierungschef in dem Kurort Vichy residierte, wurden im Juli 1940 noch zwei Grenzgebiete bis tief ins Land hinein militärisch besetzt und für unerwünschten Zugang gesperrt: im Westen ein sehr breiter Gebietsstreifen entlang der atlantischen Küste mit dem wichtigen Überseehafen Bordeaux und einem beträchtlichen Abschnitt der französisch-spanischen Pyrenäen-Grenze; im Osten die gesamte italienische Grenze.

Als ungefähr feststand, an welchen Dörfern und Städten die Trennungslinie inmitten des Landes vorbeiführen sollte, verließen unübersehbare Menschenmengen die besetzten Bezirke und flüchteten unter beispiellosen Anstrengungen -- zu Fuß und in alten überlasteten Fahrzeugen, die unterwegs zusammenbrachen -- nach Süden.

Unter ihnen waren:

französische Bürger, die keinesfalls von deutschen Nazis regiert werden wollten;

Holländer und Belgier, die aus den gleichen Gründen gerade erst sechs Wochen zuvor ihre besetzten Heimatländer verlassen hatten;

Engländer, die schleunigst auf noch so weiten Umwegen nach Hause

reisen mußten, weil sie nun im Bereich der deutschen Wehrmacht Kriegsfeinde waren, die sofort interniert werden sollten;

auch sehr viele Ausländer verschiedener Nationalität und Herkunft, die seit Jahren oder sogar Jahrzehnten in Frankreich zuhause waren aber lieber irgendwohin auswandern wollten, als von den Beschlüssen einer ebenso fremdenfeindlichen wie antisemitischen Verwaltung abzuhängen;

und schließlich deutsche Flüchtlinge, die Hitler-Deutschland seit 1933 verlassen hatten und in Reichweite der Gestapo noch viel Schlimmeres befürchten mußten, als alle anderen.

Dennoch hatten diese deutschen Flüchtlinge erheblich geringere Chancen als ihre Weggenossen, das Ziel der Massenflucht nach Süden zu erreichen. Sie galten in Frankreich seit Kriegs~~beginn~~^{beginn} als feindliche Ausländer und konnten auf den Landstraßen jeden Augenblick von französischer Polizei verhaftet und auf ungewisse Zeit eingesperrt werden.

Die meisten von ihnen kamen ja gerade aus einem Internierungslager, das sie ohne amtliche Erlaubnis verlassen hatten, als die deutschen Truppen näher kamen und die französischen Wachmannschaften verschwunden waren.

Unterwegs hatten sie bald erlebt, daß manche Dorfbewohner und Kleinstädter glaubten, diese Leute mit dem deutschen Akzent wären Agenten oder Spione, die man schleunigst der Polizei übergeben müsse, anstatt sie etwa noch mit Lebensmitteln oder Nachtquartier zu unterstützen.

Von der Existenz und dem legalen Status deutscher Flüchtlinge war in manchen Gegenden Frankreichs, wo sie sich nicht niedergelassen hatten, schon im tiefsten Frieden nur wenig bekannt.

Bis zum 2. September 1939 hatten Tausende, die seit 1933 aus Deutschland geflohen oder auch langsamer emigriert waren, das heiß begehrte Asylrecht als offiziell anerkannte Flüchtlinge genossen; sie durften unbehelligt in Frankreich bleiben, wenn sie die Bedingung erfüllen

konnten, weder den allgemeinen Arbeitsmarkt zu belasten, noch Wohlfahrtsunterstützung auf Kosten der französischen Steuerzahler in Anspruch zu nehmen. Aber 1939 wurden schon am zweiten Kriegstag fast alle männlichen Flüchtlinge unter 60 Jahren als feindliche Ausländer interniert und in schlecht improvisierten Lagern unter den denkbar ungünstigsten hygenischen Bedingungen auf unbestimmte Zeit gefangen gehalten. Fast alle Frauen durften zuhause bleiben und wurden von der Fremdenpolizei nur erheblich strenger beobachtet und häufiger vernommen als zuvor.

Ausnahmefälle waren einige Frauen und Männer deutscher Herkunft, die gemeinsam mit vielen Ausländern verschiedener Nationalität in Straflagern interniert wurden, weil sie -- mit Recht oder zu Unrecht -- im Verdacht standen, Josef Stalins neuen Freundschaftspakt mit Adolf Hitler zu billigen und infolgedessen die Verteidigung Frankreichs im Sinne ihres sowjetrussischen Führers zu sabotieren.

Im Dezember 1939 protestierten bedeutende französische Politiker öffentlich gegen die Internierungs-Praxis der Militärbehörde; sie mißbilligten prinzipiell die Einsperrung von asylberechtigten Gegnern und Opfern der Nazis und sorgten bald für vernünftige Prüfungsverfahren, die dann nach und nach/erheblichen Entlassungen aus den Lagern führten.

Diese Verbesserungen wurden aber nur praktiziert, solange die Franzosen ihre Ostfront an der französisch-deutschen Grenze ohne bedeutende Opfer verteidigen und dabei noch mit bewundernswerter Selbstironie feststellen konnten, daß wäre ja diesmal "une drôle de Guerre" -- ein ganz komischer Krieg.

Als die Wehrmacht aber im Mai 1940 Holland und Belgien überrannt hatte und Frankreich im Norden angriff, dekretierte die französische Regierung, daß nunmehr sämtliche aus Deutschland stammenden Personen interniert werden: auch jene vertrauenswürdigen Männer, die schon einmal befreit worden waren, und alle Frauen mit Ausnahme

von Müttern, die eigene Kinder unter 17 Jahren betreuen mußten.

Die Männer wurden wieder auf verschiedene Gefangenenlager verteilt, die sich nun aber vorwiegend in unheimlicher Nähe der Kampfzonen befanden. Jüngere Jahrgänge galten in den Akten der Militärbehörde dem Namen nach als dienstverpflichtete Arbeitssoldaten, obwohl die meisten in jeder Hinsicht Gefangene hinter Stacheldraht blieben.

Wir Frauen im Alter von 17 bis 60 Jahren sollten nach kurzer Haft in örtlichen Sammelstellen in ein großes gemeinsames Internierungslager weit vom Schuß gebracht werden. In Paris waren vom 15. bis zum 22. Mai 1940 zwei- bis dreitausend in der geschlossenen Winter-Radrennbahn -- dem Velodrome d'hiver -- in lebensgefährlicher Nachbarschaft zu den Luftabwehrgeschützen des Eifelturms eingesperrt; auf dem Fußboden der Arena lagen wir auf unseren Strohsäcken unter einem großen Glasdach, das keineswegs kugelsicher war.

Dann fuhren wir streng bewacht -- aber ohne den zugesagten Reiseproviant -- etwa 36 Stunden lang in abriegelten Eisenbahnzug bis zu einer Stadt am Fuße der Pyrenäen, wo Lastautos bereitstanden, um uns in das berühmte Massenlager von Gurs zu transportieren.

Dort hausten schon über zwei Jahre hinter dreifachen Stacheldraht heimatlos gewordene Spanier und ehemalige Mitglieder der internationalen Brigaden, die im Spanischen Bürgerkrieg gegen Franco gekämpft und nach ihrer Niederlage ein bitteres Asyl in dem südfranzösischen Konzentrationslager gefunden hatten; sie mußten ihre Strohsäcke noch viel enger zusammenrücken, als die Militärbehörde für nahezu fünftausend Frauen deutscher und österreichischer Herkunft etwa vier Stacheldrahtfelder mit insgesamt hundert engen Baracken brauchte.

Bei der Ankunft in Gurs merkten wir, daß sehr viele Nationalsozialistinnen mit uns interniert wurden; beim Anblick der trostlosen Lehmabodenwüste und der scheußlichen Baracken meinten sie mit hämischen Seitenblicken auf uns: "Schlimm genug, aber höchstens nur für drei bis vier Wochen!

Spätestens am 15. Juni ist der Führer in Paris, und dann kommen ganz rasch unsere Leute hierher, um uns rauszuholen".

Wir waren froh, daß sie in einen anderen Stacheldrahtbezirk wie wir untergebracht wurden; das geschah aber nicht mit Rücksicht auf unser Gemüt, sondern weil sie als deutsche Staatsbürgerinnen Anspruch auf die Fürsorgemaßnahmen des Internationalen Roten Kreuzes hatten; das Konsulat einer neutralen Macht -- in diesem Fall Schweden -- war berechtigt, ihre Versorgung zu prüfen und ihnen gegebenenfalls zu schicken, was fehlte und transportabel war.

Wir dagegen standen außerhalb der Internationalen Konvention, die organisierte Hilfe für kriegsgefangene Soldaten und internierte Zivilisten vorschrieb. Uns durfte kein neutrales Konsulat, keine französische humanitäre Organisation, keine französische Niederlassung ausländischer Wohlfahrtsverbände Pakete oder Taschengeld ins Lager schicken, weil das jetzt als strafbare Verbindung mit dem Feinde galt. Die strenge militärische Zensur ließ aber wenigstens unsere Bittbriefe abgehen, in denen wir befreundeten Institutionen den Hunger und die bittere Geldnot der eingesperrten Emigrantinnen schilderten; das Resultat waren leider höfliche Absagebriefe, die uns belehrten, weshalb die von uns erbotenen Hilfeleistungen die Landesgesetze verletzen würden.

Wir mußten eben mit Galgenhumor den ständigen Hunger und die gesundheitsschädliche Bohnensuppe ertragen, den Mangel an Waschwasser und Reinigungsmitteln und die hohen Preise für die üblichen illegalen kleinen Einkäufe; mit Gras, das zwischen den Stacheldrähten wuchs, reinigten wir die abscheulichen Latrinen-Aborte und unsere überfüllten Baracken; an zwanzig Wasserhähnen, die immer nur ein paar Stunden lang funktionierten, wuschen sich täglich tausend Frauen in rasendem Tempo, was unsere Gefangenewärterinnen teils als sträflichen Luxus, teils als Ärgernis erregende Unsittlichkeit tadelten, weil die Wasserleitungen im Freien standen.

Bedeutend schlimmer als die physische Not und von Tag zu Tag unerträglicher war der Mangel an zuverlässigen Informationen über

die Kriegslage; dazu kam unsere Todesangst um das Schicksal von Ehemännern, Brüdern und Freunden, die fast alle in der Kampfzone interniert waren. Viele Frauen sorgten sich auch um Schwestern oder Freundinnen, die wir im Mai noch glühend beneidet hatten, weil sie mit ihren Kindern zu Hause in Paris bleiben durften, als wir ins Lager mußten; was sollte aus ihnen werden, wenn ? Auch das war nicht auszu-denken.

Unsere beste Nachrichtenquelle wurde ein internierter ehemaliger Spanienkämpfer namens Koch, der Büroarbeiten für die Lagerverwaltung ausführte und sich zwischen den Stacheldraht-Verhauen der verschiedenen Abteilungen auf den sogenannten Lagerstraßen, die wir nie betreten durften, ziemlich frei bewegen konnte. Jeden Abend sprach er am Stacheldraht mit unserer Baracken-Kameradin Babette G., einer ehemaligen Kommunistin, die 1938 ihre Partei als militante Anti-Stalinistin verlassen hatte und von Koch als tatkräftige Gesinnungsfreundin verehrt wurde.

Bei der grauenvollen Nachricht vom deutschen Einmarsch in Paris bewegte uns das Mitgefühl für Frankreichs tragisches Schicksal ebenso tief wie unsere eigene wachsende Furcht vor neuen, unübershbar gewordenen Gefahren. Das buchstäblich welterschütternde Ereignis war für die deutschen Flüchtlinge gleichbedeutend mit der Ausfertigung eines unrevidierbaren Todesurteils, das in geheimer Sitzung beschlossen und unterschrieben aber zur Zeit noch nicht öffentlich verkündet wurde.

Aufgrund unser siebenjährigen Erfahrung mit den Verfolgungsmethoden der Nationalsozialisten erwarteten wir sehr bald eine systematische Jagd auf politisch aktive Emigranten; vorwiegend auf alle, die bei der Aufklärung der freien Welt über Wesen und Ziele des Dritten Reichs als deutsche Politiker, Journalisten, Schriftsteller, Verleger, Wirtschaftsexperten oder Gelehrte im Exil mitgewirkt hatten, und auf viele, die in ständigem Kontakt mit ihren Gesinnungsfreunden in Deutschland geblieben waren, um den leidenden deutschen Gegnern und Opfern der Diktatur mit politischen Informationen und materieller Hilfe beizustehen.

In Deutschland waren unsere Namen, Adressen und Wirkungskreise den

zuständigen Nazibehörden seit Jahren bekannt : durch Berichte, die alle deutschen Auslands-Vertretungen in Frankreich sammeln und weitergeben mußten und durch die emsige Tätigkeit von umherreisenden Nazi-Agenten, die ja sechseinhalb Jahre lang überall ungehindert spionieren, fotografieren und Helfer anwerben konnten.

Deshalb hatten ja viele politische Emigranten Pseudonyme benutzt, um nahe Angehörige -- besonders Eltern -- die in Deutschland geblieben waren, zu schützen; wenn es konsequent geschah, konnte die Gestapo wenigstens vor dem Krieg nicht so leicht feststellen, daß ein gewisser Friedrich Wilhelm Schulze, der in Paris Vorträge über die Kristallnacht hielt und ein Buch über deutsche Konzentrationslager veröffentlicht hat, in Wirklichkeit August Müller aus Magdeburg war, den die Eltern Müller schon 1934 zum angeblichen Studium in der Schweiz polizeilich abgemeldet hatten.

Aber die Pariser Fremdenpolizei war darüber orientiert. Wer 1940 mit der Autorität einer sachkundigen Besatzungsmacht systematisch bei ihr nachforschte, konnte aus den Pariser Akten genau erfahren, was ein Ausländer jemals in Frankreich unter richtigem oder falschem Namen getan und wo er gewohnt hatte -- einschließlich des Lagers, in dem er interniert war.

Bald würden deutsche Kontrollkommissionen zur Bestandsaufnahme auch in Lagern der unbesetzten Zone erscheinen; und in Gurs hatten mindestens zweihundert internierte Frauen zwingende Gründe, unauffindbar zu werden, bevor irgendwelche Namenslisten in deutsche Hände gerieten. Trotzdem bestand für sie nicht die geringste Aussicht, das Lager rechtzeitig legal zu verlassen; tollkühne Fluchtversuche hätten nur im Gefängnis oder Straflager geendet.

Der erste Lichtblick für uns kam aus nordafrikanischen Kasernen der Fremdenlegion, wo verbitterte deutsche Emigranten dienten, die sich als internierte feindliche Ausländer in den Lagern unter hartem Druck zum Eintritt in die gefürchtete Legion entschlossen hatten. Als diese Männer sich in Nordafrika sehr massiv -- beinahe in Form einer sogenannten Meuterei -- über die Gefangenschaft ihrer Ehefrauen beschwert hatten,

befahl Marschall Pétain die Entlassung der Legionärsfrauen aus Gurs.

Nach dem Wortlaut des neuen Befehls sollten alle Ehefrauen, Mütter und Töchter von Männern, die unter französischen Fahnen dienten, befreit werden.

Unser Freund Koch erklärte, der alte Marschall habe gewiß nur an richtige Soldaten gedacht; trotzdem werde es vielleicht möglich sein, die amtliche Definition des Dienstes unter der Trikolore auch großzügiger zu interpretieren. Jedenfalls sollten sich bei den Entlassungsoffizieren sofort alle Ehefrauen von internierten Emigranten melden, die schriftlich Beweise dafür hatten, daß ihre Männer in den Akten der jeweiligen Lagerverwaltung als sogenannte Arbeitssoldaten bezeichnet wurden.

Das funktionierte zugunsten von vielen Frauen; wer aber keinen Ehemann hatte oder gar kein Papier mit den erforderlichen Angaben besaß, blieb eingesperrt; in dieser bitteren Lage war etwa die Hälfte der besonders gefährdeten politischen Emigrantinnen. Um ihnen zu helfen, entwendete Koch unbeschriebene Entlassungsformulare, die er eigenmächtig ausfüllte.

In drei Fällen, zu denen ich gehörte, wollte er die Entlassungsscheine erst in der Wachstube direkt am großen Ausgang des Lagers ausfüllen; dazu mußte er uns aber vorher aus den inneren Stacheldrahtbezirken auf die Lagerstraße schleusen. Dort glaubten ihm die Wachen, daß hier drei Frauen als Kranke ohne die übliche Prozedur entlassen und draußen von einer Ambulanz, die bereit stünde, erwartet würden.

Uns kam auf dem langen menschenleeren Weg zum Hauptausgang eine radelnde Patrouille der Landespolizei entgegen: einer schrie wütend, er müsse uns sofort einsperren, und den Kerl in der Lederjacke werde er auch noch kriegen. Ein Sanfterer schlug vor, doch lieber erst den Lagerkommandanten zu informieren.

Noch ehe Koch nur in der Wachstube unsere drei Scheine fertig haben konnte, erschien der Kommandant und fragte sehr böse: "Was geht hier eigentlich vor?"

Wir ließen die beiden Männer allein und warteten ziemlich verzweifelt fast eine Stunde lang vor der Tür; draußen, im Freien, stand wirklich ein großer Lastwagen mit mehr als zwanzig Schützlingen von Koch, die mit der Abfahrt nur noch auf uns gewartet hatten.

Endlich ging der Kommandant wortlos an uns vorbei. Koch kam schweißgebadet mit unseren Scheinen raus; er verabschiedete uns mit einer kleinen Lobrede auf die großzügigen Behörden, die all diese Frauen evakuieren ließen, und rief dann fast unter Tränen: "Vive la France!".

Wir hätten ihm selber nur zu gern auf Knien gedankt, bevor er nun in seine unbefristete Lagerhaft zurückkehren mußte; aber der enthusiastische Hurra-Ruf, den er uns suggerieren wollte, ersticke in unseren Kehlen.

+ + +

In der Provinzial-Hauptstadt Pau hörten wir von einem hohen französischen Polizeibeamten, den eine von uns schon früher gekannt hatte, der britische Rundfunk habe soeben schlimme Nachrichten über unsere bevorstehende Auslieferung an die Deutschen verbreitet. Infolgedessen dürften wir uns jetzt nicht mehr in großen Städten aufhalten, wenn wir einer drohenden neuen Internierung aller deutschen Flüchtlinge, die zur Auslieferung führen würde, entgegen wollten. Er gab uns eine herzliche Empfehlung an den sozialistischen Bürgermeister des nahegelegenen Gebirgsdorfes Sauvagnon und meinte, sein Freund könne uns gewiß im Notfall helfen, unsere Identität zu verbergen.

Die aufregende Rundfunk-Meldung bezog sich auf Artikel 19 des deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrages. Ein berliner Korrespondent von Associated Press hatte seiner Redaktion den Inhalt so wortgetreu wie möglich nach New York gekabelt.

Die meisten Paragraphen des Artikel 19 enthielten detaillierte Vorschriften über die sofortige Befreiung von deutschen Soldaten, die in Kriegsgefangenschaft geraten waren, von Auslandsdeutschen, die in Frankreich

interniert waren und von anderen Deutschen, die Frankreich für Handlungen zugunsten des deutschen Reichs verhaftet oder verurteilt hatte. Sie alle sollten unverzüglich deutschen Armeeverbänden übergeben werden.

Ergänzend verpflichtete sich die französische Regierung zu verhindern, daß deutsche Gefangene ins Ausland gebracht würden, und ^{auch} den deutschen Vertragspartnern genau zu berichten, welche kranken oder transportunfähigen deutschen Gefangenen sich bereits außerhalb Frankreichs aufhielten.

Unter diesen relativ friedlichen Bestimmungen stand jener erschreckende Paragraph, der sich eindeutig auf die gewaltsame Auslieferung deutscher Flüchtlinge bezog, ohne die Vokabel "Flüchtling" auszusprechen.

Der völkerrechtswidrige Befehl lautete:

"Die französische Regierung ist verpflichtet, auf Verlangen der deutschen Regierung alle Deutschen auszuliefern, die von der deutschen Regierung angefordert werden: sowohl in Frankreich, als auch in französischen Besitzungen, Kolonien, Protektoraten und Mandatsgebieten."

Das alarmierende berliner Kabel des wachsamem amerikanischen Korrespondenten hatte in den USA die menschliche Hilfsbereitschaft und politische Solidarität von fantasiebegabten Bürgern mobilisiert; sie setzten vor dreißig Jahren mit unkonventionellen Methoden ein beispielloses Rettungswerk durch, das sehr bald schmerzhaft die Aufmerksamkeit der Nationalsozialisten entzog und außerdem allmählich im Laufe von 25 Monaten Schritt für Schritt allmählich noch weit über tausend Europäer vor ihren drohenden Verschleppung bewahrte. etwa vierhundert Flüchtlinge, die in Frankreich das Schlimmste befürchten mußten, den todbringenden Racheakten der Nationalsozialisten entzog und außerdem im Laufe von 25 Monaten Schritt für Schritt allmählich noch weit über tausend Europäer vor ihren drohenden Verschleppung bewahrte.

der Aktion

Im ersten Stadium/hatten die amerikanischen Helfer keine Möglichkeit, den Hilfesuchenden innerhalb der Galgenfrist ein Asyl in den Vereinigten Staaten zu verschaffen. Nach den amerikanischen Einwanderungs-Bestimmungen waren die gesetzlich vorgeschriebenen Jahresquoten für Neu-Einwanderer, die in Ländern geboren waren, aus denen die meisten Flüchtlinge stammten, im Sommer 1940 schon längst voll ausgenützt. Auch die Bewilligung von Besucher-Visen zum vorübergehenden Aufenthalt in den USA war an gesetzlich festgelegte Voraussetzungen gebunden, die kein Flüchtling aus Hitlers Machtbereich erfüllen konnte.

Als brauchbare Notlösung mußte man in den USA mit Hilfe von guten Verbindungen zu benachbarten Ländern wie Mexico, die Dominikanische Republik oder Kuba schleunigst die Beschaffung von ein paar hundert einwandfreien Genehmigungen zur Einreise in diese Länder betreiben und auf jeden Fall ständig Geld sammeln.

Beteiligt an den Bemühungen um neue Asyle in Ländern der westlichen Hemisphäre waren selbstverständlich alle Wohlfahrts-Abteilungen der weltbekannten christlichen und jüdischen Spitzenverbände. Spezialisiert für die ganz neuartige Aufgabe hatten sich hauptsächlich Organisationen und Komitees, die sich stets mit den sozialen Folgen von politischen Umwälzungen im Ausland beschäftigten oder auch innerhalb ihres eigenen Landes politisch bedingte Notstände zu lösen versuchten; zu ihnen gehörte die INTERNATIONAL RELIEF ASSOCIATION (unter der Abkürzung IRA bekannt); die Amerikanische Liga zur Wahrung der Bürgerrechte (CIVIL LIBERTIES UNION); das JEWISH LABOR COMMITTEE -- als vielseitig bewährte Sondergründung einer großen Gewerkschaft, die vorwiegend jüdische Mitglieder hatte, -- und schließlich ein neugegründetes Rettungskomitee unter dem Namen EMERGENCY RESCUE COMMITTEE, das ausdrücklich zur Beseitigung des Notstandes in Frankreich bestimmt war.

Über diese Pläne wurden auch die unruhig wartenden Flüchtlinge orientiert, sobald sie an persönliche Freunde oder ihnen bekannte Organisationen nach Amerika geschrieben und auch mitgeteilt hatten, ob sie irgendwo postalisch erreichbar waren.

Sie wohnten in kleinen Städten bei freundlichen Leuten, die ihnen nicht mehr bieten konnten, als pro Person die Hälfte eines schmalen Bettes, oder ein Drittel von der breiten Sorte oder einen schlecht gestopften Strohsack; sie gingen täglich zweimal aufs Postamt und standen geduldig am Schalter für postlagernde Sendungen Schlange, weil ja Nachrichten über das versprochene dominikanische, mexicanische oder kubanische Visum da sein konnten oder vielleicht doch endlich die erbetene Geldsendung aus USA. Sie hatten nirgends gelesen, daß Frankreich seit Juni unter Embargo stand und neutrale Staaten wie die Schweiz und die USA verboten hatten, Geld in besetzte Gebiete des kriegsführenden Deutschen Reiches zu überweisen.

Manche Flüchtlinge wurden dennoch auf Umwegen von ihren persönlichen Freunden, die in Amerika lebten, unterstützt; das Geld ging aus den USA legal nach Genf an eine hilfsbereite Archivarin des Völkerbundes, die einen Diplomatenspaß und ein Auto besaß; sie konnte jede Woche unkontrolliert mit einem Bündel französischer Francen aus Genfer Beständen und einer Namensliste aus USA über die Grenze nach Frankreich fahren und Geldanweisungen auf dem Postamt in Annemasse ausfüllen.

Die entscheidenden Schritte zur Lösung der brennenden Asylfrage mußten mit Rücksicht auf hilfsreiche Stimmen in der nächsten Umgebung des Präsidenten Roosevelt streng geheim bleiben.

Gewerkschaftsführer und Juristen aus der Leitung des JEWISH LABOR COMMITTEE plädierten in diskreten Besprechungen für eine zeitlich begrenzte Liberalisierung der strengen Vorschriften, von denen die Bewilligung eines Besucher-Visums abhing. Der naheliegende Gedanke widersprach bekanntlich dem geltenden Recht und wäre deshalb nur aufgrund einer umständlichen zeitraubenden Revision des Gesetzes durchführbar geworden. Man mußte deshalb Vorschläge entwerfen, die ein Präsident der Vereinigten Staaten unter eigener Verantwortung akzeptieren und -- wenn auch nur äußerst hart an der Grenze der Legalität -- auf administrativen Wegen verwirklichen konnte.

Präsident Roosevelt hatte ernste Bedenken, ohne Zustimmung des Parlaments improvisierte Korrekturen an den Ausführungsbestimmungen zu dem ewig heiß umstrittenen Einwanderungsgesetz vorzunehmen. Deshalb sprach Mrs. Eleanor Roosevelt, die selbstverständlich nichts entscheiden konnte, ausführlich

mit prominenten Mitgliedern aller Rettungskomitees; sie wurde eingehend über unveröffentlichte Berichte aus Frankreich informiert und bekehrte den Präsidenten schließlich zu ihrer Auffassung, daß Amerika seine doppelt gefährdeten Gesinnungsfreunde -- darunter auch bedeutende Musiker, Maler, Dichter, weltberühmte Gelehrte und begabte Publizisten -- nicht preisgeben dürfe und einen Weg finden müsse, so viele wertvolle Menschenleben wie möglich zu retten, bevor es zu spät sei.

Das neue Ei des Columbus hieß PRESIDENT'S RELIEF CONTROL BOARD -- ein Ausschuß, der dem Präsidenten unmittelbar unterstand und für Beschlüsse über Unterstützungen im weitesten Sinne des Wortes zuständig sein sollte.

Die erste Funktion des neuen Ausschusses war die Bewilligung von sogenannten Besucher-Notvisen für heimatlose gefährdete Flüchtlinge, die in Frankreich gestrandet waren und sofort die Erlaubnis zum unbefristeten Besuch der Vereinigten Staaten erhalten sollten. Der Ausschuß-Vorsitzende George L. Warren war ermächtigt, alle Vorschläge sämtlicher Rettungs-Komitees zu prüfen und dem Außenministerium als der vorgesetzten Behörde der amerikanischen Konsulate mitzuteilen, wer berechtigt sein sollte, ohne weiteren Recherchen schleunigst ein Notvisum zu empfangen; das Konsulat in Marseille -- und später auch in Lissabon -- hatte in diesen Fällen nur die Pflicht zu prüfen, ob der Antragsteller, der im Konsulat erschien, tatsächlich mit dem von Washington telegrafisch angekündigten Kandidaten gleichen Namens identisch war.

Mit fieberhafter Eile besorgten die Rettungs-Komitees zunächst hunderte von individuellen Bürgschaften für ihre Schützlinge: sogenannte finanzielle Affidafits, die sich für den Lebensunterhalt des Kandidaten verbürgten und moralische Affidafits, die seinen Lebenslauf interpretierten.

William Green, Präsident der AMERICAN FEDERATION OF LABOR -- der ältesten Spitzenorganisation amerikanischer freier Gewerkschaften -- bürgte für etwa zweihundert Menschen, die ihn vom JEWISH LABOR COMMITTEE vorgeschlagen wurden: dazu gehörten außer organisierten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die Deutschland, Österreich, Polen, Italien und Sowjet-Russland verlassen hatten, auch liberale, pazifistische und andere politische Publizisten aus Deutschland und Österreich, die aufgrund ihrer Veröffentlichungen im Exil besonders gefährdet waren -- wie etwa Konrad Heiden, als Historiker des

Nationalsozialismus und Autor einer Hitler-Biographie, Leopold Schwarzschild als Herausgeber der Pariser Zeitschrift Das Neue Tagebuch, Norbert Mühlens als Autor einer kritischen Biographie des Zauberers Hjalmar Schacht, Hertha Pauli als Autorin einer politischen Biographie der Pazifistin Berta von Suttner, Hilde Walter wegen ihrer Verbreitung von Informationen und Denkschriften über den Fall Ossietzky und Carl Misch als Redakteur einer deutschsprachigen Pariser Tageszeitung.

Die IRA betreute zahlreiche ähnliche Fälle, die etwas später aufgetaucht waren, und widmete sich mit gebotener Sorgfalt bewährten Anti-Nazis, die als Anti-Stalinisten bekannt waren und deshalb von getarnten kommunistischen Agenten ständig als Faschisten diffamiert wurden.

Auf dem umfangreichen Fürsorge-Programm des EMERGENCY RESCUE COMMITTEE standen Franz Werfel, Heinrich Mann, Golo Mann, Alfred Döblin, Leonhard Frank, Walter Mehring, Hans Sahl, Alfred Neumann, und viele andere Schriftsteller und Publizisten; unter den bedeutenden Musikern, bildenden Künstlern, Gelehrten und Politikern war auch die Cembalistin Wanda Landowska, der Maler Max Ernst, der Nobelpreisträger Otto Meyerhoff, der Industrielle Fritz Thyssen, der preußische Minister Otto Klepper. Die lange Liste reklamierte außerdem Visen für Mitglieder und Freunde von sozialistischen Gruppen, die zu keiner größeren Partei gehörten.

Bewaffnet mit dem beglückenden Telegramm aus USA zogen schon Ende Juli Dutzende von uns in den Hexenkessel Marseille, wo wir bei jedem Schritt vor übereifrigen Polizisten, die Ausländer suchten, zittern mußten.

Unsere helle Begeisterung über den Besitz des amerikanischen Reisepapiers mit dem Besucher-Visum dauerte nur 24 Stunden.

Wir durften gar nicht abreisen.

Die Pétain-Regierung in Vichy hatte angeordnet, daß kein Deutscher Frankreich ohne ausdrückliche Genehmigung der deutschen Besatzungs-Behörden verlassen und infolgedessen auch keine Ausreise-Erlaubnis erhalten dürfe. Das galt auch für Emigranten, die seit Jahren keinen deutschen Paß besaßen.

Jeder ehemalige Deutsche sollte für die Polizei kontrollierbar bleiben

bis die Besatzungsbehörden alle Personen, die zur "Auslieferung auf Verlangen" vorgemerkt waren, genaant haben würde.

Manche von uns wußten genau, daß sie gesucht wurden, weil Gestapo-Beamte bereits drei Wochen nach dem siegreichen Einmarsch ihre Pariser Wohnungen durchsucht und versiegelt hatten und die Hausverwalterin daraufhin strengen Befehl bekam, die Polizei sofort zu rufen, falls die abwesenden Wohnungsinhaber auftauchen sollten.

Unter diesen Umständen lag für viele die einzige Überlebenschance in rechtzeitiger illegaler Flucht zu Fuß über die französisch-spanische Grenze in den Pyrenäen -- falls man nicht schon auf dem Weg dorthin verhaftet wurde, weil man kein gültiges Aufenthaltspapier und keine polizeiliche Reiseerlaubnis besaß. Unser amerikanischer Ratgeber Varian Fry -- ein Abgesandter des EMERGENCY RESCUE COMMITTEE -- hatte am zweiten Tag seines Aufenthalts in Marseille festgestellt, daß es möglich sein würde, auf einem Berg oberhalb der Grenzstadt Cerbère ungesehen in das schmale Stück Niemandsland zu gelangen. Die spanischen Grenzposten allerdings würden unser Transit-Visum nur anerkennen, wenn sie sicher wären, daß wir geradeswegs aus Frankreich kämen und kein Stück spanischen Boden ohne Kontrolle betreten hätten.

Nur zwei perfekte Bergsteiger -- Hertha Pauli und Norbert Mühlen -- liefen und kletterten so rasch, daß sie uns noch rechtzeitig auf komplizierten Umwegen benachrichtigen konnten, welche Bergwege sicher waren.

Unsicher war die Grenze aus vielen Gründen. Am Vorabend meiner Bergwanderung erschienen auf dem Marktplatz von Cerbère vier Autos mit ~~Wache~~ ^{Wachmacht}-Offizieren und mindestens zwölf Soldaten. Das sah aus, als sollte in der Nacht passieren, was seit Monaten von Pessimisten prophezeit worden war: militärische Besetzung der letzten bisher unbesetzten Grenze zum Ausland. Die kleine Truppe verschwand aber nachts so plötzllich, wie sie nachmittags gekommen war.

Die Spanier ließen nicht jeden rein, der ein Transit-Visum besaß. Erbarmungslos zurückgeschickt wurden vorwiegend Männer im wehrfähigen Alter.

Einer kam durch, weil er von seiner blonden Frau begleitet wurde und ihr zehn Tage altes Baby im Rucksack transportierte; als sie die Grenze passiert hatten, konnte die junge Mutter -- zehn Tage nach ihrer ersten Entbindung -- für lange Zeit nicht mehr weiterreisen.

In Lissabon hörten wir, wen wir von denen, die gerettet werden sollten, nicht mehr erwarten durften: zwei tragische Selbstmorde in den Internierungslagern am Tag, bevor die Deutschen kommen sollten; mehrere Selbstmorde an der Grenze, weil sich die Spanier aus unerfindlichen Gründen geweigert hatten, die Männer durchzulassen; Selbstmord eines bekannten Schriftstellers, der in Paris geblieben war bis die Stadt besetzt wurde.

Aber jede Nacht um zwei Uhr stiegen aus dem überfüllten Zug, der aus Spanien kam, glückliche Besitzer des amerikanischen Notvisums, die nach langem Warten in den oft unzuverlässigen Schiffahrtsbüros schließlich als Passagiere der Nea Hellas gebucht werden konnten; den stolzen ~~XXXX~~ griechischen Namen führte ein ausrangiertes englisches Schiff, das jetzt unter der Flagge des vorläufig noch neutralen Griechenland jeden Monat europäische Zivilisten nach USA brachte. Bis zur Abfahrt am 3. Oktober 1940 ~~konnten~~ ^{gehören} mindestens 150 Menschen zur ersten großen Gruppe, die von unseren Rettungs-Komitees in New York erwartet wurde. Aber auch dieser Start ging nicht reibungslos: zwei Tage vor der Abfahrt hatte die maßgebende englische Kommission eine komplette Passagier-Liste angefordert, und wir zitterten bis zum letzten Augenblick, daß die entsprechende deutsche Stelle, die ja im neutralen Portugal die gleichen Rechte wie ihre englischen Feinde hatte, auch ihrerseits die Vorlage einer Passagierliste verlangen würde. Ganz kurze Zeit zuvor hatten deutsche U-Boote ein englisches Schiff mit Flüchtlingen, die nach Kanada evakuiert wurden, versenkt. Wir hörten aber noch kurz vor der Abfahrt, daß sich die deutsche Kommission nicht gemeldet hatte.

Bei den zahlreichen Passagieren der dritten Klasse, die trotz ihrer schlecht gelüfteten engen Kabinen und des miserablen Essens die erste Oceanfahrt ihres Lebens als ^{ebenso} herrliches Ereignis, wie das Ende ~~einer~~ der großen Angst genossen, erfuhr man am zuverlässigsten, wer in Frankreich oder Lissabon dringend auf tatkräftige Hilfe der glücklich abgefahrenen Schicksalsgefährten wartete. Viele hatten sich mit unbrauchbaren Übersee-

Visen bis Lissabon durchgeschlagen und warteten sehnsüchtig auf das bessere Visum nach USA; andere saßen ziemlich verloren in Frankreich, weil sich noch kein Rettungs-Komitee für sie interessiert hatte; aus den Gesprächen während der zehntägigen Überfahrt ergaben sich für die meisten von uns moralische Verpflichtungen, die uns ein volles Jahr lang beschäftigen konnten, obwohl wir wußten, daß der aufopfernde Varian Fry kein Zeitopfer und keine Mühe scheuen würde, noch ein kleines Heer von weniger bekannten Flüchtlingen zu retten und seine prominenten Schützlinge, die auch noch festsaßen, über die Grenze zu bringen.

Über die Stimmung in der ersten Klasse, wo Alfred Pelgar, Heinrich Mann und Franz Werfel mit ihren Frauen sowie auch Golo Mann untergebracht waren, erzählte Alma Mahler-Werfel in ihrem Lebensbericht, der in USA erschien: "Wir gingen fast niemals an Deck, verbrachten die meiste Zeit in unseren Kabinen ... immer noch überwältigt von Druck der überstandenen Erfahrungen und der Vorahnung künftiger Freiheit Als wir Radiogramme aus New York empfangen und Amerika immer näher rückte, kam unsere Kraft wieder."

Von der Ankunft erzählte sie:

"Als wir am 13. Oktober 1940 landeten, jawohl am 13. -!-, fühlten wir uns jung und mutig. Endlich konnten wir auf wirklich freiem Boden stehen. Ich hätte, wenn ich mich nicht vor den anderen geschämt haben würde, die amerikanische Erde geküßt. Die Landung im Hafen von New York war das denkbar größte Erlebnis; am Pier erwarteten uns eine Unmenge Freunde; alle waren in Tränen und wir auch."

Unsere Retter mußten bei unserer Ankunft härter arbeiten, als wir uns jemals vorgestellt hatten. Die hartgesottenen Einwanderungs-Kontrolleure waren recht mißtrauisch, weil auf einmal so viele Besucher anrückten, die keinen normalen Reisepaß besaßen und zu ihrer Legitimation nichts anderes vorzeigen konnten, als ein bisher unbekanntes einfaches Formular vom Konsul in Marseille. Um die ungewöhnlich gründliche Kontrollprozedur abzukürzen, stand beinahe für jeden Einzelnen von uns ein erfahrenes Vorstandsmitglied einer angesehenen Organisation in der Nähe und beantwortete Fragen, von denen wir nur die Hälfte verstanden.

Draußen warteten wirklich außer unseren eigenen guten Freunden aus alten Zeiten geduldig und stundenlang eine imponierende Gesellschaft von amerikanischen Intellektuellen und politisch interessierten Vertretern großer Verbände : nicht nur auf die prominenten Passagiere, sondern auf jede einzelne Gestalt, um deretwillen sich so viele vollbeschäftigte New Yorker schon vier Monate lang aufgeregt und bemüht hatten.

Die Freudentränen und das Interesse galten aber nicht nur den 150 europäischen Bohemiens, die ankamen und den vielen anderen, die sicher noch kommen würden.

Fast jeder, der dankbar das Schiff verließ oder freundlich am Pier stand, mußte in dieser Stunde dran denken, daß hier mit beispielloser Ausdauer und bewundernswerter Opferbereitschaft nur ganz wenige Leidensgefährten der zum Schlimmsten verdamnten Millionen gerettet wurden.

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

25-2031-84

Emigrationspublizistik und Saar

Bl. 79 - 83

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4816/72	Best. 252031
Rep.	Kat.

Emigrationspublizistik und Saar

Persönlichkeiten. Zunächst mal beachten früher Emigr.ort von Sopede. Quelle Matthias. Neue Reihe. Feststellen wann Deutsche Freiheit begründet und von wem.

Wilhelm Sollmann, rheinischer Reichstagsabgeordneter, sogenannter rechter Flügel der SPD, wahrscheinlich Verfälle und Misshandlungen vor Emigration. War aber nicht Mitglied des Parteivorstandes.

Max Braun, wohl geborener Saarländer und der Saar zuständig, war nicht abstimmungsberechtigt, weil am Stichtag (nachprüfen) nicht an der Saar wohnhaft. (Das Gleiche gilt für den Naziführer Pirro)

Eine der wichtigsten Fragen : an welchem Datum KP sich entschlossen hat für den Statusquo zu stimmen. Zuerst, unbekannt wie lange, bestand die Absicht, KP für Rückgliederung an Deutschland stimmen zu lassen. KP-Zeitung Saar, welcher Namen?

Mit Datum xx echter Volksfront-Entschluss, KP-Führer Fritz Pfordt.

Geldbeschaffung für SQKampf: Wahrscheinlich viel Gewerkschaftsgelder durch Vermittlung 2. Internationale und massgebender noch Intern. Gewerkschaftsbund. Unbekannt, ob solche Gelder direkt von den einzelnen Landeszentralen gestiftet wurden oder von den Berufszentralen oder Berufsinternationale. Wahrscheinlich auch Mittel aus dem geretteten Vermögen der deutschen SPD. Nach der Einigung auf dem Volksfrontkampf führt den SQ natürlich auch KP-Gelder, und schliesslich Gelder der saarländischen Antinazis, die nicht politisch organisiert waren wie jüdische Warenhäuser usw. Vermutlich war die Mittelbeschaffung aus begreiflichen Gründen diskret, und darum auch die Verwendung der Mittel sicherlich keiner 100% demokratischer Kontrolle unterworfen. Es gab mal ein grosser nie aufgedeckter Krach zwischen Gewerkschaften und Sopede einerseits und Max Braun andererseits, da M.Br. im Verdacht stand, etwas zu eigenmächtig gewirtschaftet zu haben. Wieweit französische Gelder, besonders evtl. von der Regierung verwalteter Fonds für den SQKampf zur Verfügung standen (M.Br. Verbindung zur französischen Geheimdienst?), ist völlig unbekannt aber denkbar. Seine Frau Angèle, sehr weltläufige geschickte Verhandlerin.

Katholiken. über die Problematik der katholischen Abstimmungshaltung S. Weltbühne-und andere Artikel. In der Kirchenverwaltung waren die Bischöfe von Trier und Speyer die geistlichen Vorgesetzten des Saarklerus. Darum ging die Debatte weitgehend um die sogenannte Gewissensfrage ob der Papst den Saarkatholiken die freie Entscheidung überlassen will oder ob sie sich an den geistlichen, durch Naziradio verbreiteten Ratschlag der obengenannten Bischöfen halten müssen. Weitere Streitfragen : ob der Völkerbund bzw. die Protektoratsmächte (welche?)

eine zweite Abstimmung einleuchtend versprochen werden.
 Wichtiger Stoff der Zeitungen, weil wichtigste Waffe im Abstimmungs-
 kampf Berichterstattung über Versammlungen der kämpfenden Gruppen
 Max Braun geneialer Volkstribun für öffentliche Kundgebungen usw.
 Ebenso wichtiger Stoff die Rechtsbrücheder saarländischen Nazis und
 ihre Unterstützung durch die reichsdeutschen Nazis. Sämtliche Blät-
 ter hatten selbstverständlich saarländische verantwortliche Geschäfts-
 führer undRedakteure. Zu beachten wäre, ob und in welchem Umfang die
 Antinaziblätter ihre 'Bodenständigkeit' und die wirkliche oder ver-
 meintliche Zugehörigkeit ihrer Mitarbeiter zur Saarbevölkerung be-
 tonen. Warscheinlich haben die Naziblätter und die Nazis in Deutsch-
 land behauptet, dass der SQKampf nicht von den Saarländern geführt
 wurde (nachsuchen). Ferner ist wichtig festzustellen, wie weit sich
 die SQAnhänger in den Zeitungen von der frz. Miswirtschaft in der
 Grubenverwaltung distanzieren konnten, bezw. ob dieses Thema über-
 haupt angeschnitten oder umgangen wird. Warscheinlichüberschäz be-
 zieht sich wohl der Hauptinhalt auf Schilderung und Analyse der ge-
 samten Zustände im 3. Reich.

Johannes Hoffmann, Saarländischer Katholik; war in Verbindung mit
 einem prominenten politischen katholischen Emigranten aus Deutsch-
 land, der sich zwischen 1933 und 1935 (Abstimmung) sehr intensiv
 um eindeutig antinazistische Haltung der Katholiken bemühte: Dr.
Karl Spiecker. K.Sp. war in der Weimarer Republik einige Jahre lang
 Reichspressechef, später auch unter Brüning im Reichsinnenministerium
 an einem Posten, der massgebend mit der Beobachtung der Nazis beschäf-
 tigt war, wollte energischerer Politik gegen die aufkommende Nazis
 und kam im Gegensatz zu Brüning, der Spieckers radikale Vorschläge
 nicht akzeptierte. Jedenfalls weiss ich, ungefähr 1934 in Paris ~~knahk~~
 J.Ho. gesehen bei einer Besprechung von eindeutigen Antinazijourna-
 listen: Spiecker, Hilde Walter, Morus u.A. In seinem Kreis war der
 junge Imbusch, Sohn eines bedeutenden christlichen Gewerkschaftlers,
 der, glaube ich, kurz vor der Abstimmung zu den Nazis gegangen ist.
 Katholische Problematik zu finden im Saarpst. Keine Ahnung habe ich
 ob es überhaupt Blätter gegeben hat die für die Frankreich-Rückglie-
 derung geworben haben.

Unterschied zwischen Saarpresse und Emigrationspresse: Emi.Presse
 ihrem Wesen nach bestimmt für eine relativ kleine Leserkreis und be-
 einflusst von teils erzwungenen teils freiwilligen Rücksichten auf
 die aussenpolitischen Interessen des Gastlandes in dem sie erscheinen.
Saarpresse die einzige Antihitlerpresse, die sich noch an einer boden-
 ständiger deutscher Bevölkerung wenden konnte. Ihre Aufgabe, ein be-
 stimmtes konkretes Ziel, die demokratische Entscheidung gegen Hitler.

Gesamtemigration hoffte viel stärker als die Westmächte, dass hier der moralische Sieg mit einer deutschen Bevölkerung zusammen zu erringen sein würde. Darum die zum teil aufopfernde lebensgefährliche Beteiligung besonders aktiver Emigranten an dem Saarkampf. Sie durften allerdings nie in ihre Eigenschaft als Emigranten auftreten, es sei denn bei Versammlungen als Kronzeuge für die Zustände im 3. Reich. Aus dem Inhalt der Zeitungen muss herausgesucht werden, wie weit die SQPresse Emigranten als Kronzeugen sprechen liess und wie weit bei den Versammlungen solche Kronzeugen auftraten.

Westland/Grenzland. Tageszeitung, Wochenzeitung, Korrespondenzen. (Nachsehen Walter Heide, welche Zeitungen überhaupt damals in Saar). Ich erinnere mich dass damals u.A. Konrad Heiden bei so einer Korrespondenz gearbeitet hat. Das lässt sich fest stellen aus besonderen Artikel die warsch. auch in der SQPresse abgedruckt worden sind. (Sigue Bekanntere Emi.Schriftsteller, die an den Zeitungen und/oder den Artikeldiensten der SQFrontz mitgearbeitet haben: Konrad Heideh, dann beim Westland Norbert Mühlen und Fritz Heymann, dann Georg Glaser, junger Anfänger, Arbeiter, als Kommunist emigriert, später Antikommunist. Dann Michael Smilg-Benario, russischer Emigrant. Hans von Zwohl, später umgebracht worden. Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim, (Zepter und Reichsapfel im Hotelzimmer).

Der Fall Westland. Verleger : Thalheimer, früher in der Weinsarer Rep. Verleger einer recht bekannten rheingischen Zeitung oder mehrerer Zeitungen; deutscher Jude. Unbekannt ob die Zeitung mit seinen eignen Mitteln gegründet wurde oder ob geliehene oder gespendete Gelder von Gesinnungsfreunden investiert worden waren. Firma im Impressum beachten Saarländischer Redakteur August Stern. Richtiger Saarländer, christlich (kath. oder protest.) Verheiratet mit einer jüdischen Saarländerin Mädchen name Sender. Als Saarländer sogenannter Chefredakteur, de facto aber der unbedeutendste in der Redaktion. Wirtschaftsteil : Norbert Mühlen. Diplomvolkswirt der Münchner Universität (Dr.phil.?) War erst Juni oder Juli 1933 emigriert, weil er in der antinazistischen Studentenorganisation stark hervorgetreten war. Hat schon während der Studienzeit von München aus für Ullsteinblätter gearbeitet (freier Mitarbeiter). Erst in die Schweiz emigriert, von dort in die Saar. 1909 geboren. Fritz Heymann, Feuilleton, Kultur, Glossen. 1935 nach Holland gegangen und wollte im Winter 1939/40 nach Frankreich kommen. Abgeraten von HW. In Holland von den Nazis gegriffen und nach Auschwitz geschleppt. Linksdemokratischer liberaler Bürger. - Der politische Teil wurde wahrscheinlich von allen Redakteuren zusammen gemacht. Vielleicht Thalheimer in Deutschland kein Verleger sondern Journalist gewesen. - Westland hatte ausserordentlicher Ruf als gute Antinazi-zeitung, in einigen Kreisen als die beste betrachtet.

Quellen für Westlandskandal: Nachsehen Ende November 1934 Pariser Tageblatt (mit Vorsicht!), Neue Tagebuch, Basler Nationalzeitung und evtl. Neue Zürcher Zeitung. Basler NZ immer sehr gut informiert über diese Dinge, vielleicht wichtigste, sauberste Quelle. NZZ etwas zu nazifreundlich, hat immer auf die Emigranten geschimpft. Mir ist ganz unverständlich wieso Herr Wielek in seinem Artikel die Westlandredakteure als trotzkistisch abstempeln möchte. Das ist eine bei den Kommunisten übliche Bezeichnung. Diese Redakteure waren es bestimmt nicht.

Thalheimer Besitzer des Westlands, verkauft für zweihunderttausend frz. Frs. die Zeitung an eine Gruppe von Unbekannten, zu denen auch ein jüdischer Emigrant Günter Mamlock, ein ehemaliger Angestellter des Verlages Rudolf Mosse gehörte. Ob Mamlock als Unterhändler auftrat oder als Interessent und Käufer ~~er~~ muss nachgesehen werden. Kann Vermittler gewesen sein. Die Redaktion wurde entweder schon während der Verkaufsverhandlungen misstrauisch oder erst als der ~~er~~ neue oder die neue Inhaber sich vorstellte(n). Der neue Verlagsleiter (wer?) forderte die Redaktion auf, oder gab ihr schon vorher zu verstehen, dass die politische Haltung des Blattes genau so weitergehen würde wie bisher. Ich glaube nicht, dass der Redaktion irgendein Gesinnungsbruch zugemutet wurde, weil das ja ~~er~~ zunächst gar nicht im Interesse der Käufer lag. Die entscheidende politisch und moralische Leistung der Redakteure bestand in dem rechtzeitigen Misstrauen gegen einen Besitzwechsel, dessen Hintergründe ihnen nicht befriedigend aufgeklärt wurde. Sie trat sofort in Streik und beschaffte sich einen neuen Verlag, der von politisch eindeutigen Gruppen oder Persönlichkeiten gestützt wurde. Damit wurde das Grenzland ermöglicht, in dessen erste Nummern wahrscheinlich die ganze Geschichte dargestellt wird. Bei den heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Redakteuren und dem Verleger Thalheimer kam es zu Debatten über dessen Schuld oder Verantwortung. Obwohl, soviel ich weiss, gar nicht mehr von Thalheimer bestritten wurde, dass er das Blatt an getarnte Mittelsmänner der Nazis verkauft hatte, fanden sich mehrere Emigranten bereit, Thalheimers Rolle zu verteidigen und die Redakteure zu bekämpfen. Zu der Gruppe, die Th. verteidigte, gehörte Peter Mendelssohn (damals noch ohne de), ein Journalist namens ... Nathan, der zum Stab des Prinzen Löwenstein gehörte, und bis zum gewissen Grade auch Rudolf Olden, der vorübergehend an die Saar gekommen war aus London. Die hier genannten waren alle eindeutige Antinazis, und der Krach bezog sich immer nur auf die Wertung von Th's Rolle in der ganzen Angelegenheit. Auch nachsehen in Deutsche Freiheit.

Untersuchungsausschuss Westland. Nachdem die Saar verloren war und alle sich in Paris widder/fanden, wurde eine Art freiwilliges Ehrengericht eingesetzt, das den Fall untersuchen sollte. Im wesentlichen wegen der

Rolle von Thalheimer, da ja praktisch nichts mehr damit anzufangen war. Dem Untersuchungsausschuss gehörte Helmuth von Gorkach an, und wahrscheinlich auch Georg Bernhard. Wer sonst, weiss ich nicht mehr. Es fanden viele Sitzungen statt, bei denen die in Paris lebenden Redakteure und Th. selbst ausführlich vernommen wurden. Der ganze Ausschuss arbeitete aber mehr unter dem Bestreben, eine Reinwaschung von Th. vorzunehmen als in dem Wunsch die Wahrheit zu ergründen. Die Blamage war geschehen, und da Th. wegen seiner eignen Reputation als politischer Emigrant selbstverständlich alles aufbot, um sich zu rechtfertigen und niemand erwartete, dass er sich noch einmal auf ein solches Unternehmen einlassen könnte, ist, soviel ich mich erinnere, ein lauwarmes Schiedspruch gefällt worden. Inhalt ist mir nicht bekannt. Evt. veröffentlicht im Pariser Tageblatt in den Monaten Frühsommer 1935

Schlussbemerkung. Ausserordentlich interessant zwei Bemerkungen in der Neuen Weltbühne. NWb H. 14., 4. April 1935 unter Bemerkungen: Attaché Schmolz, von Maximilian Scheer :

... Attaché Schmolz ist letzthin in dem Mittelpunkt einer mysteriösen Tätigkeit gerückt. Er wurde interimistisch zum Chef der Geheimen Staatspolizei Paris ernannt, nachdem der frühere Leiter, der Legationssekretär, Hans Bidder, abberufen worden war, weil er sich bei einem Versuch, über den in Zusammenhang mit der "Westland"-Affäre gesprochen wurde — dem Versuch, das "Pariser Tageblatt" den Nazis in die Hände zu spielen — als ungeeignet erwies.

Folgende Nummer, H. 15, 11. April 1935, unter 'Antworten' : eine ganze Seite Wiederholung und Ergänzung der Schilderung des Aufgabenkreises von Schmolz. Die Darstellung mündet in die Frage, ob der Chef der Gestapo in Frankreich, zu dessen Tätigkeitsbereich auch Strassburg gehört, nicht eventuell in die Verschleppung von Jacob verwickelt war. In der Mitte dieser Darstellung steht folgender Satz:

"Sein Vorgänger Bidder fiel, weil sein im Zusammenhang mit der Westland-Affäre unternommener Versuch auch ein anderes Organ der Emigration in die Hände der Nazis zu spielen, gescheitert ist."

Institut für...

Der Fall Pariser Tageblatt

Bl. 84 - 86

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Der Fall PARISER TAGEBLATT

Verleger Wladimir Poliakow, russischer Jude, Emigrant aus Sowjet-Russland, vermutlich Anfang zwanziger Jahre, gebildeter wohlhabender Mann, in jene Zeit etwa 70 Jahre alt, eingelebt in Frankreich, sein Tochter war verheiratet mit dem Professor Mirine-Gartzewitsch, Vorstandsmitglied der frz. Liga für Menschenrechte (Viktor Basch); Pol. vermutlich früher schon Verleger eines russischen Emigrantenblattes, Antikommunist religiösfreudiger Jude. War begeistert von dem Gedanken ein antinazistisches Blatt zu gründen und hielt Georg Bernhard für eine repräsentative Persönlichkeit, den er ungeheuer schätzte. Pol. muss noch irgendeine rein wirtschaftliche oder unpolitische Zeitung gehabt haben. Georg Bernhard war etwa ab 1931 nicht mehr bei der Voss' sondern hatte eine sehr repräsentative und gutbezahlte Stellung beim Warenhausverband. Bernhard war aus seiner Ullsteinzeit sehr verwöhnt mit seinen geldlichen Ansprüchen. GB war ein Spieler und Ullsteins haben manchmal seine Spielschulden begleichen müssen. Deutsche Chefredakteure wie Georg Bernhard und Theodor Wolff haben gewöhnlich nur einmal in der Woche (meist Sonntags) einen grossen Leitartikel geschrieben. Pol. stellte die Bedingung dass in der neuen zu gründenden Zeitung täglich ein Artikel von GB erscheinen müsse, wie es in mancher frz. Zeitung mit einem Starredakteur der Fall ist. Die Leitung der Redaktion besorgte im wesentlichen Hurt Caro. Caro war seit 1929 oder 1930 Chefredakteur der Berliner Volkszeitung, die im Mosseverlag erschien. Ein sehr fähiger Zeitungsmann. Vor der Volkszeitung war er Redakteur bei der Welt am Abend, einem Boulevardblatt, das praktisch den Kommunisten (Willi Münzenberg) gehörte, aber als überparteiliche Zeitung aufgemacht war. Als Caro das Blatt verliess, erklärte er, dass die KP sich in die Redaktionsführung einmischen wollte und er das nicht dulden würde. Wollte wärsch. ab-springen in einen bürgerlichen Verlag. Pseudonym Manuel Humbert. Von 1934 ab war ein bedeutender anderer Redakteur der Voss, Ztg. bzw. in Paris und beim Pariser Tageblatt angestellt: Dr. Carl Misch. Bei Voss. verantwortlich für Innenpolitik. Bedeutender Mann, Historiker, Jude. Ausserdem in weiniger bedeutender Funktion für die tägliche Arbeit zwei ehemalige Mosseredakteure. Keine Leute von der Frankfurter Zeitung. Nicht Freie Mitarbeiter u.A. Alfred Kerr, Helmut von Gerlach, Hurt Hiller. Leopold Schwarzschild und Georg Bernhard hatten sich schon in Deutschland verkracht. In der Zeit des Ullsteinkrachs hat im Grünen Tagebuch Joseph Bronstein die ganze Ullsteinaffäre von Standpunkt der angegriffenen Partei (Franz Ullstein und seine Frau Rosi Gräfenberg-Ullstein) behandelt und Bernhard als Verleumder angegriffen, woran er Recht hatte. Vielleicht war es auch schon eine alte Feindschaft als zwei Wirtschaftsjournalisten.

Institut für Zeitgeschichte		ARCHIV	
Akz. 4816	72	Besl. 25 2031	
Rep.		Kat.	Po

Dazu gehört, dass Bernhard der Vorsitzende einer Berufsorganisation der emigrierten Journalisten wurde. Es bestand die Hoffnung, die nie erfüllt wurde, dass der Verband der emi. Journalisten eventuell als selbständige Organisation in die internationale Spitzenorganisation aufgenommen würde. (Feststellen ob Reichsverband der Deutschen Presse drin oder draussen war. Kann sein dass die Internationale ihn ausgeschlossen hat). Rolle der österreichischen Organisation. Von unserer Emigrantenvorband war Bernhard der Präsident. Auch Schwarzschild war Mitglied des Verbandes, bloss kam er nicht hin. Dem Vorstand des Verbandes zur Zeit des Krachs gehörten etwa fünf Personen an: Bernhard, ein gewisser Giesling, Milly Zirkler (Mitarbeiterin von Gerlach, Menschenrechte), Hilde Walter, und ?

Juni 1936. Bernhard war in Amerika für World Jewish Congress oder so etwas. Gero verwaltete in dieser Zeit die Zeitung. Eines Tages erschien, sicherlich in der frz. Presse, die Nachricht, die Nazis hätten versucht die Zeitung zu kaufen, der Verleger Poliskow hätte mit Semola verhandelt um den Nazis die Zeitung zu verkaufen. Die wachsame Redaktion hätte das rechtzeitig gemerkt und genau wie die tapferen Kollegen vom Westland damals den Verrat verhindert indem sie im Streik getreten wären. Mit grosser Mühe hätten sich Geldgeber gefunden, die bereit seien mit derselben Redaktion eine neue Pariser Tageszeitung zu finanzieren. Dabei spielte ein gewisser Herr Wolf als angeblicher Finanzmann eine Rolle. Der Verlag von Herrn Pol. existierte weiter; auch sein Recht eine Zeitung mit dem Kopf Pariser Tageblatt herauszugeben. Jetzt passierte folgendes: Pol. protestierte und engagierte sich zwei neue Redakteure, Richard Lowinsohn (Morus) und Heinz Pol. (Nachsehen in welcher Druckerei Pariser Tageszeitung und die letzte Nummer des Pariser Tegeblattes erschienen sind). Morus und Heinz Pol machten noch zwei Tage lang das PT als Redakteure die für Pol. arbeiteten. Auf dem Nachhauseweg von der Redaktion nachts wurde Morus überfallen, bekam Messerstiche ins Gesicht und kam ins Krankenhaus. Heinz Pol wurde offenbar nicht überfallen. Die fertig ausgedruckte Nummer vom PT/Pol. wurden auf dem Wege von der Druckerei zum Grosshändler geraubt und in die Seine geworfen von einer Bande.

In der Pariser Tageszeitung erschienen emphatische Glückwünsche von fast allen Emi. Organisationen, bekannten ~~Sax~~Minzelpersönlichkeiten der Emigration und einigen Franzosen die an der Emigration interessiert waren und wahrscheinlich auch noch andere Ausländer. Ausserdem ein sogenannter Vorstandsbeschluss des Vereins emigrierter Journalisten der allen Mitgliedern verbietet beim alten PT (Po.) mitzuarbeiten aufgemacht wie ein Gewerkschaftsbeschluss. Ein abwesendes Vorstandsmitglied (HW) protestierte nachher, wie denn dieser Vorstandsbeschluss zustande gekommen sei: keine ordnungsgemässe Vorstandssitzung, also

stellte sich heraus, dass nur zwei Vorstandsmitglieder von fünf sich darauf geeinigt hätten (nachsehen wer Sperre unterschrieben hat). Während im Journalistenverband Debatten über diese Vorgänge mit ungeheurer Erregung geführt wurden, vermehrten sich die Mitgliedszahl dauernd: alle von den Kommunisten geschickt. Die Neuhinzukommenden und auch solche die sich früher nie an den Sitzungen beteiligt hatten. Mitglieder in zwei Lager gespalten. Bernhard stellte sich auf den Boden der Tatsachen und behauptete, Pol. wäre bei Schmolz gewesen. Hinter allem soll Willi Münzenberg und sämtliche Hilfsorganisationen der KP gestanden haben: letzte Absicht war, dass er faktisch die KP Volksfrontpolitik machen wollte und dazu die einzige Tageszeitung der Emigranten in die Hände bekommen möchte.

Institut für Zeitgeschichte

25-2031-94

Schr. Iwan Goll v. 5. 8. 41

Bl. 87 - 88

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Yaddo, Aug 5, 1948.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4864/72	Best. 25 2031
Rep.	Kat. 15

Liebe Klara Walters,

Die Briefe haben uns beide entzückt: vor allem die Texte, mit der so tiefen und Gedanken weiterführenden.

Mir war der politische Teil beider (was selten vorkommt, denn seit Längst.)

und wenn ich Ihnen nicht auf der Stelle antwortete, für ich's we (weg auch kein Mathieu wäre, [was den politischen Teil betrifft.])

Also: als wir vor Mrs. Porters Tür standen, wollte ich diesen kapitalen Satz zum Abschluss sagen:

„Sie verhängen heute „Deutschland“ mit Herberts Kandidat, mit der Demokraten im Januar 33: laßt Hitler an die Regierung, er soll uns zeigen, was er kann. Der Präsident wird schon etc...“

immer gerecht und überzeugend!

Also sprach mich Mr. Chamberlain.

Ach die guten Deutschen.

Mag sein. Aber die guten Deutschen

haben noch immer die bösen Tyrannen für werten lassen und sie bewundert.

Es hat die Welt nun eine Gefahr zu fürchten: Die deutsche Gefahr

Die fascistische wie die kommunistische Gefahr sind heute - unmanlich seit dem Russlandzug - nur noch Phantasien. Man hätte sie nur gewacht, sie nur als

• vorübergehende Gefahren zu betrachten, wenn
man sagt: "Wenn Mussolini fällt" oder "Wenn
Stalin fällt..."

Aber die größte Gefahr besteht durchgehend
seit 1000 Jahren. Der Gedanke des "Deutschen
Weltreichs" besteht seit 1000 Jahren. Und seit
100 Jahren mit Bismarck wird die Gründungsarbeit
für dieses "tausendjährigen Reich" Stein zu Stein
langsam gebaut. Von Stein, Bismarck, Moltke,
Hitler: eine Linie.

Da hat Ihr deutscher Botschafter gemacht zu
sagen: und der Gegenteil, er freut sich und kann
sich freuen: "Der deutsche Herrenmann" wird
wenn Hitler wegt, die Ozeane im Klebsessel mit
echtem Champagner zum Frühstück durchfahren,
während der französische Winger in der Côte d'Or
Kolonne sich abrackert.

Fascismus? Nein: deutsche Wirtschaftsorgani-
sation, ganz einfach. Mehr nicht.

Sie sind ebenso ahnungslos wie gestern
Daladier, wie vorgestern Otto Brauns. Sie
sind gerecht. Das ist eine schlimmere Sünde,
als Sklaverei zu füttern.

Eine so bittere Antwort auf einen so
netten Brief. Aber das ist nun endlich
ungerecht sein.

Kunzliches K

Iwan Goll

Improv. Ber. üb. PEN-Club-Treffen
1937 i. Paris auf Anfr. v. Prof. L.
Kahn v. 6.9.72

89 - 94

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



STATE OF CONNECTICUT
CENTRAL CONNECTICUT STATE COLLEGE
1615 STANLEY STREET — NEW BRITAIN, CONNECTICUT 06050



AREA CODE 203
225-7481

Frau Hilde Walter
1 Berlin 31
Paulsbornerstr. 2

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4902/72	Best. 25 2031
Rep. /	Kat.

L
Dear Mrs. Walter:

I have your address from Dr. Gabriele Tergit in London who assures me that you may be of help to me.

I am currently putting the finishing touches on my biography of Lion Feuchtwanger. I understand that you were at the Paris PEN Club meeting of 1937 and know some of the behind-the-scenes animosities of the meeting. Would you have any letters pertaining to that meeting, or any records, minutes, whatever?

May I assure you that I shall be most appreciative of a response and any assistance you can give me?

Cordially yours,

Lothar Kahn
Lothar Kahn

September 6, 1972

25-2031-89
September / Oktober
1972

Zur Anfrage von Professor Kathar Kalka, Connecticut, U.S.A.

Improvisierter Bericht von Hilde Walter; der Text wurde aus dem Gedächtnis in die Maschine diktiert, weil die verfügbare Zeit nicht reichte, um ein sorgfältig disponiertes Manuskript zu verfassen.

90

Nennenswerte politische Kontroversen unter deutschen Schriftstellern im Exil entstanden schon 1936 und im ersten Halbjahr 1937.

Schauplatz der heftigen Auseinandersetzungen um die Haltung von exilierten deutschen Schriftstellern und Journalisten zu aktuellen Ereignissen waren die regelmäßigen Zusammenkünfte (meetings) von zwei Berufsverbänden, die ihren Sitz in Paris hatten: Der "Schutzverband deutscher Schriftsteller" und die Berufsvereinigung der aus Deutschland emigrierten Journalisten; (den eingetragenen Namen des Journalistenverbandes, dem ich als Mitglied des Vorstandes angehörte, habe ich leider vergessen).

Die Mitglieder beider Organisationen waren überzeugte und vorwiegend auch aktive Gegner des Nationalsozialismus; es gab darunter parteipolitisch ungebundene Liberale, Konservative und Pazifisten neben organisierten Sozialdemokraten, Kommunisten und Anhängern der verschiedenen sozialistischen Splittergruppen.

Einige Mitglieder des "Schutzverbandes" hatten gute Beziehungen zu französischen, englischen und emigrierten deutschen Mitgliedern des Pen-Clubs, die häufig nach Paris kamen und an vielen Kundgebungen und anderen öffentlichen Veranstaltungen teilnahmen.

Weil ich mich genau an den Stil und das politische Klima dieser Veranstaltungen entsinne, habe ich beim ersten Blick auf Ihren Brief vom 6. September geglaubt, daß Ihnen ein Bericht über die Pariser Kontroversen und auch über die mir bekannte politische Rolle Lion Feuchtwangers genügen könnte. Erst nach Absendung meiner Zusage wurde mir klar, daß Sie ja ganz präzise Angaben über ein bestimmtes Pen-Club-meeting brauchen. Das kann ich leider nicht liefern, weil ich mich damals gar nicht um eine Journalisten-Karte zur Teilnahme an dem meeting bemüht hatte.

Als Ersatz für den fehlenden Augenzeugenbericht schicke ich Ihnen in der Anlage die Abschrift eines Briefes von René Schickele an Hermann Kesten. Leider nennt Schickele nicht den Namen der Zeitung, die über jenen Kongress berichtet hat. Auch Kesten hat leider unterlassen, seine gewiss hoch interessante Antwort an Schickele zu publizieren.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4902/72	Best. ZS 2031
Rep. /	Kat.

- 2 -

Sie wissen ja wahrscheinlich, daß sich 1937 fast alle "behind-the-scenes animosities" auf Meinungsverschiedenheiten zwischen Anhängern und Gegnern des kommunistischen establishment bezogen.

Das kommunistische Instrument zur Sammlung von Freunden und Mitläufern und zur Beeinflussung aller erreichbaren anti-nationalsozialistischen Gremien hieß "Zentrale für Agitation und Propaganda in Europa".

Leiter dieser von Moskau üppig finanzierten "Zentrale" war der hochbegabte Willi Münzenberg; bis 1933 war W.M. in Deutschland hoher Parteifunktionär, Mitglied des Reichstags und erfolgreicher Organisator von mehreren Buch- und Zeitschriften-Verlagen, die parteiantlich gefördert aber nach Möglichkeit als überparteiliche "antifaschistische" Unternehmungen vorgestellt wurden. Das gleiche Prinzip beherrschte Münzenbergs Tätigkeit im Ausland, wo er ^{jahrelang} viel größere Handlungsfreiheit hatte als ^{früher} in Deutschland.

Am ersten großen Pariser Konflikt der Journalisten (und Schriftsteller), der 1936 im Journalistenverband ausbrach, beteiligte sich Münzenberg hinter den Kulissen ^{als scheinbar unbeteiligter Beobachter} sehr aktiv an einem aufsehen erregenden Verleumdungs-Skandal gegen den Verleger ~~XXXXXXXXXXXX~~ einer deutsch-sprachigen Tageszeitung, die von Emigranten ^{geschrieben und redigiert} ~~XXXXXXXXXXXX~~ wurde. Das Ziel einer kleinen Gruppe von skrupellosen Journalisten, die sich einen wirtschaftlich leistungsfähigeren Verleger wünschten, deckte sich mit dem dringenden Wunsch, Münzenbergs, die politische Linie der einzigen deutsch-sprachigen Tageszeitung unauffällig mitzubestimmen. Die rechtswidrige Zerstörung des Blattes ("Pariser Tageblatt") ^{durch} die Verfehmung des Verlagsinhabers gelang perfekt. Obwohl das Delikt die Gerichte beschäftigte, fanden die schuldigen Initiatoren des Coups sofort genügend Geldmittel zur Gründung einer "Pariser Tageszeitung", deren Tendensen ^{dann} stets zur politischen Linie von Münzenbergs "Zentrale für Agitation und Propaganda" paßten.

Der zweite, politisch viel bedeutungsvollere Konflikt bezog sich auf unsere Stellungnahme zu den Moskauer Prozessen.

lebhaften vieler Mitglieder
Diese ~~XXXXXXXXXX~~ Auseinandersetzungen führten zu demonstrativen Rücktritten ^{aus} den beiden oben genannten Verbänden und zur ebenfalls demonstrativen Gründung einer neuen Organisation, die sich eindeutig gegen ^{den Gewaltmißbrauch} ~~XXXXXXXXXXXX~~ jedes totalitären Regimes richtete.

~~XXXXXXXXXXXX~~

~~XXXXXXXXXXXX~~

- 3 -

Wir nannten uns:

"Bund freie Presse und Literatur"

"Verband unabhängiger deutscher Schriftsteller und Journalisten im Exil"

und hießen in den Akten der Pariser Fremdenpolizei:

"Association indépendant des écrivains et journalistes émigrés d'Allemagne"

Präsident wurde Konrad Heiden -- international erfolgreicher Autor der ersten hervorragenden Werke über die Geschichte des Nationalsozialismus.

Zu den bekannten Schriftstellern, Publizisten, Redakteuren und Journalisten, die aktive Mitglieder des "Bundes" wurden und 1937 in Frankreich wohnten, gehörten unter vielen anderen auch Alfred Döblin, Hermann Kesten, Leopold Schwarzschild, Josef Bornstein, A. Gurland, Leonhard Frank, Norbert Mühlen, Hans Sahl, Walter Mehring und Joseph Roth. In den USA war Bruno Frank unser prominentestes Mitglied; schriftliche Zustimmung- und Beitrittserklärungen kamen von militanten politischen Publizisten, die als Emigranten in Prag, in Amsterdam oder in der Schweiz lebten. (Ich war als Gründungs- und Vorstandsmitglied Schriftführer des Bundes.)

Sehr bald warnten betriebsame Literatur-Funktionäre der kommunistischen "Zentrale" ihre Mitläufer und Freunde energisch -- aber zunächst nur vertraulich -- vor uns: wir seien "irregeleitete Opfer Hitlers", die nicht begriffen hätten, daß sie jetzt von "reaktionären Elementen" vorgeschickt und zugunsten der Nazis ausgenutzt werden sollten, um den einzig wahren "tapfersten" politischen Gegner des Nationalsozialismus -- die großen Führer der Sowjetunion -- böseartig zu bekämpfen.

Zur Unterstützung dieses verlogenen Unsinn produzierte Heinrich Mann eine handfeste öffentliche ~~Denunziation~~ Denunziation, die geeignet war, Sympathisanten der Kommunisten als Spitzel auf uns zu hetzen und zugleich die französische Fremdenpolizei gegen uns zu beeinflussen. In einem Wochenblatt mit entsprechender politischer Tendenz empfahl Heinrich Mann den Lesern, "man" sollte sich "diese Leute" doch mal genauer ansehen, um festzustellen, "was sie tun und treiben und mit wem sie umgehen".

- 4 -

- 4 -

Mir ist nicht bekannt, ob Feuchtwanger ähnliche Ratschläge ausgesprochen oder publiziert hat. Wer heute erfahren möchte, was prominente deutsche Schriftsteller im Exil als Lobredner stalinistischer Politik im Laufe der dreißiger Jahre gebilligt und unterschrieben haben, kann sich nicht mit der Analyse ihrer Bücher begnügen; ihre Namen prangen auf ungezählten Manifesten und Informationsschriften, die von mehreren Unterorganisationen der "Zentrale" herausgegeben und verbreitet wurden.

Allgemein bekannt war unter politischen Emigranten, daß Feuchtwanger im Exil die kommunistische Politik eindeutig glorifizierte. Er hat sich meines Wissens nie darum gekümmert, was hohe Funktionäre in den Exil-Ländern vielen hilflosen kleinen Parteigenossen antaten, die nicht korrekt nach der parteiantlichen Pfeife tanzten.

Umso rücksichtsvoller wurde Feuchtwanger von Repräsentanten des kommunistischen Establishment behandelt; Literatur-Funktionäre und Mitläufer bastelten sorgfältig an einem grob idealisierten Feuchtwanger-Bild. Unorientierte Outsider konnten den falschen Eindruck gewinnen, Feuchtwangers literarische und politische Rolle in Deutschland vor 1933 habe einzigartigen Mut neben harter Opferbereitschaft erfordert und sei fast so riskant oder folgenschwer gewesen wie etwa der aktive Widerstand eines heldenhaften Einzelgängers gegen eine unumschränkt herrschende Diktatur.

Einen Höhepunkt des nützlichen Bundes auf Gegenseitigkeit erreichte Willi Münzenberg 1937, nachdem er sich intensiv um Feuchtwangers Schützenhilfe bei der publizistischen Bekämpfung der westlichen Kritik an den Moskauer Prozessen bemüht hatte. Auf diesem Weg ergaben sich interessante Ereignisse innerhalb der privaten Sphäre der beiden Männer; ein schriftlicher Bericht darüber erscheint mir im Augenblick nicht gerade ratsam.

Unabhängig davon sollte ich vielleicht noch erwähnen, daß Lion Feuchtwangers Witwe seit Jahren aktive Propaganda für das Ostberliner Regime betreibt; sie reist zu sogenannten Begegnungen nach Ostberlin und sorgt schon vorbereitend von Kalifornien aus für entsprechende Ankündigungen in der westlichen Presse. Außerdem versucht sie mithilfe von Dritten, in Westberlin besondere Ehrungen Feuchtwangers durchzusetzen; die Behörden empfangen von Zeit zu Zeit Vorschläge, Gedenktafeln ansubringen oder Feuchtwanger eine repräsentative Straße zu widmen. Sie findet immer willige Journalisten, die ihre Bemühungen unterstützen.

Abschrift aus:

Hermann Kesten

Deutsche Literatur im Exil

Briefe europäischer Autoren 1933 - 1949

Seite 74 :

Von René Schickele

Nice-Fabron (A.M.)

30. Juni 37

Lieber Herr Kesten,

..... Ich lese es teils in Ihrem Brief, für den ich mich herzlich bedanke, teils in der Zeitung, die, zu meinem nicht geringen Staunen, von Ihrer Mitwirkung am Penkongreß zu berichten wußte. Sie standen da nicht gerade in "Tuchfühlung" mit unserem großen Lion, aber doch in seiner nächsten Nähe,

Nun, und wie ist es Ihnen bekommen? Ich bin sehr neugierig, von Ihnen einen zuverlässigen Bericht über das gleichsam ökumenische Konsistorium des GEISTES zu erhalten. Bitte, recht ausführlich!

Sollte jedoch die Zeitung ein Mal sehr gelogen haben, so bin ich mir bewußt, um eine Probe grinsigen Kestenschen Humors schmählich betrogen zu sein.

Anmerkung von Hilde Walter: Leider hat Kesten seine Antwort an Schickele nicht publiziert.

Gedruckte Angaben über Feuchtwangers Rußlandreise

(1) Bei Hermann Kesten "Deutsche Literatur im Exil" in einer Fußnote über Feuchtwanger unter dem Brief von Schickele:

1936 - 1937 Rußlandreise

(2) Bei Jürgen Rühle "Literatur und Revolution"

Die Schriftsteller und der Kommunismus

Seite 213:

*** Er (Feuchtwanger) mag dabei die Poteskinsche Fassade vor Augen gehabt haben, die ihm 1937 bei einer Erbauungsreise durch die Sowjetunion und einem Gespräch mit Stalin vorgegaukelt wurde.